Die Auseinandersetzung um die polnische Frage zur Zeit der Reichskanzlerschaft des Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst

DISSERTATION

zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der Hansischen Universität zu Hamburg

vorgelegt von

LOTTE KAMINSKI
aus Hamburg

Hamburg 1938

Gutachter: Professor Dr. E. Zechlin

Mitgutachter: Dr. O. Vehse

Tag der mündlichen Prüfung: 12. Februar 1938

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Druck: A. Preilipper, Hamburg 11, Admiralitätstr. 16 / Fernruf 36 50 89

MEINEM LIEBEN VATER

† 25. März 1938

IN DANKBARKEIT UND VEREHRUNG!

INHALT.

			Seite
Kapitel	I.	Entwicklung der preußisch-polnischen Frage im 19. Jahrhundert	9
Kapitel	II.	Die Situation im Jahre 1894	16
Kapitel	III.	Hohenlohe Reichskanzler. Seine Stellung zur Nationalitätenfrage im Osten	29
Kapitel	IV.	Der Graf von Hutten-Czapski	34
Kapitel	V.	Der Erzbischof von Stablewski in den Jahren 1894 bis 1900	36
Kapitel	VI.	Ostmarkenverein. Tätigkeit und Beurteilung in den Jahren 1894 bis 1900	41
Kapitel	VII.	Der Fall Carnap. — Beamtenfrage im Osten	51
Kapitel	VIII.	Die Auseinandersetzung um das neue Ansiedlungsgesetz	55
Kapitel	IX.	Zwei Vorstöße der Regierung in der Sprachenfrage	62
Schluß			65

Vorwort.

Die Arbeit will versuchen, die Kräfte aufzuzeigen, die sich in dem festgelegten Zeitraum mit dem Problem Polen und deutsches Staatsgefüge auseinandersetzen. Sie kann und will keine umfassende Darstellung der polnischen Frage geben, sondern soll ein Beitrag sein zur Erkenntnis der Stellung des kaiserlichen Deutschlands und seiner gestaltenden Willensrichtungen zum Minderheitenproblem.

Die benutzten Quellen sind im wesentlichen Darstellungen und Äußerungen von Staatsmännern und Abgeordneten oder anderen am politischen Leben interessierten Personen; und zwar in den meisten Fällen vor der Öffentlichkeit, die angesichts der Aktualität des polnischen Problems an seiner — zum Teil durch Parteirücksichten und -interessen diktierten — Besprechung stark interessiert war. Diese Tatsache schränkt bis zu einem gewissen Grade den Wert der Quellen ein. Die amtlichen Akten konnten, ebenso wie die des Ostmarkenvereins, nicht eingesehen werden. Es kann und soll also lediglich eine Beobachtung und Darstellung jener politischen Gedanken und Vorgänge gebracht werden, die auch der breiteren Öffentlichkeit von den beteiligten Kreisen und Personen zugänglich gemacht wurden.

Dieses Thema wurde gewählt, weil es sich mit einem geschichtlichen Fragenkomplex beschäftigt, der wie damals kaum ein zweiter die Begrenztheit und innere Schwäche der politischen Zielsetzungen und Mittel der Staatsführung des zweiten Reiches aufzeigt; insofern, als man im wesentlichen mit staatlichen Mitteln ein inzwischen brennend gewordenes völkisches Problem — eben das polnische — zu lösen versuchte. An dieser Frage wird sich die Unlösbarkeit völkischer Gegensätze durch rein vom Staatlichen her betriebene Politik und zugleich die Notwendigkeit ihrer Ausweitung vom Formal-staatlichen zum Völkischen zeigen. Hinzu kommt besonders erschwerend die Tatsache, daß nicht einmal eine von der Staatsnotwendigkeit bestimmte einheitliche Auffassung vorhanden war, sondern darüber hinaus an der Gestaltung des Reiches partei- oder gesinnungsmäßig gebundene Gruppen beteiligt waren, die die Erfordernisse des Staates nicht entsprechend werteten. So wird also mit der Behandlung dieses Themas ein Problem in den Kreis der Betrachtungen gezogen, in dessen Bereich parteimäßig zersplitterte Auffassungen auf der einen mit einheitlichem völkischen Willen auf der anderen Seite zusammenstoßen.

Unter diesem Gesichtswinkel gesehen bot das Thema besonders wichtige und angesichts der neueren Entwicklung der allgemeinen Politik, sowie der Ostfrage im besonderen interessante Ausblicke.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548104_0107

Kapitel I.

Entwicklung der preußisch-polnischen Frage im 19. Jahrhundert.

Entscheidend für die preußisch-polnische Frage im 19. Jahrhundert waren die Bestimmungen des Wiener Kongresses. 1815 handelte es sich nicht mehr darum, rein polnische Länder dem preußischen Staat anzugliedern, sondern darum, ein Gebiet mit einer ausgesprochenen Mischbevölkerung dem Deutschtum zu gewinnen und zum unablösbaren Bestandteil des deutschen Lebensraumes zu machen.

Der Vertrag vom 3. Mai 1815 enthält, bestätigt in der Kongreßakte vom 9. Juni, den Satz: „Die diesbezüglichen polnischen Untertanen der hohen vertragschließenden Parteien werden Institutionen erhalten, welche die Bewahrung ihrer Nationalität sichern, in Gemäßheit der Formen politischer Existenz, welche jede der Regierungen, zu denen sie gehören, ihnen zu gewähren für angemessen halten wird[1]."

Damit erkennt der Vertrag die Eigengesetzlichkeit der fremden Nationalität ausdrücklich an und enthält für die Teilungsmächte die Verpflichtung, die nationalen Lebensnotwendigkeiten ihrer fremdsprachlichen Untertanen zu wahren.

Die Wiedergewinnung Posens im Jahre 1815 stellte den preußischen Staat in einer neuen Zeit vor völlig neue Aufgaben. „Dem Beamtentum des 18. Jahrhunderts erschien die Polenfrage noch nicht als ein Problem der Nationalität, sondern ausschließlich der Staatsautorität[2]." Eine bewußte Germanisierungspolitik hat der preußische Staat nie getrieben.

Im Besitznahmepatent und dem königlichen Zuruf vom 15. Mai 1815[3] erhielten die Polen die Zusicherung, daß ihre Sprache in allen öffentlichen Verhandlungen neben der deutschen gebraucht werden dürfe. Auch sonst wurden dem nationalen Leben des Polentums in keiner Weise Einschränkungen auferlegt.

Zweifellos hat schon in den Posener Zusicherungen die Gefahr beruht, daß sich überall da, wo der deutsch-slawische Verschmelzungsprozeß noch nicht beendet war, eine polnische Irredenta bildete[4]. Für diese loyale Politik den polnischen Untertanen gegenüber waren in erster Linie außenpolitische Gesichtspunkte maßgebend. Es mußte einer russisch-polnischen Verbindung entgegengearbeitet werden. Der

[1] Artikel 3, Abs. 2, im russisch-preußischen Vertrag. — Vergl. dazu Schinkel, S. 31 und Oncken, S. 222.
[2] Ritter, S. 209.
[3] Schinkel, S. 33.
[4] Schinkel, S. 34.

russische Staat durfte nicht durch ein größeres Maß an Freiheit, das er seiner polnischen Minderheit gewährte, zum Mittelpunkt für das polnische Einigungsstreben werden.

Durch die polnische Erhebung gegen Rußland im Jahre 1830 verschwanden diese außenpolitischen Voraussetzungen der preußischen Polenpolitik. Zugleich zeigte sich den preußischen Staatsmännern, daß es nicht gelungen war, den Polen ein Bewußtsein ihrer Verbundenheit mit dem preußischen Staat zu geben. Die deutschen Liberalen, die die Rückständigkeit des preußischen Staates mit ihrer Verfassungsbewegung beklagten und sich an der belgischen und polnischen Revolution begeisterten, begriffen nicht, daß sie damit Bewegungen unterstützten, die, wenn sie sich durchsetzten, die Existenz Preußens vernichten mußten. Allerdings hatte sich der Aufstand der Polen fast ausschließlich gegen Rußland gerichtet, im preußischen Anteil hatte er nur auf wenige Gebiete übergegriffen. Die unteren Schichten der polnischen Bevölkerung beteiligten sich überhaupt nicht daran. Adel und Geistlichkeit allein waren Träger des polnischen Nationalismus, und blieben es auch bis in die Zeit Bismarcks hinein.

Eine Erfüllung der polnischen Hoffnungen auf die Wiederherstellung eines eigenen Staates war in Zukunft nur möglich, entweder durch Revolutionen, die die innere Festigkeit der drei Teilungsmächte erschüttern würden, oder durch große europäische Krisen, aus denen alle drei Mächte geschlagen hervorgehen würden. Einen anderen Weg gab es nicht. Ein geeintes Polen ist ja auch wirklich erst möglich geworden als Nebenprodukt eines Krieges, in den fast die ganze Welt verwickelt wurde.

In der Provinz Posen erfolgt nach den Ereignissen von 1830 eine Zurücknahme der Zugeständnisse, die man bisher der polnischen Bevölkerung gemacht hatte. Gekennzeichnet wird diese neue Epoche durch die Namen Grolmann und Flottwell. Immer wieder aber wird die preußische Polenpolitik im 19. Jahrhundert durch diesen „Wechsel von Erfahrung und Rückschlag“[5] zu charakterisieren sein. Die Flottwell'schen Maßnahmen waren nach den Grundsätzen aufgebaut, die er in seiner Denkschrift vom Dezember 1830 ausgesprochen hat. „Verdeutschung des Landes ohne Gewalt durch die Wirkung der Zeit und die Überlegenheit deutscher Kultur[6]“. „In der Erweckung der tätigen Mitarbeit der Bevölkerung an der Verwaltung und einer allmählichen Abschleifung der völkischen Gegensätze durch Zusammenarbeit auf neutralem Gebiet erblickte Flottwell das Mittel zur allmählichen inneren Verschmelzung des Landes mit der übrigen Monarchie[7].“ So lange die unteren Schichten der polnischen Bevölkerung sich nicht an nationalen Bestrebungen beteiligten, bestand vielleicht die Möglichkeit, sie durch Zugeständnisse dem preußischen Staatsbewußtsein näher zu bringen und den Einfluß der polnischen Oberschicht auszuschalten. Aber „nur aus der Perspektive des Ver-

[5] Oncken, S. 226.
[6] Schinkel, S. 39.
[7] Laubert, Geschichte der Provinz Posen, S. 52.

waltungsgedankens ließ sich allerdings keine völkische Frage lösen[8]". Die Flottwell'sche Politik richtete sich zwar vorwiegend gegen den Adel, trotzdem geriet mit dem Eindringen des preußischen Verwaltungssystems auch die breite Masse der polnischen Bevölkerung in einen gewissen Gegensatz zum preußischen Staat. Das deutsche Beamtentum sonderte sich schroff vom polnischen Volk ab, verstand zum größten Teil kaum ein Wort der polnischen Sprache, so daß jeder persönliche Kontakt ausgeschlossen blieb. Ein Zustand, der sich ähnlich erhielt bis in die Zeit vor dem Weltkriege hinein. Hinzu kam, daß das Beamtentum keinen Rückhalt fand in der deutschen Bevölkerung. „Die deutsche Nationalentwicklung hatte eine Richtung genommen, die ihre bürgerlichen Träger in ausgesprochenen Gegensatz zur preußischen Staatsführung brachte[9]". Am 30. Oktober 1840 wurde Flottwell von seinem Posten abberufen und damit eine Epoche abgeschlossen, deren Ziel es gewesen war, den unzuverlässigen polnischen Adel auszuschalten, und die unteren Schichten der Bevölkerung der preußisch-deutschen Staatsidee zu gewinnen.

Wiederum begann ein neuer Kurs in der preußischen Polenpolitik. Im Gegensatz zum Flottwell'schen System wollte Friedrich Wilhelm IV. den Adel für seinen Staat gewinnen. In dem Posener Landtagsabschied vom 6. Juli 1841 heißt es: „Die Verschiedenheit der Abstammung, der Gegensatz der Namen Polen und Deutsche findet seinen Vereinigungspunkt in dem Namen der einen Monarchie, des Staates, dem sie gemeinsam und für immer angehören, in dem Namen Preußen[10]." Und weiter: „Wir erwarten und fordern von ihnen, daß sie niemals des Landes vergessen, welches sie als preußische Brüder unserer deutsch, wallonisch, litauisch redenden Untertanen, als preußische Genossen eines und desselben Vaterlandes, als preußische Landeskinder unter einer Krone verbindet[11]."

Der König hielt also am Charakter Preußens als Nationalitätenstaat fest und bemühte sich, den polnischen Adel für seine gottgewollte Monarchie zu gewinnen. Gleichzeitig wuchs Preußen mehr und mehr in seine deutsche Aufgabe hinein. „Man erkannte, daß das preußische Staatsproblem, das bisher im Vordergrund gestanden hatte, doch auch ein deutsches Nationalitätenproblem unter dem Herzen trug[12]." Das Wachsen des Nationalbewußtseins gab auch dem Deutschtum im Osten ein besonderes Gepräge, und der Pole begann nicht mehr den preußischen Staat als Bedroher seiner Nationalität zu empfinden, sondern den Deutschen schlechthin, dessen Repräsentant der preußische Staat war.

Der Aufstand von 1846 enthüllte die Umtriebe des polnischen Adels, der nicht gewillt war, seine Befreiungs- und Einigungsbestrebungen aufzugeben. Gleichzeitig war dieser Aufstand die Einleitung der revolutionären Bewegungen in Europa, die während des ganzen

[8] Münstermann, S. 2.
[9] Schinkel, S. 41.
[10] Noah, S. 183.
[11] Ebenda.
[12] Oncken, S. 229.

Jahres 1847 dauerten und in der Revolution von 1848 ihren Abschluß fanden. Die Wiederherstellung Polens wurde zu einem der wesentlichsten Punkte im Programm der europäischen Liberalen. Polen sollte Bollwerk sein gegen Rußland als Vormacht des Rückschritts und der Reaktion. Diese polenfreundlichen Bestrebungen konnten ihre Verwirklichung nur auf Kosten Preußens erhalten. Die deutschen Liberalen hatten kein Verständnis für die deutsche Aufgabe Preußens im europäischen Ostraum. Für die Verwirklichung ihres Staatsideals waren sie bereit, die preußische Position im Osten preiszugeben.

Eine Entscheidung der polnischen Frage im Sinne der Liberalen aber wurde nicht erzwungen. Die preußische Regierung stellte sich in eine Front mit Rußland im Kampfe gegen die polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen.

Die Begründung des Deutschen Reiches ging vor sich in bewußtem Gegensatz zu den polnischen Wünschen. 1864, 1866/67 und 1870 sind die Etappen auf dem Wege zur Schaffung dieses Deutschen Reiches. Die Polen aber sahen in Bismarck, dem Gestalter dieses Reiches, den Mann, der sie endgültig um ihre Hoffnungen, die sich zuletzt an Napoleon III. geknüpft hatten, betrog. An eine Wiederherstellung Polens durch die europäischen Westmächte war nun nicht mehr zu denken.

In einer der ersten Sitzungen des Reichstages 1871 protestierte der Führer der Polen gegen die Neuordnung, die sie aus preußischen Untertanen mit ganz bestimmten Sonderrechten zu Bürgern des deutschen Nationalstaates gemacht hatte[13]. Im Reichstage und preußischen Landtage gehören die Polen fortan ständig zur Opposition. Die Taktik der polnischen Kampfmethode aber wurde grundlegend geändert. Am 25. Februar 1872 erklärte der polnische Abgeordnete Kantak: „Wir haben uns dem *praktischen* Leben zugewandt, Bildung und Arbeit heißt bei uns das Losungswort[14].“ Durch Aufgabe des revolutionären Programms, wie es die Pariser Emigration der Polen aufgestellt hatte, und durch Verlegung des Nationalitätenkampfes auf das wirtschaftliche Gebiet, repräsentiert durch die polnische Genossenschaftsbewegung, wurde der reichsfeindliche Charakter der polnischen Ziele weniger augenfällig. Den deutschen Oppositionsparteien aber wurde dadurch ein Zusammengehen mit der polnischen Fraktion erleichtert. Wenn die Polen von Anfang an sich eng an das Zentrum anschlossen, dachten sie doch nicht daran, ihre nationalen Sonderbestrebungen dem gemeinsamen konfessionellen Interesse unterzuordnen[15].

Bismarck aber mußte eine Partei bekämpfen, die sich zum ständigen Anhänger der Opposition machte. Die erste Etappe seiner Polenpolitik fiel zeitlich mit dem Kulturkampf zusammen und war wesentlich gegen die Schlüsselstellung der polnischen Geistlichkeit

---

[13] Oncken, S. 229.
[14] Stenographische Berichte des Reichstages 1872, S. 1028.
[15] Vergl. dazu Schinkel, S. 146.

im Nationalitätenkampf gerichtet. Später hat Bismarck als Ursache des Kulturkampfes geradezu die polnische Frage angegeben. So erklärte er am 31. Juli 1892 auf dem Marktplatz von Jena: „Wir hätten den Kulturkampf entbehren können, wenn die polnische Frage nicht daran hing. Aber sie hing daran[16].“ Bestätigung findet diese Auffassung in der Notiz Hohenlohes vom 5. März 1872[17]: „Arnim wird eine Kriegserklärung nach Rom bringen. Es scheint, daß die kompromittierenden Papiere, die man bei den Jesuiten in Posen gefunden hat, dem Faß den Boden eingeschlagen haben. Es ist richtig, daß man auch Briefe Windthorsts an Kozmian gefunden hat, in welchen ersterer den Polen Verhaltungsmaßregeln in der Schulfrage usw. gegeben hat.“

Gefährlich wurde die Bismarcksche Politik in dieser Epoche, weil sie den polnischen Bauern aus seiner Passivität aufrüttelte. Durch Eingriffe in Kirche und Schule sollte ihm seine Sprache genommen werden. „Innenpolitisch-parteimäßige Auseinandersetzungen, verbunden mit raumpolitischen Nationalitätsfragen, dazu verflochten mit der außenpolitisch katholischen Revanchegefahr[18]“ durchdrangen sich so im Kulturkampf in gefährlichster Weise. Mit der allmählichen Befriedung des Kampfes blieb das Bestreben Bismarcks erhalten, wenigstens gegen die Polen wirksam vorgegangen zu sein und die bisherigen kulturkämpferischen Maßnahmen zu ersetzen durch Verteidigung und Angriff auf nationalem und wirtschaftlichem Gebiet[19].

Die zahlreiche Abwanderung der Deutschen aus dem Osten, die stärkere Zunahme der polnischen Bevölkerung durch eine größere Geburtenzahl im Osten und ihre wirtschaftliche Erstarkung waren Ausgangspunkte für die Richtung der zweiten Phase Bismarckscher Polenpolitik. Ihr Kernstück war das Ansiedelungsgesetz vom 26. April 1886. Der darin beschlossene Erwerb polnischen Besitzstandes war gegen die Polen gerichtet, die ihre Zugehörigkeit zu Preußen nur „auf Kündigung, und zwar auf 24stündige Kündigung[20]“ anerkannten. Und das waren nach Bismarcks Auffassung die polnischen Adeligen. Der Bauer dagegen sollte den Weg zum Reich finden, denn „die polnischen Bauern sind nicht gefährlich, und es ist nicht entscheidend, ob die Arbeiter polnisch oder deutsch sprechen[21].“ Bismarck hat nicht die Gefahr erkannt, die das erstarkte Bürgertum und die zum Bewußtsein ihrer Nationalität erwachten unteren Schichten der polnischen Bevölkerung bilden sollten. Das zeigen auch seine letzten Reden, die die polnische Frage zum Inhalt haben, im Jahre 1894.

Aus innerpolitischen Rücksichten mußte Bismarck die Ansiedlung im Osten so gestalten, daß bäuerliche Siedlungen entstanden, wie es dem Wunsche der Nationalliberalen entsprach, während der Kanzler selbst an eine Art Oberaufsicht des Staates über das angekaufte Ge-

---

[16] Vergl. dazu Münstermann, S. 5.
[17] Hohenlohe, Denkw. 2, S. 78.
[18] Hoetzsch, Osteuropa und Deutscher Osten, S. 362.
[19] Vergl. dazu Oncken, S. 231.
[20] Bismarcks Reden, S. 184.
[21] Schultheß 1894, S. 147.

biet gedacht hatte. „Sein Gedanke ging gewissermaßen auf eine Verstaatlichung der sozialen Herrschaft auf dem Lande hinaus[22].“ Durch diese Veränderung des Bismarckschen Gedankens wurde dem Werk die eigentliche Basis genommen. Die von ihm gestellte Aufgabe „ohne die Frage nach der Nationalität sind Domänenpächter auf den polnischen Gütern anzusetzen, die als zuversichtliche Staatsbürger unter dem dauernden Einfluß des Staates stehen[23]“, wurde somit vollkommen verändert. „Bismarck hat seine Polenfeindschaft nicht mit dem Gegensatz der beiden Rassen, nicht mit der Notwendigkeit, den preußischen Staat national zu vereinheitlichen, sondern lediglich mit der politischen Unzuverlässigkeit der polnischen Oberschicht motiviert[24].“ Deutsche aber auch polnische Bauern sollten als Pächter auf den angekauften staatlichen Domänen angesetzt werden, um sie auf diese Weise fest mit dem Staat zu verknüpfen. Es war nicht entscheidend, ob die Ansiedler Deutsche waren; wesentlich war, daß sie sich in enger Verbindung mit dem Staate wußten. Als Frage des Kampfes zweier Völker um einen umstrittenen Grenzraum hat Bismarck die polnische Frage nicht erkannt.

Das polnische Problem aber war aus einem preußischen zu einem deutschen geworden, „seine Lösung durfte nicht mehr als ostdeutsche Raumfrage (allein) gesucht werden[25].“ Sie hatte einen außenpolitischen Hintergrund. Deutschland war zwar territorial saturiert und an einer Änderung der Besitzverhältnisse in Europa kaum interessiert, aber es konnte sich im Osten durch die panslawistische Gefahr nicht ausschalten lassen, ohne seine Lebensinteressen zu gefährden[26]. „Bismarck hatte es trotz der nationalstaatlichen Abschließung des Reiches durch seine Dreibunds-Politik in Verbindung mit dem Rückversicherungsvertrag verstanden, sich einen entscheidenden Einfluß auf die osteuropäische Entwicklung zu sichern[27].“

Die Caprivische Polenpolitik, allgemein als die Versöhnungsära bezeichnet, war nicht mehr bestimmt durch starke Interessengemeinschaft zu Rußland. Mit der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages begann eine neue Phase in den Beziehungen der europäischen Mächte zueinander. Bestimmend für die Haltung Caprivis den Polen gegenüber waren in erster Linie innenpolitische Gesichtspunkte. Die Regierung brauchte die Stimmen der Polen gegen die stärker gewordene Opposition im Reichstag, und als die neue Fraktion der Polen mit Treueerklärungen hervortrat, lag nichts näher, als daß Caprivi sich bemühte, sie ganz für seine Regierung zu gewinnen. Vielleicht hoffte man auch, das polnische Volk, dessen innere, vor allem wirtschaftliche Reorganisation immer stärker in Erscheinung trat, durch eine Milderung der Gesetze im Staate wieder fester zu verankern. Sofort setzte eine freundlichere Behand-

[22] Rothfels, Bismarck und der Osten, S. 53.
[23] Münstermann, S. 6.
[24] Schinkel, S. 191.
[25] Münstermann, S. 7.
[26] Vergl. dazu Schinkel, S. 195.
[27] Schinkel, S. 196.

lung der Polen ein. „In der Ernennung des Freiherrn Hugo zu Willamowitz-Möllendorf zum Oberpräsidenten von Posen erblickten die Polen einen Akt der Freundlichkeit[28]."

Das erste persönliche Zugeständnis, das man den Polen machte, war die Ernennung des damaligen polnischen Prälaten zu Wreschen, Dr. von Stablewski, zum Erzbischof von Gnesen-Posen am 30. Dezember 1891. Er hatte während des Kulturkampfes zu den Anführern der polnischen Widerstandsbewegung gehört, sich in neuester Zeit aber ausdrücklich als loyalen preußischen Untertan bekannt[29]. Wenige Wochen zuvor hatte er Rußland als den Hauptfeind des Katholizismus und der Polen bezeichnet[30].

So sind bei seiner Ernennung innen- und außenpolitische Gesichtspunkte miteinander verknüpft, und die veränderte Stellung Deutschlands zum Zarenreich findet auch hier ihren Ausdruck. Bismarck bezeichnete die Wahl Stablewskis nicht nur als einen Irrtum unserer inneren Politik, sondern vor allem als einen Fehler unserer auswärtigen Politik[31].

Auch die Ernennung des Grafen Zedlitz-Trützschler zum Kultusminister als Nachfolger des vom Zentrum gestürzten Ministers von Goßler[32] bedeutete ein Entgegenkommen den Polen gegenüber.

Durch den Erlaß vom 11. April 1891 wurde von der preußischen Regierung die Erteilung des polnischen Privatunterrichts in den Schulräumen gestattet. Für bestimmte Schulklassen wurde die Ersetzung des Deutschen durch die polnische Sprache beim Religionsunterricht zugestanden[33]. In der Folgezeit nahm der polnische Privatunterricht geradezu den „Charakter einer polnischen Agitation an[34]".

Noch wesentlicher waren die Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiet, die man den Polen machte. Durch die Rentengutsgesetzgebung vom 27. Juni 1890[35] und vom 7. Juli 1891[36] trat neben die Ansiedlungskommission mit ihren nationalpolitischen Zielen, die Generalkommission, die in Verbindung mit der polnischen Landesbank nicht nur deutsche, sondern auch polnische Ansiedler auf den Rentengütern ansetzte. Die polnische Bank wurde saniert und wollte „als Vermittlerin zwischen der Aktion der Regierung und den Privatunternehmen dienen[37]". Diese Verbindung währte zwar nicht lange[38], sie gab aber den selbständigen wirtschaftlichen Bestrebungen der Polen einen neuen Auftrieb. 1892 erhielten die polnischen Genossenschaften das Recht, eigene Revisoren zu halten und somit Unabhängigkeit von

---

[28] Hoetzsch, Osteuropa und deutscher Osten, S. 369.
[29] Vergl. Schultheß 1891, S. 130.
[30] Vergl. Oncken, S. 23.
[31] Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 26. Juni 1892.
[32] Vergl. Münstermann, S. 23.
[33] Schultheß 1891, S. 69.
[34] Geffcken, S. 190.
[35] Grotefend-Cretschmar, Band 3, S. 1054.
[36] Grotefend-Cretschmar, Band 3, S. 1055 ff.
[37] Ludwig Bernhard, S. 491.
[38] Vergl. Münstermann, S. 40. — 1894 entzog der Staat der Bank die Kredite.

der Aufsicht durch den Staat[39]. Im Deutschen Reichstag und im preußischen Landtag blieben die Polen selbständig. Ihre Haltung war in beiden Häusern eine verschiedene. Im Reichstag war ihre Stellungnahme zum Staat nun eine durchaus versöhnliche. Den Höhepunkt dieser Entwicklung bildete die Annahme der Militärvorlage Caprivis unter entscheidender Mitwirkung der polnischen Fraktion[40]. Im Abgeordnetenhaus dagegen war die Haltung der Polen wohl loyal, „aber nicht versöhnend[41]". In allen ihren Reden jedoch proklamierten die Polen ihre Nation als einen Organismus, der „seine eigene auf Grundlage der Rasse und Geschichte entwickelte Sonderart[42]" habe.

Die Versöhnungspolitik war auf polnischer Seite nur vom Adel getragen, die Bewegung des Mittelstandes ging weiter und ergriff allmählich auch die breiteren Volksschichten. Der „Hofpartei" unter Führung von Josef von Koszielski trat immer erfolgreicher die Volkspartei entgegen, „welcher die religiösen Interessen des Katholizismus in zweiter, die nationalistische Agitation in erster Linie stand[43]. Die polnische Fraktion, in der nunmehr der demokratische Flügel der Nationalpartei das Übergewicht gewann, repräsentierte nicht mehr den Willen des gesamten preußischen Polentums.

Als die erwartete Gegenleistung für die Rettung der Militärvorlage ausblieb, war die Erbitterung bei den Polen, die ein Recht auf neue Zugeständnisse zu haben glaubten, groß. Bei einer der nächsten Abstimmungen ließ die Fraktion unter dem Druck der polnischen Öffentlichkeit Koszielski, den Exponenten der Versöhnungspolitik, in Stich, so daß dieser am 11. März 1894 sein Mandat niederlegte.

Und schon fanden sich überall Ansätze zu einem abermaligen Wechsel des Polenkurses. Dabei spielten wiederum außenpolitische Gesichtspunkte eine Rolle[44]. Das Bündnis zwischen Frankreich und Rußland hatte keine offensive Tendenz, der deutsch-russische Handelsvertrag schien eine Besserung der Beziehungen zwischen Petersburg und Berlin gebracht zu haben.

Als im Oktober 1894 Caprivi zurücktrat, war der Weg frei und vorbereitet für eine Neuorientierung in der polnischen Frage.

Kapitel II.

Die Situation im Jahre 1894.

Mit den Ereignissen des Jahres 1894 setzte eine neue Epoche in der Polenpolitik ein. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß ihre Impulse nicht von der Regierung und den verantwortlichen Staatsmännern ausgehen; und daß von nun an die aktive Richtung in der

[39] Vergl. Münstermann, S. 45.
[40] Vergl. Oncken, S. 236.
[41] Münstermann, S. 50.
[42] Feldmann, S. 348.
[43] Bachem, S. 303.
[44] Oncken, S. 236.

polnischen Frage von Kräften getragen wird, die unabhängig von der vom Staate bestimmten Politik arbeiten.

Die Mandatsniederlegung von Koszielskis bildet äußerlich den Abschluß der Zusammenarbeit der polnischen Fraktion mit der Regierung. In der Folgezeit ist die Fraktion wieder ein fester Bestandteil der Oppositionsgruppe und benutzt jede Gelegenheit, den Abstand zwischen Polen und preußischer Staatsführung zu verschärfen.

Die Kampfansage der Polen erfolgt am 17. Dezember 1894 in der Rede Koszielskis bei der Eröffnung der galizischen Landesausstellung in Lemberg[45], in der er die Zusammengehörigkeit aller Polen betonte und erklärte, daß die ganze polnische Nation doch nur einen Organismus, nur ein Herz und einen Gedanken habe, trotz gewisser Linien, die auf dem Körper der Nation gezogen worden seien[46]. Für die versöhnliche Taktik der polnischen Fraktion sucht er sich zu rechtfertigen. Sie wäre „durch jene Klugheit bestimmt worden, die dem Gefühle häufig Stillschweigen auferlegt, damit nicht geäußert werde, was schaden, aber nicht nützen kann[47]". Am bezeichnendsten für die veränderte Situation aber ist die Äußerung Koszielskis, in der er Bezug nimmt auf die polnische Agitation in Oberschlesien. „Ihr (die nichtpreußischen Polen) hebt unsere Verdienste hervor; es sind deren viele. Das größte derselben ist das, daß wir unseren jüngsten Bruder (die Polen Oberschlesiens) zuerst zu nationaler Arbeit aufgerufen haben[48]." Diese Rede mit ihrer unverhüllt großpolnischen Tendenz wirkte wie eine Kriegserklärung. „Wer auf polnischem Boden wohnt, muß Pole werden[49]", das war die Auslegung des freikonservativen Abgeordneten von Tiedemann. Ähnlich war das Echo in allen nationalen deutschen Kreisen.

Die Antwort auf diese offizielle Bekanntgabe des Umschwungs in der Haltung der preußischen Polen blieb nicht aus. Und zwar war es der Kaiser selbst, der am 22. September in seiner Thorner Rede das Tischtuch zwischen sich und den Hofpolen zerschnitt[50]. Er erinnert an die deutsche Vergangenheit der Stadt Thorn und fährt dann fort: „Es ist zu Meiner Kenntnis gekommen, daß leider die polnischen Mitbürger hierselbst sich nicht so verhalten, wie man es erwarten und wünschen sollte. Sie mögen es sich gesagt sein lassen, daß sie nur dann auf Meine Gnade und Teilnahme in demselben Maße wie die Deutschen rechnen können, wenn sie sich unbedingt als preußische Untertanen fühlen", und am Bahnhof bei der Verabschiedung fügt er dem Bürgermeister gegenüber noch eine Erklärung seiner Worte und ihres offiziellen Gehalts hinzu: „Ich wünsche, daß das, was Ich heute Vormittag gesagt habe, allgemein bekannt werde. Ich habe es nicht bloß in den Wind gesprochen[51]."

[45] Schultheß 1894, S. 231, und „Die Deutsche Ostmark", herausgegeben vom Alldeutschen Verband, 1894.
[46] Ebenda.
[47] Schinkel, S. 201.
[48] Schinkel, S. 201.
[49] Sten. Ber. d. Abghs., 18. Leg., 2. Sess., 15. 2. 1895.
[50] Die Reden Wilhelms II., S. 278.
[51] Die Reden Wilhelms II., S. 279.

Die eigentlich vortreibende Kraft war[52] der Altreichskanzler, der auch jetzt noch an den Geschehnissen seiner Zeit mitzugestalten sucht und dessen gewaltige Persönlichkeit wie ein Druck, wie eine Lähmung auf seinen Nachfolgern in der verantwortlichen Führung der Politik des Reiches liegt[53]. In Varzin hält er am 21. September 1894 vor einer Gruppe von 2000 Posenern, die eine Huldigungsfahrt zu ihm unternahmen, seine große Polenrede[54] und faßt noch einmal seine Auffassung vom polnischen Problem zusammen, jetzt, wo der Boden reif ist für eine Neuorientierung in der Frage des deutschen Ostens. Entscheidend bleibt seine Erkenntnis, daß ein polnischer Nationalstaat eine lebensgefährliche Bedrohung für Preußen-Deutschland bedeutet. Die gemeinsame Abwehr des nationalstaatlichen Prinzips in Polen hatte Rußland und Preußen immer wieder zusammengeführt, wie die Beziehung zu Rußland überhaupt „Ausgangspunkt und Rückhalt, Regulierungsort und Barometer der erstrebten Gesamtsituation[55]“ darstellte. Bismarck hatte nicht die Absicht, volksmäßig zu germanisieren. Die Umstellung seines Grundgedankens, nämlich die Verstaatlichung des angekauften Bodens mit Ansetzung von Pächtern hatte er geschehen lassen, um durch eine große Mehrheit im Parlament die deutsche Stellung gegenüber den anderen Mächten zu verstärken[56]. Nach seiner Entlassung muß der Kanzler sehen, wie ein Stein nach dem anderen aus dem festen Bau, zu dem er das Reich gemacht zu haben glaubte, herausgebrochen wurde. Der Rückversicherungsvertrag, Krönung seines Bündnissystems, ist nicht erneuert, die Polenfrage wird unter dem Gesichtspunkt der Versöhnung behandelt, die Ansiedlung hält sich wesentlich im Rahmen einer bürokratisch organisierten Landesversorgung[57], der polnische Adel, für Bismarck Exponent der deutsch- und preußenfeindlichen Bestrebungen, war zum Hofadel geworden. „Der Adel ist der Feind des Staates. Ihn muß man bekämpfen, die Massen des unteren Standes sind zufrieden mit der preußischen Verwaltung[58]“, davon läßt Bismarck nicht ab. Noch einmal erläutert er seine Ansichten bei der Begründung der Ansiedlungskommission. „Es ist nicht mein Programm gewesen, daß bei der Ansiedlungskommssion vorzugsweise auf die Neusiedlung kleiner Leute deutscher Zunge Bedacht genommen wurde. Die polnischen Bauern sind nicht gefährlich und es ist für uns ziemlich gleichgültig, ob sie polnisch oder deutsch sind; die Hauptsache war, daß der große Grundbesitz Domäne wurde unter einem Pächter, auf den der Staat fortdauernd Einfluß behält[59].“ Bismarck argumentiert mit dem Fehlen einer polnischen Widerstandsbewegung in Ober-

---

[52] Auf die vorbereitende Arbeit des Alldeutschen Verbandes wird noch einzugehen sein.

[53] Vergl. Denkw. d. Reichskanzlerzeit, S. 163.

[54] Bismarcks Reden, 13. Band, S. 537.

[55] Rothfels, „Ostrium, Preußentum und Reichsgedanke“, S. 85.

[56] Münstermann, S. 7.

[57] Vergl. Schinkel, S. 194.

[58] Bismarcks Reden, S. 541, 13. Band.

[59] Bismarcks Reden, S. 541.

schlesien, die ja aber in der Tat schon eingesetzt hatte (Beweis: die Worte Koszielskis in Lemberg). „Was ist es nun, was in Schlesien fehlt, und es uns dadurch möglich gemacht hat, jahrhundertelang dort in konfessioneller Eintracht zu leben? Es tut mir leid, es sagen zu müssen, es ist der polnische Adel, und nur der Adel und die polonisierende Geistlichkeit[60]." Bismarck verkennt vollkommen, daß sich in Polen inzwischen ein starker leistungsfähiger Mittelstand herausgebildet hatte, und daß das polnische Volk in Genossenschaften, in den Bauernvereinen des Maximilian Jackowski, in den Sokols[61] und in unzähligen anderen Vereinigungen zusammengefaßt war, die alle das Ziel der Befreiung und Vereinigung aller Polen unter eigenständiger Herrschaft hatte. Nicht der Adel, sondern das Bürgertum und die unteren Schichten der Bevölkerung sind es, die jetzt den nationalen Kampf tragen. Aus der Aufstandsbewegung einzelner polnischer Adelsfamilien ist eine Volksbewegung geworden, eine organische Erfassung sämtlicher Schichten der Bevölkerung, geführt von einer bürgerlichen Intelligenz. Das gab der polnischen Frage am Ausgang des 19. Jahrhunderts ein so verändertes Aussehen. Sie mußte als völkische Frage gewertet und behandelt werden.

Bismarck ist in seiner Beurteilung bei seinem früher gefaßten Standpunkt auch in dieser Zeit geblieben. So spricht er sich auch einer Abordnung von Westpreußen gegenüber am 23. September in Varzin aus[62]. „Das ist es, was ich hauptsächlich betone, wogegen ich immer kämpfe: Gegen den Rest von Glauben an das polnische Junkertum, der sich bei manchen Liberalen immer noch vorfindet[63]." In dieser Rede wendet sich Bismarck scharf gegen die Liberalen und ihr Argument, daß ein wiederhergestelltes Polen ein Wall gegen Rußland sei. „Es ist immer ein Irrtum: Ein Schutzstaat gegen eine russische Invasion ist selbst das starke Großpolen vor 1772 nie gewesen[64]."

Für den Liberalismus schien „mit der Verdrängung des Adels durch den Mittelstand das polnische Problem ohne jede nationale Bedeutung zu sein[65]". Die Idee der Feindschaft zu Rußland spielt eine entscheidende Rolle in der Ideologie des Grafen von Hutten-Czapski, dessen besondere Stellung noch zu betrachten sein wird.

Alle polnischen Bestrebungen sind für Bismarck reine Kastenbestrebungen, „für die Kaste des Adels gegen die anderen[66]". Dieser unzuverlässige Teil des polnischen Volkes muß ausgeschaltet werden, und dafür der gutwillige andere Teil gewonnen werden. „Wir könnten mit der Masse des polnischen Volkes vollkommen in Frieden leben ... offensiv ist nur der Adel." Mit diesem Gegner aufzuräumen war der Sinn des Ankaufgesetzes, dessen Ausführung aber schon mit seinen nationalpolitischen Zielen nicht mehr den Bismarckschen Voraus-

---

[60] Ebenda.
[61] Sokols, die Falkenvereine = Turnvereine mit nationalpolnischem Ziel.
[62] Bismarcks Reden, S. 546.
[63] Ebenda.
[64] Bismarcks Reden, S. 546.
[65] Münstermann, S. 21.
[66] Ebenda.

setzungen entsprach und gerade das polnische Bauernelement zu unterdrücken suchte.

Warum Bismarcks Worte der neugeschaffenen Lage nicht mehr gerecht wurden, ist bereits ausgeführt, aber sie waren letztlich ein Aufruf zur nationalen Sammlung und verhallten ebensowenig ungehört wie die Reden der Polen in Lemberg. Wohl lehnten der deutsche Liberalismus[67] und der Marxismus[68] den Appell ab, aber er wirkte fruchtbringend auf die national-deutschen Kreise in der Ostmark selbst und führte zur Gründung des Vereins zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken. Damit schuf sich nun das deutsche Volk aus eigener Initiative eine Selbstschutzorganisation, die unabhängig war von der Richtung der Regierungspolitik.

Vorher aber hatte sich schon eine andere Strömung des deutschen völkischen Lebens der polnischen Frage angenommen. Der Alldeutsche Verband erhob über alle Parteidoktrinen hinweg den Ruf der Verpflichtung zum Einstehen für die Nation.

Vom Ostmarkenverein wie von den Alldeutschen wurden jene Leitgedanken Bismarcks, über die die zeitliche Entwicklung hinweggeschritten war, in ihrer Fehlentscheidung erkannt und entsprechend gewertet. Sie berufen sich auf ihn, versuchen aber, sich in ihrem Programm auf die neue Situation einzustellen.

Die Alldeutschen, begrüßt als Erwecker und Förderer eines stolzen deutschen Nationalbewußtseins, verlacht als Illusionisten und abgewiesen als ewige Mahner[69] hatten auf ihrem Verbandstag in Berlin am 9. September 1894 das polnische Problem in einem ausführlichen Referat behandelt[70]. Schon am 1. Juli hatte der Verband in einer Vorstandssitzung der Polenpolitik der Regierung schärfste Fehde angesagt. Es handelte sich für die Alldeutschen nicht um eine innerpolitische oder rein preußische Frage, sondern um die Rechte und Pflichten des deutschen Volkes im Osten überhaupt, das sich nach Lage der Dinge in ständigem Zurückweichen vor den Polen befand[71]. An eine Gewinnung der Slawen[72] durch eine Politik der Zugeständnisse, wie Caprivi sie getrieben hatte, glaubte der Alldeutsche Verband nicht. Die Polenfrage mußte als M a c h t f r a g e betrachtet werden[73], und das, was die Polen „dem preußischen Staatsgedanken nicht freiwillig gewähren wollten, (muß man) von ihnen mit allen Mitteln staatlicher Gewalt erzwingen[74]."

---

[67] Frankf. Zeitung, 1894 (September).

[68] Vorwärts, 7. Oktober 1894.

[69] Vergl. Lothar Werner, Einleitung.

[70] 20. Jahre alldt. Arbeit und Kämpfe, S. 11.

[71] Vergl. Münstermann, S. 44.

[72] Wesentlich ist, daß die Alldeutschen den Rassenunterschied zwischen Deutschen und Polen betonten.

[73] Ähnlich die Stellung des deutschen Nationalliberalismus, die sich im Hann. Courier, 30. Sept. 1894, unter anderem folgendermaßen ausspricht: „Nur die Macht hat einen Teil des ehemaligen Polen mit Preußen vereinigt, nur die Macht wird die Unlöslichkeit dieser Verbindung gewährleisten, aber diese Macht ist vorhanden, und unter ihrem Schutz setzen deutscher Fleiß und deutsche Tüchtigkeit das friedliche Eroberungswerk fort, auf dessen Erfolge wir jetzt schon mit Freude und Stolz zurückblicken.

[74] Bohnhard, S. 77.

Die Forderungen der Alldeutschen lauten[75]:

1. Die Erteilung ausschließlich deutschen Volksschulunterrichtes an die Kinder deutscher Eltern. Zu diesem Zweck Übernahme der Volksschulklassen auf den Staat da, wo deutsche Minderheiten die Gemeindeschulklassen nicht zu tragen vermögen.
2. Die allmähliche Überführung des öffentlichen Unterrichts in einen ausschließlichen deutschen in allen anderen Schulen.
3. Staatliche Errichtung und Unterstützung deutscher Kindergärten, Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftsschulen. Staatliche Unterstützung deutscher Theater.
4. Verdeutschung aller Ortsnamen.
5. Stärkung des deutschen Mittelstandes durch einen Arbeitsnachnachweis für Handwerker, Kreditgewährung an solche und kleine Gewerbetreibende jeder Art durch deutsche Vereinigungen.
6. Einstellung der polnischen Rekruten in im Westen stehende Regimenter.
7. Allmähliche Einschränkung und schließliches Verbot der Einwanderung russisch-polnischer Wanderarbeiter, gleichzeitig Schutz der Landwirtschaft gegen etwaige Nachteile durch Begünstigung der Ansiedlung deutscher Arbeiter, insbesondere auch durch Ansetzung von Arbeiterpächtern auf den Domänen des Staates. Abänderung des Gesetzes vom 1. Juni 1870 über den Erwerb und Verlust der deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeit in dem Sinne, daß die Naturalisation der Fremden im deutschen Reiche möglichst erschwert werde.
8. Annahme nur deutscher und Ausschluß aller polnischen Ansiedler und Rentengutserwerber seitens der mit der Durchführung der Rentengütergesetze vom 27. Juni und 7. Juli 1891 beauftragten Generalkommissionen.
9. Erstreckung der Giltigkeit des Gesetzes vom 26. April 1886 (Ansiedelungsgesetz) auf die Provinzen Ostpreußen und Schlesien und Bereitstellung der dazu erforderlichen Mittel.

Bestimmt wird dieses Programm durch die Erkenntnis, daß eine Eindeutschung des Polentums ausgeschlossen sei, „bis eine neue Änderung der wirtschaftlichen Mächteverteilung zwischen den beiden Völkern eingetreten war[76]". Eine energische Schul- und Kirchenpolitik war nur die Begleiterscheinung eines großartigen wirtschaftlichen Kampfes gegen das Polentum. „Es bleibt das geschichtliche Verdienst der Alldeutschen Bewegung, die deutschen Volkstumsbelange — gerade in den Wirtschaftsfragen — rücksichtslos hervorgekehrt zu haben[77]." Im Gegensatz zu Bismarck sahen die Alldeutschen in der polnischen Arbeiter- und Mittelstandsfrage das entscheidende Aufgabengebiet für die deutsche Politik im Ostraum; wirtschaftliche

[75] Die Deutsche Ostmark, Aktenstück und Beiträge zur Polenfrage, herausgegeben vom Alldeutschen Verb., 1894, S. 43 ff.

[76] Bohnhard, S. 99.

[77] Münstermann, S. 46.

Ziele mußten in die nationalpolitischen Bestrebungen des Reiches in den Ostprovinzen eingeordnet werden[78]. Bekämpfung der Polen mit allen Mitteln, „wir müssen die Scheuklappen ablegen, die uns die Anwendung unseres deutschen und preußischen Verfassungsrechtes auf einen weder deutsch noch preußisch empfindenden und denkenden fremdsprachigen und zentrifugalen Teil der Reichsbewohner auferlegt[79]."

Die Forderung nach Sperrung der Grenzen gegen weiteren Zuzug polnischer Wanderarbeiter rührte an eine der größten Schwierigkeiten im Osten, an das Problem, die deutsche Landwirtschaft unabhängig zu machen von der Hilfe der polnischen Landarbeiter, die mit der fortschreitenden Industrialisierung Deutschlands und dem damit verbundenen Zuzug in die westdeutschen Industriezentren, aus dem Osten fort, immer mehr auf die Unterstützung durch die billigen polnischen Arbeitskräfte angewiesen wurde. Die Erfüllung dieser Forderung glaubte der Alldeutsche Verband durch eine Ansiedlung deutscher Arbeiter zu erreichen. Noch heute, obwohl sich die Verhältnisse grundlegend gewandelt haben, ist die jetzt auf den ostpreußischen Raum beschränkte ostdeutsche Landwirtschaft nicht frei von dieser Schwierigkeit. Für Bismarck lag ja bekanntlich in diesen Verhältnissen keine Problematik. Er sah die Landarbeiterfrage vom patriarchalischen Standpunkt des Großgrundbesitzers an, eine ähnliche Einstellung, wie sie Oldenburg-Januschau in seinen „Erinnerungen" vertritt.

Eine energische Kampfansage an die Regierung bedeuteten die Aufsätze Hugenbergs in den Alldeutschen Blättern von 1894. In einem Aufsatz, den er „Der preußische Staat als Polonisator und Herr Prof. Delbrück[80]" überschreibt, gibt er dem preußischen Staat die Schuld an dem Erstarken des Polentums, denn er läßt zu, daß die nationale Aufbauarbeit der Ansiedelungskommission durch die objektive Handhabung des Rentengütergesetzes zunichte gemacht wird[81]. „Und so haben wir denn seitdem als ein Musterbeispiel bewußter Politik das erbauliche Schauspiel vor uns, daß auf der einen Seite die Königliche Ansiedlungskommission zu Posen mit staatlichem Gelde germanisiert, während auf der anderen Seite — die gleichfalls Königliche — Generalkommission zu Bromberg mit staatlichem Kredite polonisiert[82]." Durch die von der Generalkommission gewährten Kredite sei es möglich geworden, daß die bei dem Aufkauf polnischer Güter freigewordenen polnischen Arbeitskräfte ländliche Kleinsiedlungen erhielten. „So gründet also der Staat selbst Heimstätten für die Polen und unterstützt die Slawisierung[83] des deutschen Ostens[84]". Aus dieser Erkenntnis heraus wird der Ausschluß polnischer Bewerber bei der

[78] Schon 1893 gefordert (Alld. Bl., Nr. 12).
[79] Alld. Bl. 1899, Nr. 11, Alld. Arbeit, S. 119, und Kämpfe, S. 59.
[80] Die Deutsche Ostmark, S. 30.
[81] Bezeichnend ist wieder, daß die Ansiedlung entgegen dem Bismarckschen Sinne als Mittel zur Germanisierung des Ostens angesehen wird, daß eben die Nationalität des Bewerbers ausschlaggebend ist.
[82] Die Deutsche Ostmark, S. 31.
[83] Man beachte die Betonung der Rasse.
[84] Die Deutsche Ostmark, S. 33.

Bildung von Rentengütern und Beschleunigung der Besiedlung durch Deutsche gefordert. „Die Polenfrage ist heute keine Adelsfrage mehr, sondern eine Arbeiterfrage[85]", das ist der grundlegende Wandel in der Auffassung seit der Bismarckzeit und der ganzen bisherigen Epoche einer preußischen Herrschaft über die Polen. Es ist das Verdienst der Alldeutschen, daß sie sich als erste den Erfordernissen einer neuen Entwicklung anpaßten, daß sie eine wirtschaftliche Neuorientierung im Ostraum suchten, daß sie sich aber auch gegen einen Zuzug der Polen in den Westen des Reiches wehrten. „Das Eindringen einer fremden Nationalität in das Deutschtum bedeutete ihr (der alldeutschen Bewegung) eine Unterwühlung der deutschen Kultur. Mit dem Einschreiten gegen das Vordringen der Polen nach Westen sprach sie kolonisatorische Forderungen raumpolitischer Art aus[86]." An eine kulturelle Hebung der Ostprovinzen, etwa durch Schaffung einer Universität in Posen, Einrichtung von Volksbibliotheken, Gründung von Fachschulen, wie sie vom Ostmarkenverein gefordert wurde und wie sie die Regierung tatsächlich durchzuführen suchte, dachte der Alldeutsche Verband nicht. Er hielt diese Förderung der polnischen Gebiete für sinnlos, weil sie in erster Linie nicht dem Deutschtum, sondern dem Polentum zugute kommen mußte. „Unsere Aufgabe ist es nicht, die polnischen Provinzen zu entwickeln, sondern das Deutschtum in diesen Provinzen zu entwickeln[87]." In dieser Einstellung liegt der größte Gegensatz zum Programm des Ostmarkenvereins, der sich sonst mit seinen Forderungen sehr wohl in eine Front mit den Alldeutschen stellen läßt.

Die Gleichsetzung Katholizismus und Polentum wird aufs schärfste bekämpft. Einen Teil Schuld an dieser Verschiebung des nationalen Moments auf ein religiöses Gebiet trägt nach Meinung des Alldeutschen Verbandes der Staat selbst, weil er nicht dafür sorgt, daß genügend deutsche katholische Seelsorger für die katholische Bevölkerung im Osten vorhanden sind. Der stärkste Vorwurf aber trifft die katholische Kirche, daß sie den Osten der Tätigkeit der polnischen Geistlichkeit preisgibt, ohne sich um das Wohl der deutsch-katholischen Gemeinden zu bekümmern. „Und nicht nur den deutschgesinnten Geistlichen enthält der polnische Erzbischof seinen deutschen Pflegebefohlenen, sondern auch die deutsche Predigt[88]." Hier hält sich die Bismarcksche Auffassung, daß die Ernennung eines Polen zum Erzbischof von Gnesen-Posen ein nationales Unglück für die Deutschen sei. Durch das Verstehen dieser Schwierigkeiten, muß sich der Alldeutsche Verband gegen einen Vorwurf stellen, den Zentrumskreise immer wieder der Ansiedlungsarbeit des Staates machen, daß sie nämlich die deutliche Tendenz habe, den Osten zu protestantisieren. „Der Wille, katholische Deutsche anzusiedeln, hat nie gefehlt. Aber wenn die Kirche nicht selbst dafür sorgt, daß diese katholischen Deutschen auch Deutsche bleiben, wenn sie im Gegenteil selbst bemüht

[85] Alldeutsche Blätter Nr. 37, A. K. S. 72.
[86] Münstermann, S. 47.
[87] Reismann-Grone, S. 15.
[88] Die Deutsche Ostmark, S. 103.

ist, sie zu Polen zu machen, so kann der Staat nicht anders, als sich bei der Ausführung der Ansiedlungsgesetzgebung auf evangelische Ansiedler stützen[89]."

Das Programm des Alldeutschen Verbandes ist auf Kampf eingestellt. Ganz bewußt wird als Ziel eine Germanisierung des Ostens angegeben. Über allen Begriffen parteipolitischen Denkens, über den Begriffen der individuellen Gleichberechtigung, der formalen Gerechtigkeit, der zeitigen Verfassung und der persönlichen Rücksichten steht ein Begriff des Staatsinteresses und der Volksgemeinschaft[90]. Dieser Satz faßt das Wollen der Alldeutschen Bewegung in bester Weise zusammen. Mögen ihre Vorschläge zur Behandlung der Polen auch einseitig, nur auf Machtpolitik aufgebaut gewesen sein; zu unnachsichtig einem fremden Volksstamm gegenüber, das auch seine innere Notwendigkeit und Eigengesetzlichkeit hat, so muß doch die Erkenntnis der Gefahren im Osten und der Wille zu einer Verbesserung der Lage anerkannt werden.

Das ostdeutsche Aufgabengebiet, wie es die Alldeutschen herausgestellt hatten, übernahm der *Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken,* der am 3. Februar 1894 in Posen begründet wurde. In der Gründungsversammlung entwickelte der 1. Vorsitzende Sinn und Zweck dieses neuen Vereins. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß er seine Entstehung den Varzinfahrten der Posener und Westpreußen verdankt[91]. „Der Rückgang des Deutschtums, das Vordringen des Polentums auf der ganzen Linie bedingen eine Vereinigung des Deutschtums, das bisher zerstreut und nur bei gewissen Anlässen einig war. Wir brauchen einen Zusammenschluß der Deutschen ohne Unterschied von Stand, Religion und politischer Anschauung auf rein nationaler Grundlage, und ein einträchtiges Zusammengehen von Stadt und Land[92]." Der Verein hat keine aggressiven Ziele, sondern nur die Zwecke der Abwehr, der Angriff liegt ihm fern, er will keinen Kampf mit vergifteten Waffen. „Wir wollen die Sache praktisch anfassen und das Deutschtum einig kulturell und wirtschaftlich heben[93]." Der Ostmarkenverein hat das gleiche Ziel wie die Alldeutschen, nämlich den Ostraum für das Deutschtum zu erhalten, aber er geht andere Wege. „Unsere Bestrebungen sind völlig vereinbar mit der Rücksichtnahme auf unsere Mitbürger polnischer Zunge, sofern und soweit sie sich ohne Hintergedanken als preußische Staatsbürger führen und fühlen[94]." Damit ist die Linie aufgezeigt, die später die Haltung der Regierung kennzeichnet.

Zweck also ist (§ 1 der Satzungen)[95]: „Die Kräftigung und Sammlung des Deutschtums in den mit polnischer Bevölkerung durchsetzten Ostmarken des Reiches durch Hebung und Befestigung

[89] Deutsche Ostmark, S. 103.
[90] Alldeutsche Blätter Nr. 34, 1894, S. 37.
[91] Die Akten des Vereins waren nicht zu erhalten.
[92] Vosberg, S. 8.
[93] Vosberg, S. 8.
[94] Ebenda.
[95] Die Ostmark Nr. 1, 1896.

deutschnationalen Empfindens sowie durch Vermehrung und Stärkung der deutschen Bevölkerung." Die Tätigkeit des Vereins war gerichtet auf

a) die Beobachtung aller Fragen und Vorgänge auf nationalem Gebiet und Vertretung der deutschnationalen Interessen in der Öffentlichkeit durch geeignete Mittel, hauptsächlich auch gegenüber den Bestrebungen der polnischen Presse.
b) die Heranziehung Deutscher für den Erwerb ländlicher und städtischer Liegenschaften sowie deutscher Handwerker, Gewerbetreibender, Gastwirte, Kaufleute. Ärzte, Rechtsanwälte, Betriebsbeamten und Arbeiter, wo solche fehlen.
c) die Kräftigung des deutschen Mittelstandes in Stadt und Land durch geeignete Mittel, insbesondere auch durch Sicherstellung der Kundschaft und Kreditgewährung in Notfällen.
d) Die Veranstaltung von Wanderversammlungen (Deutsche Tage) zur Besprechung nationaler Angelegenheiten.
e) der Förderung des deutschen Schulunterrichts[96].

Der Ostmarkenverein[97] will ein Schutzbündnis darstellen, einen Zusammenschluß aller Deutschen unter einem Leitgedanken, nämlich der Erhaltung des Deutschtums gegenüber dem Vordringen der Polen. Vom Alldeutschen Verband unterscheidet ihn die Betonung einer kulturellen Hebung des Ostens und die stärkere Heraushebung der Notwendigkeit eines widerstandsfähigen deutschen Bürgertums.

„Lediglich Aufgabe der Königlichen Staatsregierung bleibt es auch fernerhin, in politischer Beziehung die deutsche Sache mit Kraft und Nachdruck zu führen[98]." Diese amtliche Führung wird aber nur dann von einem nachhaltigen Erfolg begleitet sein, wenn es nebenher gelingt, das erschlaffte deutsche Nationalbewußtsein in den deutschen Ostmarken wieder zu stärken und die Deutschen wirtschaftlich zu heben. Diese Aufgaben können nicht von der Regierung allein gelöst werden. Ihr muß eine selbständige freie Organisation der Deutschen selbst, eine entschlossene Selbsthilfe entgegenkommen, die in täglicher Kleinarbeit diese Aufgaben übernimmt. Diese Beweggründe waren entscheidend für die Begründung des Vereins, der sofort ein Begrüßungstelegramm an Bismarck schickte und von ihm eine freundliche Antwort erhielt[99].

Nach den drei Vorsitzenden, Landesökonomierat Rittergutsbesitzer Dr. von Hansemann, Landesökonomierat Kennemann und dem Kammerherrn und Rittergutsbesitzer von Tiedemann, bekommt der Verein von seinen Gegnern den Namen H-K-T-Verein. Seine Mitglieder, aber bald auch alles, was eine aktive, d. h. antipolnische Polenpolitik vertritt, gelten als Hakatisten.

Der Ostmarkenverein wollte eine Bewegung schaffen, die alle Volkskreise gleichmäßig ergriff, er konnte sich aber nur bei den

[96] Vergl. Die Ostmark, Nr. 1, 1896.
[97] Diesen Namen nahm der Verein 1899 offiziell an.
[98] Ostmark, Nr. 1, 1896.
[99] Vosberg, S. 9.

höheren Ständen durchsetzen und „geriet dadurch in den Geruch von einseitiger politischer Streberei“[100]. So konnte er seine Aufgabe, das Gewissen des deutschen Volkes im Ostkampf zu bilden, nur unter großen Schwierigkeiten durchführen. Mit seiner Entstehung war die Kampfsituation im Osten wieder hergestellt. Die Tätigkeit des Ostmarkenvereins aber, der bewußt jede parteipolitische Bindung ablehnte, bildete fortan einen der Hauptauseinandersetzungspunkte der verschiedenen politischen Willensrichtungen in der Behandlung der polnischen Frage.

Hans Delbrück und die polnische Frage.

Aber auch von einer ganz anderen Seite war energisch eine Änderung des polnischen Kurses gefordert worden. Professor Hans Delbrück, der Herausgeber der Preußischen Jahrbücher, hatte sich seit langem mit der polnischen Frage befaßt und war auf völlig anderen Wegen zu dem gleichen Ziel wie Bismarck, Alldeutsche und Ostmarkenverein gelangt, nämlich, daß eine Revision des Ostmarkenpolitik nötig sei. Agnes von Zahn-Harnack stellt bei ihrer Betrachtung des nahen Freundes ihres Vaters in erster Linie heraus, daß Delbrück Preuße war. „Diese Tatsache war das Rückgrat seiner ganzen Existenz[101].“ „Delbrücks Grundhaltung war konservativ; aber sein Konservativismus war mit starkem Bedürfnis nach geistiger Freiheit in eine ganz einzigartige Verbindung getreten. Er schien wie ein Baum, der die Wurzeln tief in den deutschen Boden gesenkt hatte: Weit konnte er seine Wipfel nach allen Seiten neigen, ohne fürchten zu müssen, daß der Stand im Erdreich sich lockern werde[102].“ Daraus sucht sie zu erklären, daß Delbrücks Platz in unzähligen Fragen der Politik und des sonstigen öffentlichen Lebens nicht unter den Konservativen, sondern bei der Opposition war, wo wir ihn auch in seiner Haltung der polnischen Frage gegenüber finden. „Denn so heiß, wie er Deutschland liebte, ebenso heiß wünschte er, daß sein Vaterland in allen politischen Fragen nicht nur das politisch Richtige, sondern auch das sittlich Gute tun sollte[103].“ Auf das Urteil seiner Zeitgenossen wird noch einzugehen sein. Jedenfalls bildet auch hier das Jahr 1894 einen entscheidenden Punkt in der Entwicklung. Wie stark die Einwirkung auf die politische Meinungsbildung in der deutschen Öffentlichkeit war, vermag man daraus zu ersehen, daß der Schultheß'sche Geschichtskalender von 1895 die zusammenfassende Darstellung der polnischen Probleme im Jahre 1894 unter besonderer Berücksichtigung der Delbrückschen Ansichten behandelt. Er stellt zwei Meinungen einander gegenüber, der Durchschnittsmeinung des nationalgesinnten Deutschen, die andere, „die vorläufig nur vertreten wird durch einen engen Kreis von höheren Beamten und Gelehrten, als deren bedeutendster literarischer Vorkämpfer Hans Delbrück auf-

[100] Laubert, Die Preußische Polenpolitik, S. 141.
[101] Agnes von Zahn-Harnack, S. 185.
[102] Agnes von Zahn-Harnack, S. 185.
[103] Ebenda, S. 186.

getreten ist[104]". Ziel des Delbrückschen Angriffs ist in erster Linie die Tätigkeit der Ansiedlungskommission. In der Tat ging die Ansiedlung im Osten trotz ungeheurer Kosten nur sehr langsam vor sich, so daß zunächst im zahlenmäßigen Verhältnis der Deutschen und Polen keine positive Verschiebung zugunsten des Deutschtums eintrat, und die Polen, denen man ihre verschuldeten Güter abgekauft hat, nehmen das Geld und kaufen sich ihrerseits von deutschem Land einen neuen Besitz[105]. „Die öffentliche Meinung in Deutschland wird sich um so eher davon überzeugen, daß diese Kolonisation für die nationale Frage im Osten wertlos ist, als auch Fürst Bismarck in seiner ersten Varziner Rede sie preisgegeben hat[106]." Also auch hier die Bezugnahme auf Bismarck. „Ja, er hat sogar gesagt, daß er von Anfang an diese Gedanken nicht gebilligt hat[107]." Aber das Fundament des Bismarckschen Planes, nämlich die Umwandlung der aufgekauften Güter in Domänen, wird von Delbrück außer Acht gelassen, denn, „bei den Gütern, die aus deutscher Hand gekauft sind, wird es einen so großen Unterschied nicht machen, ob ein deutscher Besitzer oder ein Domänenpächter angesetzt wird[108]", und „die Verdrängung einiger polnischer Rittergutsbesitzer wird wieder wettgemacht, wenn dadurch anderswo an Stelle eines schwachen polnischen Besitzers ein wirtschaftlich starker gesetzt wird." Dagegen schlägt Delbrück Maßnahmen nach russischer Methode vor, wenn man wirklich den polnischen Grundbesitz aus den polnischen Provinzen entfernen will. Allerdings widerspräche eine solche Handlungsweise dem Satze der Verfassung: Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. „Und Herr Professor Delbrück — der allerdings in seiner Reichshauptstadt von dieser eigenartigen Polonisierungsarbeit[109] preußischer Behörden mangels der erforderlichen Berichterstattung wohl noch keine rechte Vorstellung besaß — hat noch mehr Recht, als er selbst geglaubt hat", „aber daß eine Folgerung aus der Einsicht des Herrn Professor Delbrück, die bisherige Polenpolitik habe noch nicht die erwarteten nationalen Erfolge gezeitigt, auch das Verlangen nach einer viel schärferen und opferwilligeren Polenpolitik sein könnte, daran ist natürlich kein Gedanke[110]." Das ist das ironische Urteil der Alldeutschen über die Betrachtungen Delbrücks.

In der Frage der deutschen Volksschule geht Delbrück davon aus, daß dem Gesamtverhältnis der Bevölkerung entsprechend mehr polnische als deutsche Kinder da sind, so daß die deutschen, besonders wenn sie katholischer Konfession sind, dem polonisierenden Einfluß leicht unterliegen. Hinzukommt, daß bei einem Unterricht in deutscher Sprache, dem der größte Teil der Schüler nicht folgen kann,

---

[104] Schultheß, 1894, S. 334.

[105] Vergl. Hans Delbrück in den Preußischen Jahrbüchern, 76. Band, 1894, und seine Broschüre „Die Polenfrage", Berlin, Walter, 1894.

[106] Preuß. Jahrbücher, Bd. 78, 1894, S. 8.

[107] Ebenda, S. 9.

[108] Ebenda.

[109] Die Deutsche Ostmark, S. 33.

[110] Ebenda.

die deutschen Kinder in ihrer Entwicklung gehemmt werden, weil sich der Lehrer dem Niveau der polnischen Schüler anpassen muß. Das Erlernen der deutschen Sprache übt auf die Polen keinen germanisierenden Einfluß aus, „sprechen nicht die polnische Geistlichkeit und die polnischen Abgeordneten zum Teil ein vorzügliches Deutsch; und sind sie deshalb Deutsche? Ja, bei den deutschen Jesuiten ist die Muttersprache deutsch und doch sind sie die ärgsten Feinde des deutschen Geistes[111].“ Delbrück ist der erste, der darauf hinweist, daß die Polen durch ihre erzwungene Zweisprachigkeit den Deutschen gegenüber einen großen Vorsprung gewinnen. „Um in den gemischten Provinzen mit dem Publikum wie mit den Arbeitern zu verkehren, muß man beide Sprachen verstehen —, was wunder, daß allenthalben berichtet wird, wie die polnischen Kaufleute, Handwerker, Gutsinspektoren, Rechtsanwälte, Ärzte die Deutschen verdrängen[112].“ Sowohl Schul- wie Ansiedlungspolitik mit germanisierender Tendenz sind sinnlos. „Der neue Kurs der Caprivi-Zeit hat daran wenig ändern können, denn ein Volkstum von so großer Vergangenheit und solcher Masse, das sich nicht nur hält, sondern im steten Fortschreiten begriffen ist, das sich dabei stützt auf die universale Kraft der katholischen Kirche, das müßte ganz anders angepackt werden[113].“

Die Schlußfolgerungen seiner Betrachtungen sucht Hans Delbrück mit den Varziner Reden Bismarcks gleichzusetzen, der will, „daß wir den unmöglichen Versuch, sie (die Polen) zu verdrängen, aufgeben, und stattdessen darauf ausgehen, die breite Masse der polnischen Staatsbürger zu guten preußischen Untertanen zu machen[114].“ Durch ihre Maßnahmen hat die Regierung gerade die unteren Schichten der Bevölkerung gereizt, „ja, man muß eigentlich erstaunt darüber sein, und es der polnischen Bevölkerung als große, man darf wohl sagen, kaum zu erwartende Besonnenheit anrechnen, daß sie trotzdem so loyal geblieben ist[115].“

Die ganzen Ausführungen Delbrücks sind voller Widersprüche. Wenn eine Politik derartig erfolglos ist, wie er es von der Polenpolitik des neuen Kurses behauptet, dann kann sie doch auch nicht eine solche Empörung bei den Polen hervorgerufen haben. Andererseits beruft er sich wieder auf Bismarck, der aus staatspolitischen Erwägungen heraus ein Volk, repräsentiert durch seine Adelskreise, bekämpfte, weil es danach strebte, sich aus dem von ihm geschaffenen deutschen Staatsgebilde zu lösen. Nach Delbrück hat der Adel die Politik Caprivis nicht gestützt, um Konzessionen zu erhalten, sondern weil er sich, um der demokratischen Richtung der Panslawisten entgegenzuwirken, an Preußen halten mußte.

Positive Polenpolitik im Sinne Delbrücks ist vor allem die Aufteilung der großen Güter und ihre Verwandlung in Bauerndörfer, damit Unabhängigkeit vom russisch-polnischen Wanderarbeiter erreicht

[111] Delbrück „Zur Polenfrage“, S. 13.
[112] Delbrück „Zur Polenfrage“, S. 20.
[113] Ebenda, S. 22.
[114] Ebenda, S. 24.
[115] Delbrück „Zur Polenfrage“, S. 25.

wird. Hierin begegnen sich die Auffassungen Delbrücks und der Alldeutschen. Aber er will eine Kolonisation, die wie ein Geschäft ist, ohne Rücksicht auf die Nationalität und ohne Verhätschelung des Ansiedlers durch den Staat. Die Ansiedlungskommission bekümmert sich viel zu sehr um das Wohl des Angesiedelten, dem somit das Risiko fehlt. Dadurch wird aber auch jede eigene Initiative unterbunden. Er verlangt Ausmerzung des nationalen Moments aus der Ansiedlung, das eine Ungerechtigkeit gegenüber den Polen darstellt. „Solange das jetzige Ansiedlungsgesetz besteht, hat der König von Preußen 3 Millionen Untertanen, die Brief und Siegel darüber besitzen, daß er sie lieber nicht hätte[116].“

Die Regierung hat die Pflicht, sich im Nationalitätenkampfe neutral zu halten. Allerdings sollen sich Vereinigungen der Deutschen in der Ostmark selbst bilden, die von sich aus bereit sind, für die Erhaltung des Deutschtums zu wirken[117]. „Der moralische Zusammenhalt deutscher Vereine mit ihrer gegenseitigen Kontrolle muß jedem einzelnen Deutschen das nationale Gewissen so sehr schärfen, daß hieran, nicht an der überparteilichen Staatsgewalt, der polnische Vorstoß scheitert[118].“ Die polnischen Wünsche nach einem unabhängigen Nationalstaat wird man nicht verhindern können. „Wir unsererseits haben die Forderung an die preußischen Polen zu stellen, daß sie sich auf irgendeine Weise klar und deutlich als preußische Untertanen polnischer Nationalität in unwandelbarer Treue bekennen[119].“

Diese Forderung also stellen Ostmarkenverein, Regierung und Professor Hans Delbrück gemeinsam auf in den nächsten Jahren. Wie sich das aber mit den polnischen Wünschen, die Delbrück ausdrücklich anerkennt, vereinen läßt, darüber gibt er uns keinen Aufschluß. Wir werden ihn auch in der Folgezeit in ständiger Auseinandersetzung mit der polnischen Frage finden. Er vertritt zunächst eine ausgleichende Linie, wird aber allmählich immer mehr zum Schützer und Vertreter der polnischen Ansprüche, gehaßt vom Ostmarkenverein und den Alldeutschen, angefeindet von Bernhard von Bülow, von Hohenlohe mit wenigen ironischen Worten abgetan; geschätzt von Hutten-Czapski und von der polnischen Fraktion immer wieder als neutraler Verfechter einer gerechten Politik angeführt[120].

Kapitel III.

Hohenlohe Reichskanzler. Seine Stellung zur Nationalitätenfrage im Osten.

Am 26. Oktober 1894 genehmigt der Kaiser das Entlassungsgesuch des Reichskanzlers Grafen Caprivi und des preußischen Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg. Damit ist auch nach außen der

[116] Delbrück „Zur Polenfrage“, S. 32.
[117] Der Ostmarkenverein hatte sich damals noch nicht gebildet.
[118] Delbrück „Zur Polenfrage“, S. 26.
[119] Ebenda, S. 46.
[120] Vergl. das spätere Kapitel.

Weg frei für einen Kurswechsel in der Polenpolitik. Zu seiner Entlassung schreibt der Dziennik Poznanski, das dem Posener Erzbischof nahestehende Blatt: Graf Caprivi hat ein klares ehrliches Programm gehabt und dies auch bei der Schulgesetzvorlage des Grafen Zedlitz bewiesen, als er sogar dem Willen der Krone nicht unterlag, sondern seine Demission als preußischer Ministerpräsident eingereicht hat. Die Nachricht von seiner Demission haben wir mit Bedauern entgegengenommen, nicht etwa, weil er den Polen etwaige Wohltaten erwiesen, sondern weil er ihnen nicht geschadet und sie nicht unterdrückt hat[121].

So hatte wieder eine Epoche der Beziehungen des preußischen Staates zu seinen polnischen Untertanen ihren Abschluß erreicht. Sie war in deutschen Kreisen mehr und mehr auf Widerstand gestoßen; die Polen erkannten zum mindesten an, daß man sie nicht unterdrückt hatte, ohne allerdings für sich eine Verpflichtung daraus herzuleiten.

Als der Kaiser sich mit Philipp Eulenburg über die Nachfolge Caprivis besprach, riet dieser zu einem Mann, „der weder konservativ noch liberal, weder Ultramontaner noch Fortschrittler, weder kirchlich noch Atheist sei[122]". Die Wahl fiel auf den damals 72jährigen Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, der in der Tat in einer gewissen Mittelstellung zu den genannten Gegensätzen steht. Das schließt nicht aus, daß bestimmende Grundanschauungen bei ihm gegeben sind, die sein ganzes Leben herrschend bleiben. Eine davon war der Reichsgedanke, die Wiederherstellung der deutschen Einheit, als deren bescheidenen Wegbereiter er sich selbst bezeichnet. „Ich weiß wohl, daß mein Anteil an der Reichsarbeit ein bescheidener war, und daß es mir nur vergönnt war, teilzunehmen an den Vorarbeiten, gewissermaßen an den Erdarbeiten[123]", so formuliert er es einmal bei einer Ansprache anläßlich des 25jährigen Bestehens des Bundesrates am 20. Februar 1896. „Aber jene Anfänge waren als Einleitung unentbehrlich, und ich freue mich, daran teilgenommen zu haben[124]." Der Fürst betrachtete sich als den Garanten der deutschen Einheit, der die Gegensätze zwischen Nord und Süd in seiner Person ausgleicht. Dafür ist ja auch sein politischer Weg kennzeichnend. Neben dieser nationalen Linie seiner Grundanschauungen, läuft als zweite die liberale. „Ich habe mein ganzes Leben als gemäßigter Liberaler gegolten und gewirkt[125]." Eine große schöpferische Natur war Hohenlohe nicht, dazu fehlte ihm vor allem der Glaube an sich selber. Aber er war beharrlich in der Verfolgung eines Zieles. An sein hohes Amt als Kanzler des deutschen Reiches und als preußischer Ministerpräsident geht er mit sehr viel Skepsis heran. Gegen die Annahme sprechen vor allem Alter und Gedächtnisschwäche, Krankheit, Mangel

[121] Schultheß, 1894, S. 170.
[122] Karl Alexander v. Müller, S. 12.
[123] Hohenlohe, Denkw. d. Reichskanzlerzeit, S. 179.
[124] Ebenda.
[125] Denkw. d. Reichskanzlerzeit, S. 9.

an Rednergabe, mangelnde Kenntnis der preußischen Gesetze und Verhältnisse, Mangel an den nötigen Mitteln, und dazu die Tatsache, daß er Nichtmilitär ist[126].

Als er dann seinen Posten angetreten hat, versucht er sich nach allen Seiten durchzusetzen. Dem Kaiser gegenüber war er durchaus nicht der nachgiebige „Onkel Chlodwig[127]", als den man ihn in den politischen Witzblättern der Zeit darzustellen versuchte. In seinen Denkwürdigkeiten finden sich hierzu mehrere bezeichnende Bemerkungen, so am 28. Dezember 1898 an Völderndorff in einem Brief: „Ich gehe mehr und mehr mit dem Gedanken um, mein Amt aufzugeben. Ich habe keine Lust, länger als Aushängeschild zu dienen und in den Geschäften übergangen zu werden. Wenn S. M. selbst Reichskanzler spielen will, so habe ich nichts dabei zu tun[128]."

Als Reichsstatthalter von Elsaß-Lothringen hat er sich bemüht, die nationalen Gegensätze auszugleichen bei Wahrung der deutschen Ansprüche. Eine ähnliche Haltung zeigt er in der polnischen Frage. In seinen Aufzeichnungen finden wir kaum Auslassungen, die die Polenpolitik zum Thema haben. Am 10. Mai 1899 hat Stablewski ihn auf der Durchreise in Berlin aufgesucht „und sich bei ihm über die Tätigkeit der Hakatisten beklagt[129]". Eine Stellungnahme zu den Worten des Erzbischofs erfolgt nicht. Er vermerkt nur rein sachlich diesen Besuch und den Gegenstand des Gesprächs. Über eine Besprechung mit Koszielski berichtet er ausführlicher. Dieser weilt am 29. Mai 1897, also etwa ein Jahr vor der Erweiterung des Ansiedlungsgesetzes beim Reichskanzler. Das Gespräch hat den neu entstandenen polnischen Mittelstand zum Inhalt. Koszielski, der ehemalige Führer des polnischen Adels, muß die Existenz dieses Mittelstandes ebenso wie seine antideutsche Tendenz zugeben. Er betont Hohenlohe gegenüber aber seine Ungefährlichkeit und vertritt die Auffassung, daß die Polen nicht auf eine Wiederherstellung ihres Reiches hinarbeiten. Auch dieses Gespräch verzeichnet Hohenlohe ohne ein Urteil zu dem Gehörten hinzuzufügen[130].

Sein Gewährsmann in der polnischen Frage ist der polnische Graf Bogdan von Hutten-Czapski, der in engen freundschaftlichen Beziehungen zu seinem Hause steht. Dieser meint, daß nur, wer den Reichskanzler nicht gekannt hätte, sich darüber wundern könne, daß sich in den Denkwürdigkeiten fast keine Auslassungen über das Ostproblem finden. „Die rauhe Luft, die auf den Kampfgefilden des Ostens wehte, war dem feingebildeten Grandseigneur aus alter süddeutscher Kultur fremd und unbehaglich. Er war allen Nationalitätenkämpfen abgeneigt. Seine Ansicht war, daß man von allen Bürgern des Staates, also auch von den polnischen, die unbedingte Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten und auch das Erlernen der Staatssprache erwarten müsse. Im übrigen solle man den Polen weder auf

[126] Ebenda, S. 4.
[127] K. A. v. Müller, S. 4; Denkw. S. 8.
[128] Denkw., S. 317.
[129] Vergl. Denkw., S. 55.
[130] Denkw., S. 317.

dem Gebiete des Vereinswesens noch der Muttersprache Schwierigkeiten machen[131]. Ähnlich spricht sich der Fürst in seiner Polenrede im Reichstag am 5. Februar 1897 aus, als er in Beantwortung der Rede des polnischen Abgeordneten v. Komierowski das Wort ergreift[132]. Dieser hatte erklärt, daß die polnische Fraktion ihre bisherige, auf dem Vertrauen zu der kaiserlichen Botschaft beruhende Haltung aufgeben werde und bei allen Fragen das „Moment der materiellen und moralischen Bedrückung der polnischen Bevölkerung als Leitgedanken berücksichtigen müsse[133]". Demgegenüber stellt Hohenlohe die Auffassung der polnischen Frage heraus, wie sie als offizielle während seiner Reichskanzlerschaft Gültigkeit hat. Es ist zu berücksichtigen, daß sich die Lage der Dinge inzwischen derartig gewandelt hatte, daß eine versöhnliche Haltung den Polen gegenüber und eine etwaige Heranziehung der polnischen Fraktion zu positiver Mitarbeit im Sinne der Regierung nicht mehr möglich war. „Die Provinzen, in denen sich eine polnische Bevölkerung befindet, sind ein unlösbarer Bestandteil des preußischen Staates, ... gegenüber den Rechten, welche die Polen als preußische Staatsbürger, gegenüber den Wohltaten, welche sie als Mitglieder eines geordneten Staatswesens genossen haben und genießen, stehen aber auch Pflichten[134]." Der Reichskanzler betont die kulturelle Förderung der Polen durch die preußische Herrschaft und fordert unbedingt, daß sie sich ganz und gar als preußische Staatsbürger fühlen. „Es läßt sich nicht verkennen, daß vielleicht noch eine Art von Polentum, eine Art von polnischer Propaganda gepflegt werden, welche in einem bewußten Gegensatz zu dem preußischen Staat stehen; dem mit allen verfügbaren Mitteln entgegenzutreten, ist ein Gebot der Staatsweisheit, die in Wahrheit auch das Interesse der polnisch sprechenden Bevölkerung verfolgt[135]." Er warnt vor der Illusion der Polen, sich einen nationalen Staat schaffen zu können. Die bestehenden Tatsachen seien endgültige.

In ähnlicher Weise äußert sich Hohenlohe am 25. Mai 1897 im Herrenhaus. In dieser Sitzung zeigt sich, daß die enge Zusammenarbeit mit Hutten-Czapski[136], der vor Hohenlohe sprach und erklärt hatte, daß man sich, was die Verhältnisse in Posen und Westpreußen beträfe, nicht auf einen deutschen oder polnischen Standpunkt stellen dürfe. Der einzig richtige sei der königlich-preußische. Hohenlohe zeigt sein Einvernehmen mit Hutten-Czapski, indem er „mit Befriedi-

---

[131] Hutten-Czapski I, S. 319.

[132] Sten. Ber. d. Reichstages, 9. Leg., 4. Sess., 5. 2. 1897.

[133] Ebenda, Rede Komierowskis.

[134] Rede Hohenlohes, Reichstag, 5. 2. 1897.

[135] Rede Hohenlohes, Reichstag, 5. 2. 1897. Es ist typisch, daß man von Seiten der deutschen Staatsregierung immer nur von den polnisch sprechenden Untertanen redet, den Unterschied der Sprache also als wesentlichstes Merkmal zu werten sucht.

[136] Sten. Berichte d. Herrenhauses, 18. Leg., 4. Sess. — Hutten-Czapski sagt (S. 320), daß er und Hohenlohe übereingekommen seien, einzelne abschwächende Äußerungen auf die „schroffen Ausdrücke" folgen zu lassen (gemeint ist die Reichstagsrede Hohenlohes). Für ihre Reden im Herrenhaus vereinbarten sie vorher den Wortlaut.

gung konstatiert[137]", daß dieser sich, statt auf den Standpunkt des Nationalitätenprinzips auf den des Staatsprinzips stellt. Für die Sprachenfrage sei es wesentlich, daß ein Staat, der fremde Nationalitäten in sich aufgenommen hat, auch die Verpflichtung habe, die Muttersprache der fremden Nationen zu achten. Aber, „ein preußischer Staatsbürger kann seine Pflicht als Staatsbürger nur dann erfüllen, wenn er der deutschen Sprache mächtig ist[138]". Darum müssen also die polnischen Kinder in den Schulen deutsch sprechen lernen.

Im Abgeordnetenhaus behandelt Hohenlohe die polnische Frage anläßlich der ersten Beratung der Neufassung des Ansiedlungsgesetzes[139]. Die Ansiedlung soll das Deutschtum stärken, „daß wir dabei von keiner feindlichen Tendenz gegen die polnische Bevölkerung geleitet werden, ist selbstverständlich. . . . . Andererseits sind jedoch auf polnischer Seite leider auch starke Bestrebungen bemerkbar, die darauf gerichtet sind, Feindschaft gegen die Deutschen zu säen[140]." Und nun noch einmal die Zusammenfassung seiner Stellung zur Polenfrage: „Wir können und werden die Provinz Posen niemals wieder aufgeben. Ich gestehe, daß ich nur ungern den Polen diese Wahrheiten sage . . . . . und stehe mit manchen Polen in Freundschaft, mit einigen in verwandschaftlicher Beziehung. Derartige Beziehungen können mir aber nicht die Augen verschließen gegen die Gefahren, die die polnische Propaganda für die preußische Monarchie in sich birgt[141]. Bleiben oder werden Sie (die Polen) ehrliche Preußen, entschlagen Sie sich unerfüllbare Hoffnungen, so werden wir uns mit Ihnen verständigen und friedlich zusammenleben."

Das Programm des Reichskanzlers ist diktiert durch die Erfordernisse der Staatsautorität. Es ist unbedingt notwendig, die polnischen Gebiete für das Staatsganze zu erhalten. Die deutschen Ansprüche müssen gewahrt bleiben. Darüber hinaus liegt eine germanisierende Tendenz der Regierung fern. Die Polen sollen einsehen, daß sie unlösbar mit dem preußischen Staat verknüpft sind. Ihren nationalen Bestrebungen muß man mit den erprobten Mitteln des Staates begegnen, ohne dabei verletzend zu wirken. Dann wird ein gutes Verhältnis zwischen Deutschen und Polen im Osten möglich sein.

---

[137] Sten. Ber. d. Herrenhauses, 18. Leg., 4. Sess., 25. 5. 1897.
[138] Ebenda.
[139] Sten. Ber. d. Abghs., 18. Leg., 5. Sess., v. 20. 1. 1898.
[140] Sten. Ber. d. Abghs., 18. Leg., 5. Sess., 20. 1. 1898.
[141] Dieser Satz ist ein deutlicher Hinweis auf die Beziehung zu Hutten-Czapski.

Kapitel IV.

Der Graf von Hutten-Czapski.[142]

Einen ganz besonderen Platz innerhalb der Auseinandersetzung um die polnische Frage kann der Graf von Hutten-Czapski für sich beanspruchen. Er als gebürtiger Pole, preußischer Offizier und enger Freund des Hauses Hohenlohe ist von vornherein in einer exponierten Lage. „Adlige Geburt, polnische Nationalität, preußische Staatsangehörigkeit, liberale politische Gesinnung, wirtschaftliche Unabhängigkeit, kosmopolitische Erziehung, Lebensfreude und Wissensdrang, Arbeitsfreude und Wanderlust[143]“ bezeichnet er selbst als die gleichbleibenden und bestimmenden Elemente seines Lebens. Als erste Aufgabe seines Lebens betrachtet er, der gläubige Katholik, die befriedigende Gestaltung des Verhältnisses zwischen der römischen Kirche und den weltlichen Mächten. „Als zweite Lebensaufgabe betrachtete ich den Ausgleich zwischen dem Deutschtum und dem Polentum[144].“ So kreist sein Leben um die Lösung der polnischen Frage. An der Gründung des heutigen polnischen Staates hat er hervorragenden Anteil. Unter der Reichskanzlerschaft Hohenlohes beeinflußt der Graf die Politik des Fürsten. Allerdings hat er niemals ein Amt bekleidet. „Denn darin besteht die Eigentümlichkeit dieses langen Lebens, daß der Graf zwar immer in engste Beziehungen zur großen Politik und den entscheidenden Männern des Hofes und der Diplomatie, der päpstlichen Kurie und des preußischen Heeres geführt worden ist, sich aber zuletzt doch stets im Hintergrund gehalten und auf die Rolle des Zuschauers, bestenfalls des Gehilfen beschränkt hat[145].“ Seine Stellung zur Zeit Hohenlohes definiert er selber als die eines Privatsekretärs. Der Kanzler sucht von Beginn seiner Tätigkeit an den Rat Hutten-Czapskis, der in enger Verbindung mit Holstein steht, „bald nach meinen Besprechungen mit Hohenlohe war ich bei Holstein, um mit ihm über die Lage zu reden[146].“ Dieser schlägt ihm eine enge Zusammenarbeit vor. „Wir beide stehen dem alten Herrn am nächsten . . . . es wäre mir sachlich unerwünscht, wenn wir verschiedene Ansichten verträten und dadurch womöglich Verwicklungen hervorriefen. Ich würde es daher für richtig halten, wenn wir uns stets vorher besprächen, um zwischen uns Übereinstimmung zu erreichen[147].“ Dem Grafen fiel dabei die innere Politik zu. Leider hat Hohenlohe, um sich gegen Indiskretionen zu schützen, von Hutten-

[142] Im Jahre 1936 erschienen seine Erinnerungen „60 Jahre Politik und Gesellschaft“. Am 5. März 1937 teilte er der Verfasserin auf eine Anfrage mit, daß seine Aufzeichnungen, wie er es auch in seinem Buche angibt, auf persönlichen Erinnerungen, Briefen und privaten Aufzeichnungen beruhen. Er erwähnt, daß er schwer leidend sei. Am 7. September 1937 ist der 86jährige in Posen gestorben. (Vergl. Todesanzeige vom 8. 10. 1937.) Am 16. September 1937 wurde er auf seiner Herrschaft Smogulec beigesetzt.

[143] „60 Jahre Politik und Gesellschaft“, 1. Band, Vorwort S. 15.

[144] Ebenda, S. 17.

[145] Fritz Hartung, S. 548.

[146] „60 Jahre Politik und Gesellschaft“, S. 237.

[147] Hutten-Czapski, S. 237 (1. Band).

Czapski verlangt, daß er sich schriftlich zu unbedingter Verschwiegenheit verpflichtete. „Nicht im Gestalten, sondern im Ausgleichen und Vermitteln bestand der Hauptteil von Czapskis Tätigkeit[148]", vor allem aber in der „Beseitigung der nachteiligen Folgen von übereilten kaiserlichen Beschlüssen[149]". Auf Betreiben Hohenlohes wird Hutten-Czapski 1895 in das Herrenhaus berufen[150]. Diese Berufung gab dem Grafen mehr Möglichkeiten, eine politische Rolle zu spielen. „So blieb ich also zunächst in einer seltsamen Doppelstellung — als preußischer Pair sprach ich von der Tribüne des Herrenhauses, als persönlicher Sekretär des Reichskanzlers und Vertrauter Holsteins übte ich einen gewissen politischen Einfluß aus; als Führer meiner Schwadron auf dem Kasernenhofe, in der Reitbahn und im Übungsgelände, war ich nichts anderes als Hunderte in gleicher Stellung[151]." Die Beziehung zu Hohenlohe ist eine sehr enge gewesen. Das zeigen in den Denkwürdigkeiten des Reichskanzlers die Berichte Hutten-Czapskis oder auch die Bemerkung seines Feindes Waldersee, als er über die Zeit kurz vor der Abdankung Hohenlohes spricht: „Er (Hohenlohe) macht aber taube Ohren, und Holstein sowie der fast täglich bei Hohenlohe aus- und eingehende Graf Czapski raten ihm zu bleiben[152]." „Ich war über alle Ereignisse der Ära Hohenlohe unterrichtet. Kaum ein Staatsakt kam ohne meine Kenntnis zustande[153]."

Mit Hohenlohes Einverständnis wählt Hutten-Czapski die Verhältnisse in Posen und Westpreußen zum Thema einer Denkschrift, die für seine Aufnahme in das Herrenhaus entscheidend ist. Maßgebend für seine Beurteilung der Verhältnisse im Osten sind zwei Gesichtspunkte, die wir ähnlich schon bei Hohenlohe fanden: Festigung der Staatsautorität in den polnisch sprechenden Provinzen und Erhaltung der nationalen Eigenart der einheimischen Bevölkerung. „Mein Streben war die gegenseitige Anerkennung und die friedliche Zusammenarbeit beider Nationalitäten im preußischen Staatsverband und im Deutschen Reich[154]." In seiner großen Rede im Herrenhaus, am 25. Mai 1895, vertritt der Graf, der als einziger polnischer Großgrundbesitzer aktiver preußischer Offizier wurde und sich allen politischen Organisationen der Polen fernhielt, seine Ansichten öffentlich. „Nur eine zielbewußte, von jeder Schwäche wie von jeder Härte freie Politik kann im Osten helfen. Nicht die Germanisierung einer Provinz darf angestrebt werden, sondern die staatliche Assimilierung aller Provinzen[155]." Mit dieser Haltung steht Hutten-Czapski unter seinen Landsleuten und Standesgenossen völlig allein. „Ich erkannte die un-

148 Hartung, S. 550.

149 Hutten-Czapski 1, S. 241.

150 Waldersee, in dessen Erinnerungen nur abfällige Bemerkungen über Czapski zu finden sind, der ihn einen notorischen Polen und Jesuiten nennt (II, S. 218), sagt dazu: „Ich habe erfahren, daß Czapski in das Herrenhaus berufen ist (durch den Reichskanzler betrieben). Der Kaiser denkt über jenen wohl wie früher." (II. Band, S. 371.)

151 Hutten-Czapski I, S. 186.

152 Waldersee II, S. 445.

153 Hutten-Czapski I, S. 265.

154 Ebenda, S. 319.

155 Sten. Ber. d. Herrhs. 18. Leg. 4. Sess. 25. 5. 1897.

bedingte Verpflichtung für jeden Bürger, am Wohl des Gesamtstaates mitzuarbeiten[156]." „Ich sah mit Bedauern, daß viele der Besten und Tüchtigsten ihre ganze Kraft und Tüchtigkeit auf eine Opposition verwandten, die aussichtslos erscheinen mußte[157]."

Eine Lösung der polnischen Frage im Sinne Hutten-Czapskis war der bestehende Zustand mit der Aufteilung der Polen unter drei Großmächte natürlich nicht. Gelöst könnte dieses Problem erst werden, wenn das Zarenreich beseitigt wäre, zum mindesten aber die deutsche Politik sich löste von der Bindung an Petersburg. „(Ich) war durchdrungen von der Notwendigkeit, den russischen Draht zu durchschneiden[158]." Bestimmend für diese Ansicht wurde eine Studienreise durch Russisch-Polen, wo sich bei ihm die Überzeugung durchsetzte, daß in Rußland kein Raum für die Polen sei, und „jede Änderung dieses Systems ausgeschlossen wäre, solange nicht die Macht des Russentums gebrochen sei[159]."

Mit seiner loyalen Einstellung zum preußischen Staat, die er in Einklang zu bringen suchte mit seiner Nationalität, ebenso mit der Idee eines polnischen Staates, der sich fest an Deutschland anlehne und sich bewußt gegen Rußland stellen sollte, findet er keine Resonanz. Er hat sich weder bei seinen deutschen Standesgenossen, deren allgemeine politische Ansichten er als Liberaler nicht teilte, und von denen ihn seine Nationalität trennte, in einer Zeit mit einer ausgesprochenen Nationalpolitik, noch bei seinen polnischen Mitbürgern, die seine staatstreue Haltung ablehnten, Vertrauen erwerben können. Trotz dieser Schwierigkeiten ist er seinen Ideen treu geblieben[160].

Seine Bestrebungen hätten sich niemals verwirklichen lassen, wäre ihnen das Zeitgeschehen nicht günstig gewesen. Polen ist allerdings in dem Augenblick entstanden, als die Macht des Zarentums zusammengebrochen war, aber auch Deutschland war damals am Ende seiner Kraft. Den wirklichen ursächlichen Zusammenhängen dieser Phase des deutsch-polnischen Kampfes mußte er seiner Herkunft und Entwicklung nach verständnislos gegenüberstehen.

Daß die Polenpolitik unter Hohenlohe trotz seines großen Einflusses auf den Kanzler und der ausgleichenden Haltung des Fürsten selbst eine schärfere Form annahm, begründet Hutten-Czapski mit der Tätigkeit des Ostmarkenvereins[161].

Kapitel V.

Der Erzbischof von Stablewski in den Jahren 1894 bis 1900.

Neben Hutten-Czapski steht ein anderer an der Gestaltung der Dinge beteiligter Pole, der an seinem Platz von viel größerem Einfluß

[156] Hutten-Czapski I, S. 321.
[157] Ebenda, S. 26.
[158] Hutten-Czapski, Vorwort, S. 17.
[159] Ebenda, I, S. 168.
[160] Vergl. Hartung, S. 558.
[161] Vergl. Hutten-Czapski I, S. 322: Die Einflüsse des Ostmarkenvereins erwiesen sich aber als so stark, daß die Regierung nicht nur auf dem Gebiete der Verwaltung, sondern auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung ihnen bald nicht mehr standhielt.

ist als der Freund des Reichskanzlers. Stellt er doch wirklich eine politische Macht dar, die von entscheidender Bedeutung ist für die Verhältnisse im Ostraum. Er befindet sich in einer zwiespältigen Lage wie Hutten-Czapski und ist außerdem durch eine politische Vergangenheit belastet, die ihn zum schärfsten Gegner der Bismarckschen Ostpolitik werden ließ. Es ist der Erzbischof von Stablewski.

Mit dem Stuhl des Heiligen Adalbert war einst das Primat des Königreiches Polen verbunden. In Zeiten des Interregnums übernahm bis zur Neuwahl eines Königs der Erzbischof die Befugnisse desselben[162]. So umgab zu allen Zeiten den Erzbischof von Gnesen der Nimbus, der geheime König von Polen zu sein. Seine Fahrten durch das Land glichen Triumphzügen. Eine Begleitmannschaft von 80—100 Reitern in polnischer Tracht, mit polnischen Farben, begleitete den vierspännigen Wagen[163]. Diese Fahrten bilden einen ewigen Anlaß zu Streitigkeiten zwischen Deutschen und Polen, in deutschen Zeitungen (Berliner Nationalzeitung, Kölnische Zeitung, Graudenzer Gesellige[164]), aber auch im Abgeordnetenhaus werden sie angegriffen und dem Erzbischof als politische Demonstrationen zur Last gelegt[165]. Die Stellungnahme zu Stablewski von deutscher Seite aus kann man allgemein als vorsichtig bezeichnen. In der „Ostmark", dem Organ des Ostmarkenvereins, findet sich kein abfälliges Urteil über den Erzbischof. Karl Fink[166], der dem Ostmarkenverein nahestehende Verfasser des 1898 erschienenen Buches „Der Kampf um die Ostmark", sagt über Stablewski, indem er auf dessen schwierige Stellung hinweist: „Wir wollen der Person des Erzbischofs die volle Gerechtigkeit widerfahren lassen . . . . . es werden eben zu verschiedene Anforderungen an ihn gestellt[167]." Er muß sowohl den deutschen Katholiken gerecht werden wie den Polen, „die, weil er ein Pole von Geburt ist wie sie, geradezu Unmögliches von ihm verlangen. Wir gehen sogar so weit, zu behaupten, daß Herr von Stablewski großpolnischen Ideen nicht nachhängt, sondern ein gewisses, wenn auch vielleicht erzwungenes Verständnis für das Gefüge des preußischen Staates hat[168]." Dabei ist zu beachten, daß dieses Buch in einer Zeit des erbitterten Kleinkrieges geschrieben wurde. Man ist bemüht, diesem mit Zustimmung der Regierung eingesetzten Mann seine Verpflichtung für den Staat vor Augen zu führen. Geradezu beschwörend klingt es, wenn Fink sagt: „In diesem Sinne wird Herr von Stablewski weit eher versuchen, die seiner kirchlichen Führung anvertrauten Volksgenossen zu ihre nationalen Heiligtümer schützenden, aber ihre Zugehörigkeit zum preußischen Staat bedingungslos anerkennenden

---

[162] Vergl. Massow, S. 201.

[163] Vergl. Schultheß 1894, S. 128.

[164] Vergl. Müller, S. 65.

[165] Abgeordneter v. Tiedemann (freikonservativ) Sten. Berichte d. Abgeordnetenhauses, 18. Leg., 2. Sess., 15. 2. 1895.

[166] Fink, Vorwort: Maßgebend für die Beurteilung der Dinge war dem Verfasser stets der deutsch-nationale Standpunkt, den zu vertreten er als Deutscher für seine höchste Pflicht erachtete.

[167] Vergl. Fink, S. 236.

[168] Fink, S. 236.

Untertanen zu erziehen, als daß er ein Schielen über die Grenze und ein Jagen nach unerfüllbaren altpolnischen Ideen begünstigen würde[169]." Auch Miquel, über dessen Polenpolitik noch zu sprechen sein wird, stellt sich vor den Erzbischof, wenn er anläßlich einer Auseinandersetzung über die Ansiedlung am 20. Januar 1898 im Abgeordnetenhaus erklärt: „Ich glaube das hier aussprechen zu sollen, daß der Erzbischof von Gnesen und Posen, wie ich glaube, in dieser Beziehung[170] keine einseitigen polnischen nationalen Interessen vertritt[171]." Im November 1896[172] heißt es im Hamburgischen Correspondenten, „Herr von Stablewski ist und bleibt ein Pole, und kein Mensch verlangt von ihm, daß er ein Deutscher werde. Aber er rechnet mit dem von Gott über seine Volksgenossen verhängten Schicksal, er anerkennt die Zugehörigkeit zum preußischen Staat, und er ist ernstlich gesonnen, den loyalen Anschluß an die Krone zu suchen." Natürlich finden sich auch Angriffe in den deutschen Blättern auf Stablewski; so ist in den entscheidenden Septembertagen des Jahres 1894 ein Aufsatz in der Kölnischen Zeitung erschienen, in dem unter der Überschrift „Polnischer Hochmut und deutsche Demut[173]" in heftiger Weise hohe deutsche Beamte in Posen angegriffen werden und festgestellt wird, daß der „sehr gewandte, äußerst liebenswürdige und diplomatisch veranlagte Erzbischof von Stablewski, der Repräsentant eines alten polnischen Adelsgeschlechtes, einen maßgebenden Einfluß" auf diese Beamten gewonnen habe, der sich zuerst gesellschaftlich, dann aber auch politisch bemerkbar mache. „Offensichtlich tritt das Bestreben des Erzbischofs hervor, die Rolle des Primas von Polen zu spielen[174]." Am 26. September 1894 veröffentlicht der Berliner Börsencourier eine Entgegnung Stablewskis gegen die im Zusammenhang mit seiner Person gemachten Angriffe auf deutsche Beamte. Er beklagt sich darin über den Stimmungsumschlag zu Ungunsten der Polen in Deutschland und gibt noch einmal seine ablehnende Haltung zu Rußland zu erkennen, die ja bei seiner Ernennung eine gewisse Rolle gespielt hatte. „Glaubt man vielleicht, Rußland würde im Falle eines für uns unglücklichen Krieges die Provinz Posen nicht antasten, weil sie deutsch geworden? Das siegreiche Rußland würde vor allem nach Danzig und dem ganzen Weichsellande greifen[175]." Seine Haltung charakterisiert er zu Beginn dieser neuen Epoche in der Polenpolitik am besten in folgender Bemerkung: „Wir fühlen uns als preußische Untertanen, wir haben den bestehenden staatsrechtlichen Zustand vorbehaltlos anerkannt. Was etwa in 200 oder 300 Jahren sein wird, das wissen wir nicht, und niemand kann uns wehren, diese ferne Zukunft nach unserem Gefallen auszumalen. An der freudigen und vollen Erfüllung unserer staatsbürgerlichen Pflichten wird dieses

[169] Ebenda.
[170] Gemeint ist die mangelhafte Versorgung des Landes mit deutschen katholischen Geistlichen.
[171] Sten. Ber. d. Abghs., 18. Leg., 5. S., 20. 1. 1898.
[172] Vergl. Müller, S. 13.
[173] Kölnische Zeitung, 20. 9. 1894.
[174] Kölnische Zeitung, 20. 9. 1894.
[175] Berliner Börsencourier, 26. 9. 1894.

Zukunftsbild uns niemals hindern." Interessant ist seine Stellungnahme zu Koszielskis Lemberger Rede. Er spricht von „mit nur unzulänglichem Bedacht gewählten Worten[176]", die aber nicht die Tatsache aus der Welt schaffen könnten, daß die polnischen Abgeordneten während der vergangenen Jahre in den wesentlichsten Fragen der Regierung eine wichtige Stütze gewesen seien. Die polnische Propaganda in Oberschlesien, die seit Lemberg in den Mittelpunkt des Interesses gerückt war, verwirft Stablewski, denn „in diesem Gebiet, das staatsrechtlich seit fünf bis sechs Jahrhunderten von Polen getrennt ist, ist für das Erwecken eines polnischen Nationalgefühls keine Berechtigung vorhanden[177]".

Die ganze Problematik in der Stellungnahme Stablewskis zeigt sich in diesen Äußerungen. Er bekennt sich als treuen preußischen Untertan, gibt aber auch seine Träume von einem unabhängigen Polen zu. Ehrlich macht seine Auslassung gerade dieses Bekenntnis zum Polentum und seinen nationalen Wünschen.

Die Visitationsreisen, auf deren nationalpolnischen Charakter bereits hingewiesen wurde, die aber „nur alter Brauch der geschichtlichen und hierarchischen Stellung des Erzbischofs von Gnesen und Posen[178]" sind, veranlassen ihn am 9. November 1899 zu einem Rundschreiben an den Klerus[179], in dem er darum bittet, daß sich die äußeren Liebeszeichen in ihrer erhebenden rein religiösen und kirchlichen Färbung erhalten möchten und daß bei den Fahrten alles vermieden werde, „was durch staatliche Vorschriften untersagt ist, betreffe es nun Farben oder Kostüme".

Die Posener Zeitung veröffentlicht am 21. Februar 1896 den Fastenhirtenbrief Stablewskis. Er beklagt sich darin über die Zuspitzung der Gegensätze zwischen Deutschen und Polen. „Und als gäbe es auf Erden nicht Kummer genug, gießen die Menschen Gift statt Öl in die Wunden, indem sie das Feuer des Hasses schüren zwischen den verschiedenen Volksstämmen, Untertanen ein und desselben Staates fordern zum unerbittlichen Kampf gegeneinander auf[180]."

Entscheidend für die Beurteilung seiner Persönlichkeit muß sein, daß er in der nationalpolnischen Presse mit übelwollender Kritik verfolgt wird[181]. In der in Posen erscheinenden Zeitung „Oredownik" der polnischen Volkspartei heißt es: „Ob auf dem Posener erzbischöflichen Stuhl ein Landsmann oder ein Deutscher sitzt, ist gleich. . . . . Zu den Zeiten des verstorbenen deutschen Erzbischofs[182] sind unsere

[176] Berliner Börsencourier, 26. 9. 1894.
[177] Berliner Börsencourier vom 26. 9. 1894.
[178] Ebenda.
[179] Müller, S. 65.
[180] Posener Zeitung, 21. 2. 1896.
[181] Man hat das auch im Deutschland der Vorkriegszeit anerkannt. So schreibt Puttkamer: „Ebenso ging es den Polen, die Polen bleiben wollten, in erster Linie dem Erzbischof von Stablewski, der eigentlich auch Fiasko gemacht oder wenigstens keine Befriedigung gefunden hat und bei den Polen erst nach seinem Tode Anerkennung fand."
[182] Nr. 34, 11. 2. 1899 (Müller, S. 54).

Verhältnisse besser und erträglicher gewesen[183]", und ein anderes Mal: „Es war ein gräßlicher politischer Fehler, daß es unter uns ganze Scharen solcher gab, die mit Gewalt in dem Erzbischof Landsmann auch einen Hetmann der Nation haben wollten[184]."

Beim St.-Adalbert-Jubiläum im Jahre 1897 erinnert Stablewski daran, daß es ein deutscher Kaiser war, der das Erzbistum Gnesen gründete, dem die polnische Nation „die Anfänge ihrer Bildung, den Zutritt zu europäischer Zivilisation, die Annäherung an den Westen verdanke[185]". In seiner Abschlußrede betont er, daß dieses Jubiläum „kundgetan hat, welch mächtiges Bindeglied zwischen uns und den Brüdern einer anderen Sprache und Nationalität der Glaube ist, daß es erwiesen hat, wie diese Kirche alle ihre Kinder eint[186]". Die Maßregelung des Probstes Szadzinski, der in Witaschütz seit 1890 einen Kampf gegen die deutschen Schuleinrichtungen geführt hatte, brachte auch für Stablewski Schwierigkeiten. Im Jahre 1896 war Szadzinski in einen Konflikt mit dem Lehrer Wenzel geraten, weil er sich dagegen geäußert hatte, daß die Kinder das deutsche Gebet lernten[187]. Die chauvinistisch polnischen Blätter gaben Stablewski wegen seiner nachgiebigen Haltung die Schuld daran, daß man sich in deutschen Zeitungen, besonders im Posener Tageblatt, mit dem Fall Szadzinski zu beschäftigen begann[188]. Schließlich stellte Stablewski als Vorgesetzter Szadzinskis Strafantrag gegen das Posener Tageblatt. Die Verhandlung zeigte aber eindeutig den Chauvinismus Szadzinskis und erwies sich als Niederlage für Stablewski. Im Hirtenbrief vom 17. Januar 1897 nimmt der Erzbischof Bezug auf diese Angelegenheit und ermahnt seine Geistlichkeit, von ihren nationalpolnischen Bestrebungen abzulassen und „die heiligen und teuren Gefühle der Liebe zur eigenen Nationalität vor heidnischer Beimischung des Hasses gegen andere zu bewahren". Natürlich soll der Priester die Muttersprache pflegen, „niemand kann es ihm verwehren, das teuerste Erbe der Väter, die Muttersprache zu lieben, mit erlaubten Mitteln sie zu schützen und zu pflegen[189]".

Der Erzbischof von Stablewski hat sich als Pole auf seinem verantwortungsvollen Platz in einer denkbar schwierigen Lage befunden. Die Polen erwarteten von ihm eine besondere Unterstützung ihrer nationalen Bestrebungen, während der Staat gerade von diesem einflußreichsten Polen erwarten mußte, daß er seine Pflichten als preußischer Untertan erfüllte. Dieser Zwiespalt durchzieht seine ganze Amtstätigkeit. Als Pole mußte er nach einer Befreiung von der Fremdherrschaft streben, als deutscher Bischof durfte er diesen Ideen nicht nachgeben. Er hat versucht, beiden Seiten gerecht zu werden.

[183] Erzbischof Dinder, der sich in keiner Weise durchsetzen konnte und unter den ständigen Verfolgungen der Polen zu leiden hatte.

[184] Oredownik, 31. 12. 1897 (Müller, S. 58). Bezeichnenderweise auch in der Ostmark Nr. 3, 1896, S. 23, abgedruckt.

[185] Vergl. Müller, S. 57.

[186] Ebenda.

[187] Prozeß am 15. 1. 1897 vor der Strafkammer des Posener Landgerichts.

[188] Vergl. Müller, S. 84/85.

[189] Müller, S. 86.

Von deutscher Seite ist ihm wohl der Vorwurf gemacht worden, daß er die deutschen Katholiken seiner Diözese vernachlässige[190], in der nationalpolnischen wirft man ihm dagegen geradezu Germanisierungsbestrebungen vor. „„Gewissen Herren geht es nur darum, daß in unseren polnischen Heiligtümern die deutsche Sprache erschallt, daß sich die Germanisation langsam in die polnischen Kirchen hineindränge, damit das polnische Volk sich selbst in der Kirche mit der deutschen Sprache vertraut mache[191].“ Daß Stablewski nicht einseitigen polnischen Tendenzen gehuldigt hat, zeigt die Achtung, die man ihm in Deutschland entgegenbrachte[192], vor allem aber zeigen es die Angriffe der Polen selbst auf ihren Oberhirten, der ihre Erwartungen in nationalpolitischer Beziehung enttäuschte. Mag es auch sein, daß er dieses nur tat, „um die Polen vor Schaden zu bewahren[193]“.

Kapitel VI.

Ostmarkenverein. Tätigkeit und Beurteilung in den Jahren 1894 bis 1900.

Die Tätigkeit des Ostmarkenvereins ist von seiner Gründung an Gegenstand heftigster Auseinandersetzungen. Konservative und nationalliberale Kreise stützen und fördern seine Arbeit. Liberale, Zentrum und vor allem die Polen machen ihn zum ständigen Ziel ihrer Angriffe. Die Fronten sind die gleichen wie bei allen Problemen der Polenfrage. Zwischen den Extremen steht die Regierung. Sie lehnt seine Tätigkeit nicht ab, verteidigt sie im Parlament, eine pekuniäre Unterstützung hat sie dem Verein aber niemals angedeihen lassen.

Seiner ganzen Anlage und seinen Geldmitteln entsprechend, war der Ostmarkenverein darauf angewiesen, sammelnd, anregend und vermittelnd zu wirken und in langjähriger Arbeit erst die Stützen aufzubauen, welche dem Deutschtum im wirtschaftlichen Leben gegenüber den Polen gefehlt hatten. In Aufsätzen, Broschüren und Versamlungen wirbt er für sein Werk, die Deutschen wach zu machen für die Aufgaben des deutschen Ostraums. „Die Tätigkeit der Deutschen in allen nationalen und wirtschaftlichen Fragen zu organisieren und anzuregen, ihr nationales Bewußtsein zu stärken, und das Polentum in Schranken zu halten, ist Zweck des Vereins zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken[194].“

---

[190] Vergl. dazu das früher angeführte Urteil der Alldeutschen.

[191] Postep Nr. 94, 25. 4. 1899 (nimmt Bezug auf einen Aufsatz im Kuryer Poznanski vom 13. 1. 1899, in dem es heißt: „Alle redlichen deutschen Katholiken können dem hochwürdigen Herrn Erzbischof das unerschütterliche Vertrauen entgegenbringen, daß ihre Bedürfnisse in hinreichendem Maße werden berücksichtigt werden.“) Vergl. Müller, S. 77.

[192] Es muß darauf hingewiesen werden, daß absichtlich keine Zentrumsstimmen für den Erzbischof angeführt wurden.

[193] Hamburger Nachrichten vom 11. 4. 1896.

[194] Mitteilungen des Hauptvorstandes über die Aufgaben des Vereins (Die Ostmark, 1897, Nr. 2, S. 9).

Im März 1896 erfolgt ein Zusammenschluß der Frauen im „Deutschen Frauenverein für die Ostmarken[195]". Seine Aufgaben liegen auf dem Gebiet der Krankenpflege und der Kindererziehung. Im Jahresbericht heißt es: „Deutsche Frauen sollen und wollen nicht zurückstehen, wenn es gilt, deutsche Sprache und Sitte, deutschen Geist und deutsches Gemüt zu erhalten und zu fördern[196]." Auf wirtschaftlichem Gebiet wirbt der Verein 1. für den Ausbau der Ansiedlung. „Das deutsche Besiedlungswerk ist in den vier östlichen Provinzen kräftigst zu fördern und auf die Begründung von Arbeiterpachtstellen und von kleinen Rentengütern auszudehnen[197]"; 2. für die Beschränkung der Zulassung von russischen und galizischen Wanderarbeitern: „Die Zulassung ist auf die Zeit vom 1. 4. bis 15. 12. zu beschränken. Zum Gesindedienst dürfen ausländische Polen nicht zugelassen werden[198]"; 3. für eine Ansiedlung deutscher Arbeiter und eine Hebung des Mittelstandes in den Städten durch Heranziehung Gewerbetreibender[199].

Auf kulturellem Gebiet umfaßt die Wirksamkeit des Vereins seine Anregungen zur Schul- und der sogenannten Kulturpolitik, d. h. der Errichtung wissenschaftlicher und künstlerischer Institute, sowie die Einrichtung von Volksbüchereien. Für die Schulpolitik ist die Entschließung des Gesamtausschusses am 13. September 1902 in Danzig entscheidend: Es soll den Polen nicht verwehrt sein, ihre polnische Sprache unter sich zu gebrauchen; da sie aber das polnische Idiom als Kampfmittel gegen das Deutschtum mißbrauchen, und es im allgemeinen staatlichen Interesse liegt, daß jeder deutsche Staatsbürger die deutsche Staats- und Landessprache beherrscht, empfiehlt der Gesamtausschuß des deutschen Ostmarkenvereins der Staatsregierung folgende Maßnahmen:

1. Der fakultative polnische Schreib- und Leseunterricht in der Volksschule der gemischtsprachigen Landesteile wird, wo er noch besteht, aufgehoben.

---

[195] Vergl. Die Ostmark Nr. 3, 1896, S. 25.

[196] Vergl. Die Ostmark Nr. 3, 1896, S. 25.

[197] Leitsätze des Vereins, die der Hauptvorstand am 8. Dez. 1900 annahm und der Staatsregierung übermittelte. Leitsatz 5 (Vosberg, S. 18).

[198] Ebenda, S. 3. — Am 20. April 1898 wird im Abgeordnetenhaus eine Interpellation über die Arbeiternot im Osten durch den oberschlesischen Abgeordneten Szmula, der sich dem Zentrum angeschlossen hatte, eingebracht, in der auf den Mangel an ständigen Dienstboten und landwirtschaftlichen Arbeitern hingewiesen und die vermehrte Zulassung russischer Arbeitskräfte gefordert wird. In seiner Begründung erklärt Szmula, daß man die durch nichts gerechtfertigte Polenfurcht aufgeben müsse. Der Landwirtschaftsminister von Hammerstein gibt die Einwilligung der Regierung, daß die Arbeiter bis zum 1. Dezember statt wie bisher nur bis zum 15. November im Reiche verbleiben dürfen. Außerdem weist er auf andere Hilfsmittel hin (Arbeit durch Sträflinge, Befreiung von militärischen Übungen für die Landwirte, Arbeiterwohlfahrt usw.) Die Öffnung der Grenze für polnische Arbeiter lehnt er aus nationalen Rücksichten ebenso wie der Ostmarkenverein ab, ohne auf die nationale Frage tiefer einzugehen. — Stenographische Berichte des Abgeordnetenhauses, 18. Leg., 5. Sess., 20. 4. 1898.

[199] Vosberg, S. 24 und Die Ostmark Nr. 2, 1896.

2. Die für Westpreußen bestehenden Bestimmungen über die Erteilung des Religionsunterrichts in deutscher Sprache sollen auf alle Teile der Ostmarken ausgedehnt werden.
3. Der fakultative polnische Sprachunterricht an den Höheren Lehranstalten wird beseitigt[200].

1897 regte der Verein die Gründung einer Bibliothek in Thorn an[201]. Dieser Gedanke wurde nicht verwirklicht. Aber die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek und des Kaiser-Friedrich-Provinzialmuseums in Posen ist nicht ohne Tätigkeit des Vereins denkbar. Am 20. September 1898 unterbreitete der Vorsitzende des Vereins dem Staatsminister von Miquel Vorschläge für die Einrichtung beider Institute, worin auch die Einstellung guter polnischer Bücher empfohlen wurde[202]. „Daß die heutige Politik der preußischen Regierung in ihren Anfängen auf die Begründung unseres Vereins, auf unsere Aufklärung in Presse und Versammlungen zurückzuführen ist, können wir mit gutem Gewissen behaupten, ohne den Vorwurf der Unbescheidenheit befürchten zu müssen. Ebenso dürfen wir uns schmeicheln, daß die Bestrebungen zur kulturellen Hebung des Ostens, die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek, des Museums, des Hygienischen Instituts, der Volksbibliotheken Anregungen ihr Dasein verdanken, die aus der Mitte unseres Vereins hervorgegangen sind[203]." An der späteren Gründung der Kaiser-Wilhelm-Akademie in Posen ist der Verein nicht beteiligt[204].

Die Wirksamkeit des Ostmarkenvereins auf politischem Gebiete umfaßt in der Hauptsache seine Stellungnahme zur Sprachenfrage, zur Frage der polnischen Beamten, der Deutschen katholischer Konfession sowie seine Haltung bei den politischen Wahlen.

In der Sprachenfrage vertritt der Verein den Standpunkt, den Polen im privaten Verkehr ihre Sprache zu lassen, im Verkehr mit Behörden und in öffentlichen Versammlungen nur die deutsche Sprache zuzulassen. 1899 fordert er die Erweiterung und den Ausbau des Amtssprachengesetzes vom 28. 8. 1876 durch ein Gesetz, in dem u. a. zu bestimmen wäre, daß in allen öffentlichen Versammlungen, in Vereinen, im öffentlichen Verkehrsleben (Laden und Firmenschilder, Anschriften bei Straßenbahnen usw.), in den Satzungen und Protokollen aller Banken, Genossenschaften und ähnlicher Institute nur die deutsche Sprache gebraucht werden darf[205].

Gegen die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes vom 5. 10. 1897[206] verlangt der Verein die Auflösung aller öffentlichen Versammlungen, in denen polnisch verhandelt wird, und den Erlaß eines Gesetzes, das den Gebrauch der deutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen ein für allemal festlegt.

---

[200] Vergl. Vosberg, S. 27.
[201] Die Ostmark 1897, Nr. 9.
[202] Vosberg, S. 29.
[203] Die Ostmark 1899, Nr. 2, S. 15.
[204] Gleiche Auffassung wie die Alldeutschen, daß sie in erster Linie den Polen zugute kommen würde.
[205] Vergl. Vosberg, S. 31.
[206] Auf diesen Punkt wird noch einzugehen sein.

Da sich die Mehrzahl der polnischen Beamten am nationalpolnischen Vereinsleben beteiligt, fordert der Ostmarkenverein grundsätzlich die Ausschließung der Polen von der Anstellung als Beamte in den gemischtsprachigen Provinzen[207]. 1895 richtet er an den Staatssekretär des Reichspostamtes von Stephan eine Eingabe, in der auf die große Anzahl polnischer Postbeamten hingewiesen wird und fordert deren Versetzung in rein deutsche Gebiete. Am 30. Dezember 1895 wurde ein Eingabe gleichen Inhalts an den Reichskanzler gerichtet[208]. Bald danach traten wirklich Versetzungen ein. Zu der Frage der Dolmetscher bei Gericht stellt der Verein 1898 den Antrag, daß der Dolmetscher, der von den Polen wegen „angeblicher Nichtkenntnis der deutschen Sprache" verlangt wird, nicht vom Staate, sondern von der Partei selbst bezahlt wird[209]. Diese letzten Forderungen lassen sich kaum mehr mit der reinen Abwehr, dem ursprünglichen Ziel des Ostmarkenvereins erklären. Er hat sich damit direkt dem Kleinkrieg verschrieben.

Am wesentlichsten für die Auseinandersetzung war die Stellung des Ostmarkenvereins zu den Deutschkatholiken. Die deutsch-nationale Bewegung im Osten wurde vom Zentrum unter dem Schlagwort „Germanisierung ist Protestantisierung[210]" bekämpft. Unterstützt wurde sie nur von den Altkatholiken. Der Ostmarkenverein hat jedes Eingreifen in konfessionelle Verhältnisse vermieden, seine Stellung zu den deutschen Katholiken ist durchaus positiv[211], „Die katholischen Deutschen in der Ostmark, die die regste und rücksichtsloseste Agitation der Polen und ihre Polonisierungsversuche am eigenen Leibe spüren, wissen, wessen sie sich vor den Polen zu versehen haben[212]." Im Jahre 1905 hat der Ostmarkenverein auf seiner öffentlichen Tagung seine Ansicht in folgender Entschließung zum Ausdruck gebracht: „Der Deutsche Ostmarkenverein hält unverrückbar daran fest, daß es sich bei dem Kampf um die Ostmark lediglich um nationale Interessen handelt, daß er von allen partei- und wirtschaftspolitischen und konfessionellen Fragen sich fernhält und in jedem Deutschen, gleichviel welcher politischen Partei und welcher Religion er angehört, einen willkommenen Bundesgenossen sieht. Der Deutsche Ostmarkenverein begrüßt mit freudiger Genugtuung diejenigen Bestrebungen der katholischen Deutschen in der Ostmark, die auf eine Festigung und Betätigung deutsch-nationaler Gesinnung gerichtet sind[213]." Entscheidend ist die nationale Einstellung, nicht die Zugehörigkeit zu einer Konfession[214].

Die Stellungnahme des Vereins bei den politischen Wahlen war aus seinem Charakter als unpolitischer Verein, aus seinen Zwecken

---

[207] Vergl. Vosberg, S. 32.
[208] Ebenda.
[209] Die Ostmark 1898, Nr. 11.
[210] Roeren, S. 50. — Kölnische Volkszeitung vom 29. 4. 1898.
[211] Die Ostmark 1899, Nr. 3.
[212] Die Ostmark 1900, Nr. 13, S. 101.
[213] Vosberg, S. 34.
[214] Bezeichnend hierfür die Haltung Stablewski gegenüber

und Zielen von vornherein gegeben. Er mußte jeden deutschen Abgeordneten-Kandidaten, gleich welcher Partei, unterstützen, so bald dieser als einziger Deutscher gegen die Polen stand[215].

Die Abwehr der polnischen Propaganda betrachtet der Verein als seine besondere Aufgabe. Vor allem richtet er sein Augenmerk auf die polnische Presse. Die gesamte deutsche Presse wird mit Auszügen und Übersetzungen aus der polnischen Presse versorgt; in der Ostmark finden sich ständig solche Übertragungen[216]. In „Stimmungsbildern" und später in den Berichten vom „Polnischen Kriegsschauplatz[217]" will der Verein einen Eindruck geben von der polnischen Agitation.

Die Bestrebungen des Vereins müssen insofern durchaus anerkannt werden, als es ihm in der Tat gelang, einen Teil des Deutschtums zu sammeln, der sich für die Lösung der Ostfragen einsetzte (im nationalstaatlichen Sinne). Die Fingerzeige, die er zur Hebung des Ostens angab, waren wesentlich. Die Entwicklung hat ihn immer mehr aus seiner defensiven Haltung herausgeführt, so daß sich schließlich über die Methode seines Kampfes streiten ließe, die gewiß nicht zur Befriedung des Ostens beigetragen hat. Er ist daran gescheitert, daß es ihm nicht gelang, eine Volksbewegung ins Leben zu rufen, daß er letzten Endes trotz seines gegenteiligen Willens eine Bewegung einzelner und zwar parteipolitisch durchaus festgelegter Kreise blieb.

Die Regierung muß verschiedentlich durch ihre Vertreter in den Verhandlungen im Reichstag und dem Landtag Stellung nehmen[218]. Am 15. Februar 1895 erklärt der Minister von Köller die Angriffe des Polen von Jazdzewski auf den Ostmarkenverein für ungerechtfertigt und weist auf den Verband aller Polen Deutschlands hin. „Sie können also auch nicht verlangen, daß der Verein zur Förderung des Deutschtums mit anderen Maßen gemessen werde als Sie, nämlich nach dem Maß, daß vor dem Gesetze alle Preußen gleich sind. Die Auffassung der Gründer des Vereins, daß es sich auf ihrer Seite mehr um die Abwehr der Polen handelt, scheint mir noch eher begründet zu sein, als die des Abgeordneten Motty[219], daß der Verein die Vernichtung der Polen auf seine Fahne geschrieben hat[220]." Am 21. Januar 1896 verteidigt der Staatssekretär von Stephan den Ostmarkenverein: „Zurückhaltung ist geboten gegenüber Vereinen, die prononciérte

---

[215] Vergl. Die Ostmark 1898, Nr. 10.

[216] Vergl. Die Ostmark 1897, Nr. 3, 4, 6; 1898, Dr. usw. — Dazu auch die Broschüre von Justizrat Wagner „Der Polenring". Übersetzungen aus der polnischen Presse, die allen Reichs- und Landtagsabgeordneten und allen Zeitungen unentgeltlich zugestellt wurden.

[217] Diese Überschrift zuerst in der Ostmark 1898, Nr. 2. — Sie zeigt die Verschärfung der Lage.

[218] Der Beamtenerlaß der Regierung vom 12. April 1898 kann auch als Zeichen des Einverständnisses mit den Zielen des Ostmarkenvereins gewertet werden.

[219] Der polnische Abgeordnete Motty hatte in der Sitzung am 23. 1. 1895 erklärt: „Keiner unserer Vereine, deren es übrigens kein Drittel von der Zahl der deutschen Vereine gibt, hat auf seine Fahne die Vernichtung des deutschen Elements geschrieben." Vergl. Sten. Ber. Abghs., 18. Leg., 2. S.

[220] Sten. Ber. d. Abghs., 18. Leg., 2. Sess., vom 15. 2. 1895.

Parteizwecke verfolgen. Allein wir sind der Meinung, solange nicht wirklich die von Herrn von Jazdzewski bis jetzt nur befürchteten Übelstände[221] sich ergeben haben, daß wir es also dem einzelnen Beamten überlassen können, wie weit er sich diese Zurückhaltung in dem hier vorliegenden Falle aufzuerlegen hat[222]." Auch der Kultusminister Bosse, wegen seiner polenfreundlichen Schulpolitik unter Caprivi viel angefeindet[223], stellt sich schützend vor den Ostmarkenverein. „Ich bin der Meinung, daß wir den Polen in allen rechtlichen Beziehungen volle Gerechtigkeit und volles Entgegenkommen schuldig sind. Aber ich bin umgekehrt auch der Meinung, daß auf dem politischen Gebiet, soweit es sich um irgendeine Förderung der nationalpolnischen Interessen handelt, wir unsere ganze Kraft zusammennehmen müssen, um das Deutschtum zu schützen[224]."

In ähnlicher Weise sprechen sich die nationalliberale und konservative Partei für den Ostmarkenverein aus[225]. Dieser Verein verfolgt den Schutz der deutschen Interessen, und zwar mit demselben Recht, denselben guten Gründen, wie unsere polnischen Landsleute innerhalb des deutschen Reiches ihre polnischen Interessen[226]." Die Gründung des Vereins erfolgte wegen der tiefen „Unruhe und Beklemmung der Bevölkerung in den östlichen Provinzen. Wir können nicht gestatten, daß der deutsch-nationale Charakter unseres Preußens irgendwie verwischt werde[227]."

Die heftigsten Gegner des Ostmarkenvereins sind naturgemäß die Polen. In jeder Debatte im Reichstag oder Landtag, die die polnische Frage zum Gegenstand hat, erheben sie ihre Klagen gegen diesen „unseligen[228]" Verein, dessen Tätigkeit die Schuld an dem gespannten

[221] J. hatte über den Verein gesagt, „daß seine Tätigkeit zu den größten Unzuträglichkeiten und auch leider zu einer beklagenswerten Verhetzung der Nationalitäten geführt hat", und ein Verbot für Beamte gefordert, dem Verein beizutreten.

[222] Sten. Ber. d. Reichstages, 9. Leg., 3. Sess., 21. 1. 1896.

[223] Vergl. dazu Geffcken, S. 139.

[224] Sten. Ber. d. Abghs., 18. Leg., 4. Sess., 21. 1. 1897.

[225] Die Stellung der Konservativen machte später eine Wandlung durch, die sich besonders bei den Debatten über das Enteignungsgesetz 1908 zeigte. Im Herrenhaus erklärte Graf Mirbach, daß die Ansiedlung eine wirtschaftliche Sanierung gebracht habe. „Neben diesen rein sachlichen Argumenten waren für die konservative Kritik naturgemäß auch interessenpolitische Gesichtspunkte maßgebend, insofern das Enteignungsgesetz Rechtsbegriffe erschüttern mußte, an deren Aufrechterhaltung der konservative Grundbesitz alles Interesse hatte." (Schinkel, S. 207.) So erklärt auch Oldenburg-Januschau in seinen Erinnerungen (S. 9): „Auch ich war kein Hakatist, weil ich der Anschauung huldigte, daß wir nun einmal im Gebiet unseres Staates Menschen hatten, die polnischer Nationalität waren. Mir genügte es, wenn die Angehörigen des polnischen Volkstums ihren Pflichten als preußische Staatsbürger ehrlich nachkamen. Ich war nicht der Meinung, daß es galt, diese Menschen auszurotten. Freilich mußten Mittel und Wege gefunden werden, alle politischen Machtansprüche in ihre Schranken zurückzuweisen."

[226] Sten. Ber. d. Rchstg., 9. Leg., 3. Sess., 21. 1. 1896. Rede Dr. Hamacher, nationalliberal.

[227] Sten. Ber. d. Abghs., 18. Leg., 2. Sess., 15. 2. 1895, Rede Dr. von Heydebrand und der Lasa, konservativ.

[228] Sten. Ber. d. Reichstages, 9. Leg., 3. Sess., 21. 1. 1896, Rede Dr. v. Jazdzewski.

Verhältnis im Osten trägt. Er ist die Ursache der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Polen und Deutschen. „Wir überlassen es der pflichtmäßigen Erwägung der Staatsregierung, daß sie das ihrige tue, um der Verhetzung der Nationalitäten und ihrer Angehörigen, die tatsächlich herbeigeführt ist durch den H-K-T-Verein, zu steuern[229].“ Die Ausbreitung des Vereins erfüllt die Polen mit tiefer Besorgnis, „der bekannte sogenannte Verein zum Schutze des Deutschtums in den Ostmarken — dessen bloßer Name schon eine Unwahrheit ist — hat sich in allen Gauen Deutschlands verbreitet[230]“, und nun das halbironische Bild „die Saat der Drachenzähne hat geharnischte Männer hervorgebracht, die den Heiligen Krieg gegen das Slawentum und in spezie gegen das Polentum predigen[231]“. Wiederholt fordern die Polen ein Verbot für Beamte, dem Ostmarkenverein beizutreten[232]. „Wenn die Staatsregierung ganz ruhig zusieht, daß einem solchen Verhetzungsverein die meisten Beamten des Staates angehören und in ihm tätig sind, dann ist die Königliche Staatsregierung in Preußen daran schuld, daß eine unheimliche Unruhe in die Bevölkerung hineingetragen wird[233].“ Die Reichsregierung und die preußische Staatsregierung darf dem „guten Willen und friedlichen Bestreben der Polen[234] durch ihre Politik nicht selbst Schranken setzen, indem sie einen Verein duldet, dessen Ziel nur die Verhetzung ist. „Sie werden in diesem Verein weder einen verdienten noch einen alten Namen finden innerhalb der Provinzen mit gemischtsprachiger Bevölkerung: Und das charakterisiert am besten die Tendenzen und das moralische Niveau dieses Vereins[235]“, dem alle diejenigen, die es mit der Regierung, der Monarchie, dem Staate wohlmeinen und die Ansicht vertreten, daß eine endgültige Aussöhnung dieser Gegensätze nur aus der polnischen Bevölkerung heraus und durch die polnische Bevölkerung geschehen kann, nicht angehören, all diese Leute, das sind Freunde, nicht die Feinde der Regierung, aber die Feinde des Vereins zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken[236].

Das Zentrum, das sich jeder aktiven Richtung in der Polenpolitik entgegenstellt, ist natürlich auch Gegner des Ostmarkenvereins. „Es

---

[229] Ebenda.

[230] Sten. Ber. d. Reichstages, 10. Leg., 1. Sess., 3. 12. 1898, Rede Motty.

[231] Ebenda.

[232] Sten. Ber. d. Abghs., 18. Leg., 2. Sess., 21. 2. 1895, Rede von Jazdzewski, und Sten. Ber. d. Reichstages, 9. Leg., 3. Sess., 21. 1. 1896, Rede von Jazdzewski.

[233] Sten. Ber. d. Reichstages, 9. Leg., 4. Sess., 30. 3. 1897, Rede v. Jazdzewski.

[234] Sten. Ber. d. Reichstages, 9. Leg., 4. Sess., 6. 2. 1897, Rede von Jazdzewski.

[235] Sten. Ber. d. Herrenhauses, 18. Leg., 5. Sess., 29. 3. 1898, Rede v. Koszielski.

[236] Sten. Ber. d. Herrenhauses, 18. Leg., 5. Sess., 29. 3. 1898, Rede v. Koszielski. Es ist die erste Rede, die Koszielski im Herrenhaus nach seiner Mandatsniederlegung im Reichstag hält. Sie soll die Rechtfertigung dieses Versöhnungspolitikers sein, der sich beklagt, daß gerade er ständigen Angriffen ausgesetzt ist (Vergleiche Die Ostmark 1898 und 1899). „Aber der Feind, das bin ich, der Feind ist derjenige unter den Polen, der wie ich zum Träger des Gedankens geworden ist, die polnische Bevölkerung endgültig mit Preußen zu versöhnen und gute und loyale preußische Untertanen aus den Polen zu machen.“

hat die Polengesetzgebung nicht um der Freundschaft der Polen, sondern um der Gerechtigkeit willen bekämpft[237]." „Wir sind bemüht, Gerechtigkeit zu üben nach allen Seiten hin, ohne irgendwelchen Unterschied der politischen Partei[238]." Als wesentlichste Ursache für die Stellungnahme des Zentrums ist die „Befehdung des Katholizismus anzusehen, die sich sehr vielfach hinter dem sogenannten Polonismus birgt[239]". Dieser konfessionelle Gesichtspunkt ist maßgebend neben dem Bedenken vom allgemeinen christlichen Standpunkte, dem Standpunkte des Rechts und der Verfassung und dem Standpunkt der praktischen Politik[240]. Nur durch „kluge und paritätische Behandlung[241]" können die Polen für den preußischen Staatsgedanken gewonnen werden, nicht, wenn sie als fremde Nation betrachtet werden, die unschädlich gemacht werden muß! Der Grundfehler des Systems liegt „in der Verkennung der staatsrechtlichen Stellung der Polen innerhalb des preußischen Staatswesens[242]". In der Offensive wie in der Defensive gegen den zahlenmäßigen, wirtschaftlichen und geistigen Aufschwung der polnischen Bevölkerung können nur solche Mittel als erlaubt gelten, die sich mit den Grundsätzen der staatsbürgerlichen Parität vereinigen lassen[243]. Der Kulturkampf hat das polnische Nationalgefühl gestärkt, die Maßnahmen der Regierung gegen die Polen haben das Gegenteil von dem erreicht was sie bezweckten. Die Hakatisten sind die Ursache der dauernden Reibereien, „Menschen, die mit den Füßen zu denken und mit dem Kopfe Windmühlen einzurennen pflegen[244]."

Der zunehmende Haß der Polen fällt zeitlich mit der Gründung des H-K-T-Vereins zusammen[245]. Diesem Argument, daß eben die Tätigkeit des Ostmarkenvereins Ursache des neuentflammten Hasses der Polen ist, widerspricht die „Nationalzeitung[246]": „Die Begründung des Vereins zum Schutze des Deutschtums in den Ostmarken, den das klerikale Blatt ganz nach polnischer Manier als H-K-T-Verein bezeichnet, entsprang der Erkenntnis der Deutschen in dem vom Polentum bedrohten Landesteil, daß dieses, gefördert durch die Schwäche einer Regierung, die sich aus der polnischen Parlamentsfraktion einen Erzbischof von Gnesen und Posen[247] geholt hatte, unaufhaltsam vor-

[237] Bachen, Band 5, S. 303. — Vergl. auch Sten. Ber. d. Reichstages, 9. Leg., 4. Sess., 6. 2. 1897, Rede Lieber.

[238] Sten. Ber. d. Abghs., 18. Leg., 2. Sess., 15. 2. 1895, Rede von Strombeck.

[239] Sten. Ber. d. Reichstages, 9. Leg., 4. Sess., 5. 2. 1897, Rede Lieber.

[240] Vergl. Roeren, S. 1.

[241] Roeren, S. 1.

[242] Roeren, S. 45.

[243] Vergl. dazu die Kölnische Volkszeitung vom 26. September 1896: „Jedenfalls muß davon ausgegangen werden, daß die Polen in ihrer Eigenschaft als preußische Staatsbürger durchaus gleiches Recht mit den Deutschen haben."

[244] Roeren, S. 37. — Interessant ist die Betrachtung des Reichs- und Landtagsabgeordneten Roeren in seinem Buch, daß das Königreich Polen nur wieder entstehen könnte, wenn die drei Reiche Rußland, Österreich, Deutschland von einem gemeinsamen Feind geschlagen würden, was praktisch unmöglich sei.

[245] Kölnische Volkszeitung, 26. 9. 1896.

[246] Nationalzeitung, 27. 9. 1896.

[247] Hier finden wir wieder das Mißtrauen gegen Stablewski mit dem Hinweis auf seine frühere parlamentarische Tätigkeit.

dringt. Preußen ist ein deutscher Staat. Nach diesem Gesichtspunkt muß auch in Posen und Westpreußen regiert werden[248]."

Man bestreitet nicht, daß auch die Polen manchmal über die Stränge schlagen, aber ihnen, als den Angegriffenen sind „mildernde Umstände zuzubilligen[249]. „Wenn die Polen zu der Ansicht gelangen sollten, man wolle sie rechtlos machen, so kann kein Frieden gedeihen; man darf doch die Polen nicht zur Verzweiflung treiben[250]."

Der schwerste Vorwurf, den man dem Ostmarkenverein macht, ist der, daß auch er letztlich protestantisierende Tendenzen habe. „Die Hakatisten sind eben die Gesinnungsgenossen und Brüder der alldeutschen Los von Rom-Stürmer in Österreich[251]." So beschuldigt die Kölnische Volkszeitung den Ostmarkenverein, „einen stillen Kulturkampf[252]" gegen den Katholizismus zu führen. „Blöder nationaler Hakatismus, Polenhetze und verfassungswidrige Reaktion auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechts, das ist mehr, als das moderne Rechtsbewußtsein ertragen kann[253]."

Das enge Freundschaftsverhältnis zwischen Polen und Zentrum im Parlament hält sich nicht gleichmäßig. Die Ursache dafür ist vor allem in dem Übergreifen der polnischen Propaganda auf Oberschlesien zu suchen. Im Oktober 1895 siegt bei einer Ersatzwahl in Pleß-Rybnik ein Anhänger der Katolik-Partei[254] über den Zentrumskandidaten von Huene[255]. Auf einer Versammlung des Zentrums in Breslau muß der Zentrumsabgeordnete Dr. Porsch in bezug auf die polnische Wahlbewegung in Oberschlesien zugeben: „Wir im Zentrum haben bisher einen Unterschied von Deutschen und Polen nicht gekannt, keinen Unterschied der Sprache, der Stände und der Berufsarten. In dem Augenblick, wo man einen solchen Unterschied einführt, in dem Augenblick bricht der Boden zusammen, auf dem das Zentrum steht und auf dem das Zentrum allein groß sein kann[256]." Das schlesische Zentrum zog daraus die Folgerung, daß es sich mit Katholiken polnischer Zunge zu einigen habe[257]. Die Reichstagswahl von 1898 zeigt diesen neuen Bund zwischen schlesischem Zentrum und Polen. Die einst gegen das Zentrum durchgesetzten Katolik-Kandidaten Szmula und Strzoda[258] wurden nunmehr offizielle Zentrumskandidaten[259].

---

[248] Nationalzeitung, 27. 9. 1896.
[249] Roeren, S. 37.
[250] Roeren, S. 39.
[251] Roeren, S. 50.
[252] Kölnische Volkszeitung, 23. 1. 1897.
[253] Ebenda.
[254] Katolik, das polnische Kampfblatt in Oberschlesien, das sich bisher dem Zentrum unterstellt hatte. Der Katolik kämpfte während des Kulturkampfes auf der Seite des Zentrums und für volkstümliche Wahlen. Das Zentrum unterstützte ihn finanziell. (Vergl. Schwidetzky, S. 12.)
[255] Wippermann 1895, I, S. 284; 1895, II, S. 125.
[256] Wippermann 1895, II, S. 135.
[257] Vergl. Schlesische Volkszeitung, Nr. 499, vom 30. 10. 1897.
[258] 1893.
[259] Vergl. Schwidetzky, S. 43.

Die polnische Fraktion beruft sich stets mit besonderer Genugtuung auf die Unterstützung des Zentrums, einer Partei, die „unter ihrer stolzen Devise immer so mannhaft und unentwegt für die Grundsätze der Wahrheit, der Freiheit und des Rechts, besonders des gekränkten Rechts eingetreten ist, gekämpft hat und weiterkämpfen wird[260]". „Unsere heiligsten und höchsten Güter sind die katholische Religion und die polnische Muttersprache. Das Zentrum unterstützt sie, weil es die Devise hat: Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht[261]." Mit gleicher Genugtuung wird von den Polen immer wieder der Name Hans Delbrück in die Debatte geworfen[262], der sich auch auf die Seite der Gegner des Ostmarkenvereins gestellt hatte, „denn diese Politik der Anstachelung des Nationalgefühls, geht sehr leicht in Gehässigkeit und Verhetzung über[263]". Seine Behauptung, daß von den Deutschen in den Ostmarken selber laute Proteste gegen den Verein zu hören seien[264], ruft diesen zu energischer Entgegnung auf[265]. Gegen den Vorwurf der Mattherzigkeit und des mangelnden Verständnisses verwahrt sich Delbrück: „Der Sinn aller meiner Ausführungen ist immer wieder, daß unsere Polenpolitik mit zu kleinlichen und unwirksamen Mitteln arbeitet, und daß ein größer und mutiger gedachtes System an die Stelle gesetzt werden muß[266]." Delbrück gibt die Fortschritte der Polen zu, er bekämpft aber alle bisher ergriffenen Maßnahmen gegen die Polen. Eine kulturelle Förderung des Ostens, wie sie der Ostmarkenverein erstrebt, lehnt er aus den gleichen Gründen ab wie die Alldeutschen. Er wirft der deutschen Politik und dem Ostmarkenverein vor, daß sie gleichzeitig durch väterliche Fürsorge die Polen so hoch wie möglich bringen und sie auf der anderen Seite durch unausgesetzte kleine Nadelstiche zum möglichsten Haß gegen den preußischen Staat erzögen.

Der nach Hohenlohe „stets räsonnierende[267]" Prof. Delbrück hat mit Recht, „aber allzu einseitig[268]" auf die Schwächen der Polenpolitik hingewiesen. Geradezu vernichtend ist die Kritik Bülows an der politischen Tätigkeit Delbrücks, wenn er sagt: „Gefährlicher als die gesellschaftliche Taktlosigkeit des Dr. Hans Delbrück, war leider seine politische Direktionslosigkeit, sein Mangel an politischem Feingefühl, politischer Voraussicht und gesundem Menschenverstand[269]." Die Polen erhoben ihn zu ihrem Schutzpatron, das Zentrum sagte ihm „größte

[260] Sten. Ber. d. Reichstages, 9. Leg., 4. Sess., 6. 2. 1897, Rede Jazdzewski.
[261] Sten. Ber. d. Reichstages, 9. Leg., 4. Sess., 30. 3. 1897, Rede Strzoda, vergl. auch Sten. Ber. d. Reichstages, 10. Leg., 1. Sess., 12. 2. 1900.
[262] Sten. Ber. d. Abghs., 18. Leg., 4. Sess., 10. 2. 1897 und 27. 3. 1897. — Vergl. Sten. Ber. d. Reichstages, 9. Leg., 3. Sess., 14. 12. 1896. — Sten. Ber. d. Reichstages, 10. Leg., 1. Sess., 13. 12. 1898. — Sten. Ber. d. Reichstages, 10. Leg., 1. Sess., 12. 2. 1900.
[263] Preuß. Jahrbücher 1897, 4. T., S. 575.
[264] Preuß. Jahrbücher 1897, 4. T., S. 575.
[265] Deutsches Wochenblatt 1897, Nr. 18, 19, 27 u. 43, Aufsätze von Tiedemann.
[266] Preuß. Jahrbücher 1897, 4. T., S. 575.
[267] Hohenlohe, Denkw. d. Reichskanzlerzeit, S. 476.
[268] Wahl, S. 671.
[269] Bülow, Denkw., Band 3, S. 241.

Objektivität und Sachkenntnis[270]“ nach; die Regierung erklärte sich für seine journalistische Tätigkeit nicht verantwortlich[271], seine früheren Fraktionsgenossen, die Mitglieder der Reichspartei, distanzierten sich von Delbrück in der Auffassung der polnischen Frage[272]. So steht er da als ewiger Ankläger, aber auch als Angegriffener. Gestaltend eingreifen kann er nicht, aber auch ein positiver Vorschlag ist bei ihm nicht zu finden. Es ist bezeichnend für seine Haltung, daß er bald in heftigste Auseinandersetzungen mit dem Ostmarkenverein gerät, nach dessen Gründung er doch selber 1894 gerufen hatte.

Kapitel VII.

Der Fall Carnap — Beamtenfrage im Osten.

Die ganze Schwierigkeit der inneren Verhältnisse in der Ostmark beleuchtet der „Fall Carnap“ und die allgemeine Beachtung, die er findet. Er rührt an eins der wesentlichsten Probleme, die es für die deutsche Politik im Osten überhaupt gab, die Frage der deutschen Beamten. An diesem Fall des Königlichen Distriktskommissars von Carnap ist erkennbar, wie das Verhältnis des einfachen polnischen Menschen aus den unteren Bevölkerungsschichten zum Deutschtum schlechthin bestimmbar ist durch den Beamten, der in seinem Lebenskreis das Deutschtum repräsentiert. Er zeigt aber auch, wie sich an solch einem Zwischenfall, wenn er einmal an die Öffentlichkeit gezerrt ist, die Gegensätze verschärfen, die Fronten abgegrenzter werden, und vor allem auch Unwahrheit neben dem wahren Tatbestand einhergeht und als Mittel der Propaganda benützt wird.

Der Fall Carnap ist unter dem Namen „Landfriedensbruch in Opalenitza“ in die Historie eingegangen und hat einen Zusammenstoß der polnischen Bevölkerung mit dem Distriktskommissar zum Inhalt. Am 14. September 1896 „findet auf dem Bahnhofe von Opalenitza eine polnische Ausschreitung statt[273]“. Es ist besonders interessant, daß dieser Zusammenstoß in Zusammenhang steht mit den Visitationsreisen Stablewskis, die ja ohnehin schon Anlaß genug zu Auseinandersetzungen gaben. Der Erzbischof, der von Wielichow von der Firmung zurückkommt, wird in Opalenitza vom polnischen Industrieverein mit Musik empfangen. „Während er sich im Wartesaal befindet, kommt der Distriktskommissar von Carnap in Zivil, ohne Waffe in einem Wagen auf dem Bahnhofe an, um einen Herrn dahinzugeleiten, und wird von der Menge der Wagen gehindert, durch sie zu fahren; es entspinnt sich ein Wortwechsel, dem bald auf polnischer Seite Tätlichkeiten folgen. Man drängt nach den Pferden. Der Distriktskommissar springt vom Wagen, stößt einen der Angreifer zurück, muß aber bald vor der auf ihn mit Knütteln und brennenden Fackeln losschlagenden Menge nach dem Wagen hin flüchten, der sich

[270] Roeren, S. 33.
[271] Sten. Ber. d. Herrenhauses, 18. Leg., 4. Sess., 28. 5. 1897, Rede Dr. Bosse.
[272] Sten. Ber. d. Reichstages, 9. Leg., 5. Sess., 11. 12. 1897, Rede von Kardorf.
[273] Wippermann, 1896, T. II, S. 68.

in dem Gedränge in Bewegung setzt und dem Beamten über Füße und Arme geht. Wiederaufspringend will er dem Wagen nach, doch drängt sich die heulende Masse und schlägt von neuem auf ihn los, so daß er mit Hieb- und Brandwunden an Kopf und Stirn und Schulter bedeckt wird. Einige hundert Schritt vom Bahnhof macht der Wagen halt. Der Distriktskommissar stellt sich daneben und schickt seinen Kutscher in die nahe gelegene Wohnung mit dem Auftrag, ihm eine Waffe zu holen. Unterdessen wogt in dem Halbdunkel der Tumult hin und her. Der zufällig im Orte anwesende Gendarmeriewachtmeister aus Santomischel wird geholt. Ein Steinwurf empfängt ihn. Zweimal fordert er vergeblich die Menge auf, sich zu zerstreuen, dann erklärt er die Ansammlung für Aufruhr[274]." Das ist der objektive Bericht im Geschichtskalender, der in ähnlicher Form in der deutschen Presse zu finden ist. Das Ereignis wird sofort zum Anlaß einer allgemeinen Betrachtung der Polenfrage genommen. „Der hochgradige Übermut und die Streitsucht der Polen[275]" muß als Auflehnung gegen die Staatsgewalt gewertet werden. „Man wird jetzt in Regierungskreisen hoffentlich für immer davon geheilt sein, die Polen durch Nachgiebigkeit gegen ihre Anmaßungen zu gewinnen[276]." Die nationalen Blätter fordern eine einheitlich klar ausgerichtete Polenpolitik, denn „nur eine gleichmäßig starke, zielbewußte Politik ist imstande, die nationalpolnische Propaganda zu zügeln[277]". Endgültig wird mit der Auffassung der Caprivizeit gebrochen, daß man die Polen durch eine Politik der Zugeständnisse gewinnen könne. Allen „Übelständen und Halbheiten, die die Polen in hochverräterischen Umtrieben[278]" ermutigen können, muß ein Ende gemacht werden. Die Vorgänge von Opalenitza haben gezeigt, daß ein „Systemwechsel[279]" nottut. Nur die Zentrumspresse stellt sich auf die Seite der Polen[280], aber bei ihr wird es schon als unbedingt vorausgesetzt, daß sie sich nicht belehren lassen will[281].

So löst dieser Vorgang eingehende Erörterungen in der deutschen Öffentlichkeit aus, er schien willkommener Anlaß für die nationalen Blätter, auf die Unverträglichkeit der polnischen Bevölkerung hinzuweisen. Was man aber mit Stillschweigen überging, war die Tatsache, daß die Persönlichkeit des Distriktskommissar von Carnap nicht gerade gut geeignet war, das Deutschtum würdig zu vertreten. Wegen seines unbeherrschten Benehmens hatte er seine Offizierslaufbahn frühzeitig beschließen müssen[282], und die Wirkung des Vorfalls von Opalenitza auf deutsche amtliche Kreise war, daß er am nächsten Tage telegrafisch seines Amtes enthoben wurde[283], was doch wohl

[274] Wippermann, 1896, II, S. 68.
[275] Nationalliberale Korr., 18. 9. 1896.
[276] Hann. Courier, 18. Sept. 1896.
[277] Dresdner Nachrichten, 24. 9. 1896.
[278] Hamburger Nachrichten, 26. 9. 1896.
[279] Schwäbischer Merkur, 30. 9. 1896.
[280] Kölnische Volkszeitung, 26. 9. 1896.
[281] Vergl. Hamburger Nachrichten, 26. 9. 1896.
[282] Müller, S. 63.
[283] Müller, S. 63.

nicht darauf schließen läßt, daß man bei seiner vorgesetzten Behörde allzuviel Vertrauen in ihn setzte.

Die Anklage gegen die beteiligten Polen lautete auf Landfriedensbruch. Aber das Schwurgericht zu Meseritz, vor dem die Verhandlung stattfand, sprach am 31. Oktober 1896 sechs Angeklagte frei, zwei wurden mit einer kleinen Geldstrafe belegt, während nur ein Angeklagter zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt wurde[284].

Damit ist nun den Freunden der Polen Gelegenheit gegeben, ihrerseits zum Angriff überzugehen und die deutsche Ungerechtigkeit an den Pranger zu stellen. „Das Urteil hat gezeigt, daß es eine einfache Rauferei war, bei der Carnap als provozierender Teil angesehen werden muß. Er hätte schon vor diesem Vorfall seines Amtes enthoben werden müssen[285]", erklärt der Abgeordnete des Freisinns Jaeckel im Abgeordnetenhaus, während die Polen zugunsten Carnaps annehmen, „daß er im Rausche war[286]". Die Regierung muß durch Minister von der Recke die Ungeeignetheit des Herrn von Carnap für seinen Posten zugeben, sie verwahrt sich aber gegen die Schmähungen auf einen Mann, „der sein Unrecht eingesehen und sich freiwillig zurückgezogen hat[287]", während von Tiedemann noch etwas für die nationale Sache zu retten glaubt, wenn er von dem „schneidigen und korrekten Verhalten[288]" des Distriktskommissars, wenigstens an dem Tage des Zusammenstoßes, spricht.

Der „traurige[289]" Prozeß Carnap aber spielt auch fernerhin eine Rolle in der Dialektik der Gegner einer aktiven Polenpolitik. „Schließlich beging man den großen Fehler, zu Distriktskommissaren, d. h. denjenigen Beamten, die die engste Fühlung mit den unteren Klassen hatten, nicht wie früher tüchtige mittlere Beamten, sondern verabschiedete Offiziere zu wählen, die für die Verwaltung kein Verständnis hatten, und von denen man nicht das psychologische Verständnis für eine fremde Nationalität und Lebensart erwarten konnte[290]." Aber auch in nationalen Kreisen setzte sich allmählich die Erkenntnis durch, daß Carnap „nicht die rechte Person am rechten Platz[291]" war. Und schon wird der Einzelfall typisch für eine Reihe anderer Unzuträglichkeiten im Osten, die ihre Wurzel in der Frage der Beamten

---

[284] Vergl. Müller, S. 63. — Es ist der Verfasserin nicht gelungen, Einblick in die Akten zu erhalten, da die fraglichen Vorgänge nicht mehr zu ermitteln waren. Vergl. Schreiben der Oberstaatsanwaltschaft in Meseritz vom 16. 10. 1937 und 1. 11. 1937.

[285] Sten. Ber. d. Abgeordnetenhauses, 18. Leg., 4. Sess., 10. 2. 1897. — Jaeckel, der durch Kompromiß von Polen und Freisinn gewählt wurde, wird wegen seiner daher bedingten Polenfreundschaft von Tiedemann (freikonservativ) angegriffen.

[286] Sten. Ber. d. Abghs., 10. 2. 1897, Jazdzewski.

[287] Ebenda, Rede von der Recke.

[288] Ebenda, Rede von Tiedemann.

[289] Delbrück in den Preußischen Jahrbüchern, 1897, 4. T., S. 575.

[290] Hutten-Czapski, I, S. 319.

[291] Fink, S. 259. — Allerdings bei Heinrich Geffcken findet sich noch eine einseitige Darstellung des Falles Carnap, die als Schuldigen nur die Polen anerkennt (S. 133).

haben. „Im Interesse der Entwicklung des Deutschtums kann nicht dringend genug der Wunsch ausgesprochen werden, die Regierung möge in der Wahl ihrer Beamten in den gefährdeten Distrikten doppelt vorsichtig sein. Vor allem dürfen Ämter in den polnischen Gegenden nicht als Posten angesehen werden, auf die man Beamte strafversetzen darf[292]." Ähnlich formuliert finden wir die Forderung nach ausgezeichneten Beamten in dem „Grenzboten[293]".

Dem Deutschen fehlte der Wille zum Osten, so sah auch der Beamte seine Versetzung in die Ostmark nicht als eine besondere Verpflichtung, sondern als eine unangenehme Übergangsstation an[294]. Durch Gleichgültigkeit oder „schneidiges" Auftreten, wie es der Fall Carnap zeigt, war niemals eine Provinz für das Deutschtum zu gewinnen. Dieser Fall Carnap ist aber auch ein Beispiel dafür, wie überreizt die Stimmung im deutsch-polnischen Kampfe war, sodaß er ohne genaue Prüfung zum Anlaß heftiger Angriffe gegen die Polen genommen wurde und man hinterher kleinlaut den Vorwurf der Unwahrheit einstecken mußte. Solche Vorkommnisse sind Meilensteine auf dem Wege zweier Völker zueinander hin oder voneinander weg.

Der Beamtenerlaß der Regierung vom 12. April 1898 ist ein Zeichen dafür, daß man versucht, dem deutschen Beamtentum im Osten eine einheitliche Ausrichtung zu geben. Das Staatsministerium richtet an die Oberpräsidenten der Provinzen mit gemischtsprachiger Bevölkerung folgenden Erlaß: „In den Provinzen gemischtsprachiger Bevölkerung und nationaler Gegensätze legt die Aufgabe der Staatsregierung, das deutsche National- und preußische Staatsbewußtsein in der Bevölkerung zu stärken und lebendig zu erhalten, auch den Beamten des Staates und der Gemeinden, einschließlich der Lehrer, besondere Pflichten auf. Neben der gleichmäßig gerechten Erfüllung ihrer Amtspflichten gegenüber allen Bevölkerungsschichten und der festen Aufrechterhaltung gesetzlicher und staatlicher Ordnung und Autorität, müssen sie auch durch ihr gesamtes außerdienstliches und selbst gesellschaftliches Verhalten an der Erfüllung der bezeichneten Aufgaben mitarbeiten. Es liegt ihnen ob, durch ihr Vorbild den vaterländischen Geist zu kräftigen und die darauf gerichteten Bestrebungen der deutschen Bevölkerung zu unterstützen. Wo die Gelegenheit geboten ist, soll unter Vermeidung kühler Abschließung auch eine rege außerdienstliche Mitwirkung bei allen berechtigten Anstrengungen zur Hebung der Wohlfahrt des Volkes, deutscher Bildung und deutscher Kultur stattfinden. Das Staatsministerium weist in dieser Richtung vorzugsweise hin auf die Begründung von wirtschaftlichen Genossenschaften, die Bereitstellung deutscher, der Bevölkerung zugänglicher Bildungsmittel, die Erhaltung und Gründung patriotischer Vereine, die Schaffung geselliger Vereinigungspunkte, die Unterstützung der in ihrer Existenz und deutschen Nationalität gefährdeten Bevölkerungsklassen und einzelner, die Förderung von Heilanstalten und Stationen von Krankenpflegerinnen, die Fürsorge für Kleinkinderschulen

[292] Fink, S. 259.
[293] Die Grenzboten, 1898, II. Viertelj., S. 422. Grenzb., 1898, III., S. 98.
[294] Grenzboten, I. Viertelj. 1900, S. 71.

und andere Erziehungs- und Bildungsanstalten. Dabei ist jedes aggressive Vorgehen gegen die fremdsprachige Bevölkerung zu vermeiden und den willigen Elementen derselben die Teilnahme überall offen zu halten. Neben der entschiedenen Abwehr deutschfeindlicher Bestrebungen muß ein versöhnlicher Geist, gerichtet auf die allmähliche Abschleifung der bestehenden Gegensätze, das Tun und Lassen der Beamten und Lehrer leiten. Das Staatsministerium weiß wohl, wie ersprießlich schon jetzt von denselben in zahlreichen Fällen gewirkt wird, hat aber doch noch einmal bei dem Ernst der Lage ausdrücklich in Erinnerung bringen wollen, welche besonderen und schwierigen Aufgaben den Beamten und Lehrern in den bezeichneten Landesteilen obliegen, und vertraut gern ihrer willigen und patriotischen Mitarbeit im Verein mit allen königstreuen und staatlichen Elementen[295]."

Die Beamten werden also aufgefordert, sich an allen nationalen Bestrebungen, seien sie nun kultureller oder wirtschaftlicher Art, zu beteiligen. In dem Aufruf finden sich viele Anregungen, die in ähnlicher Weise schon der Ostmarkenverein ausgesprochen hatte. Abschleifung der Gegensätze soll erreicht werden durch ein Beamtenmaterial, das sich der Schwierigkeiten und Verantwortung seiner Stellung im Osten bewußt ist. Ob man allerdings auf dem Wege von Erlassen, in denen man von Versöhnung und nationaler Widerstandskraft gleichzeitig redet, die Verhältnisse wirklich bereinigen konnte, muß zweifelhaft erscheinen[296].

Kapitel VIII.

Die Auseinandersetzung um das neue Ansiedlungsgesetz.

Die Ansiedlung ist von ihrem Beginn an eines der umstrittensten Kapitel in der Polenfrage und steht auch damals im Brennpunkt der Auseinandersetzungen. Die Polen legen Verwahrung ein gegen die Arbeit der Ansiedlungskommission, die „jedem Menschen, der überhaupt ein Gerechtigkeitsgefühl hat[297]", empören müsse. So beantragt der polnische Abgeordnete von Brodnicki[298] die Aufhebung des Ansiedlungsgesetzes, weil es „verfassungswidrig ist, gegen die Reichsgesetze verstößt und die Gerechtigkeit verletzt[299]". „Wir haben nur die Pflicht, und die tun wir, unsere Verbindlichkeiten gegenüber dem preußischen Staat zu erfüllen, ... denn es ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit des preußischen Staates, dafür zu sorgen, daß der polnischen Nation in keiner Weise die Ausübung, die Pflege und die Entwicklung ihrer Nationalität verkümmert wird[300]." Diese Sätze sind bezeichnend für die Haltung der Polen zum preußischen Staat in dieser Zeit.

[295] Vergl. Schultheß, 1898, S. 95.

[296] Der Erlaß trägt wesentlich das Gepräge Miquels, über dessen Stellung zur Polenfrage noch zu sprechen ist.

[297] Sten. Ber. d. Abghs., 18. Leg., 4. Sess., 10. 2. 1897, Rede von Cgarlinski.

[298] Sten. Ber. d. Abghs., 18. Leg., 4. Sess., 27. 3. 1897.

[299] Sten. Ber. d. Abghs., 18. Leg., 9. Sess., 27. 3. 1897, Rede von Mizerski.

[300] Ebenda, Rede von Glebocki.

Das Zentrum schließt sich dieser Argumentation an, weil „das Ansiedlungsgesetz gegen Norm und Sinn der Verfassung verstößt, daher unberechtigt ist; denn es wird mit dem Gelde eines Teiles der Staatsangehörigen, mit den Steuern, die auch sie bezahlen, ein Kampf gegen ihre Nationalität geführt[301]." Und nun der in Wahrheit entscheidende Punkt für das Zentrum: „Auch die Gefahr der Evangelisierungsversuche hat sich bewiesen[302]." Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Antrag, an dessen Ablehnung nicht zu zweifeln ist, der aber einen propagandistischen Zweck hat, wird durch Miquel vertreten. Er ist einer der maßgebenden Gestalter der innerpreußischen Politik unter Hohenlohe, der auch für die Entwicklung der Ostfragen von besonderer Bedeutung ist. „Die Autorität und Macht, die Miquel in der ganzen inneren Politik und Verwaltung ausübte, wirkte auf die schwächeren Mitglieder der Staatsregierung keineswegs immer günstig, denn sie verstärkte ihre Unselbständigkeit[303]", so urteilt Hutten-Czapski, der fraglos den besten Einblick besaß. Auf Miquels Veranlassung wurde die Ansiedlung durch eine wirtschaftliche und kulturelle Hebung der Städte im Osten ergänzt[304]. Auf seine Initiative ist es zurückzuführen, daß die Regierung seit 1895 die Generalkommission von den Polenbanken zu trennen begann, und damit einen der Hauptangriffspunkte gegen die Caprivische Polenpolitik beseitigte[305]. Er unterband auch die Verbindung der am 31. 7. 1895 in das Leben gerufenen Preußenkasse mit der polnischen Bank Ziasku, die als Zentralbank des polnischen Verbandes der Genossenschaften zum Geschäftsverkehr zugelassen wurde und einen Kredit von 200 000 Mark erhielt[306]. Am 24. Juli 1897 bestimmt Miquel in einem Erlaß an den Präsidenten der preußischen Zentralgenossenschaftskasse[307], daß der Kredit auf solche Genossenschaften beschränkt werden soll, die sich schriftlich verpflichten, auch deutsche Mitglieder aufzunehmen und mit ihnen in deutscher Sprache zu verhandeln. Die polnische Finanzleitung erklärte sich zwar einverstanden, löst sich aber doch allmählich von der Preußenkasse, weil sie ihren rein nationalen Charakter wahren wollte.

In seiner Rede zum polnischen Antrag wehrt sich Miquel gegen den Vorwurf, daß das Ansiedlungsgesetz der Verfassung widerspräche. „Jeder Preuße muß sich einem in verfassungsmäßiger Weise zustandegekommenen Gesetz fügen[308]." Er verweist nachdrücklich auf die großpolnische Aktion, „es gereicht das ja der Energie der polnischen Nationalität in gewisser Weise zur vollen Anerkennung, daß sie heute die Offensive hat[309]." „Die Preußische Regierung wird immer und hat immer unseren polnischen Ländern Gerechtigkeit widerfahren

[301] Ebenda, Rede Im Walle.
[302] Sten. Ber. d. Abghs., 18. Leg., 4. Sess., 27. 3. 1897, Rede Im Walle.
[303] Hutten-Czapski, I, S. 300.
[304] Vgl. Schinkel, S. 205.
[305] Vergl. Bernhard, S. 513 und Müller, S, 3.
[306] Vergl. Bernhard, S. 236.
[307] Vergl. Bernhard, S. 237.
[308] Vergl. Sten. Ber. d. Abghs., 18. Leg., 4. Sess., 27. 3. 1897, Rede Miquel.
[309] Ebenda.

lassen, nicht bloß, sondern sie ist stets bemüht, nach allen Richtungen selbst mit größten finanziellen Opfern dort Kultur und Wohlstand zu heben[310]." Zu diesen Maßnahmen gehört auch die Ansiedlung, die solide und arbeitsame Bewohner in die östlichen Provinzen gebracht hat.

Im nächsten Jahre bringt die Regierung einen Antrag zur Erweiterung des Ansiedlungsgesetzes ein, der den für die Staatsregierung zur Verfügung gestellten Fond von 100 Millionen auf 200 Millionen erhöht und die Befristung bis zum 31. März 1907 aufhebt[311]. Der Reichskanzler behandelt in einer ausführlichen Rede diesen Entwurf bei der ersten Beratung im Abgeordnetenhaus am 20. Januar 1898 und erklärt, daß wirtschaftliche und politische Erwägungen für die Staatsregierung entscheidend gewesen seien. In ihrer Denkschrift „20 Jahre deutsche Kulturarbeit 1907" gibt die Ansiedlungskommission selbst als Leitsätze ihrer Arbeit an:

1. Ankäufe hauptsächlich in den national gemischten Kreisen zu machen, um dort der deutschen Bevölkerung das Übergewicht zu verschaffen.
2. Erwerbungen in den überwiegend deutschen Kreisen zwar nicht vollständig auszuschließen, aber doch nur ausnahmsweise und nur da auszuführen, wo die Gefahr eines Überganges deutschen Besitzes in polnische Hand vorlag, oder wo die Bedrängung bestehender deutscher Schul- und Kirchensysteme zu befürchten war.
3. Die Gelegenheit zu benützen, in ganz überwiegend polnischen Kreisen größere Herrschaften oder mehrere einzelne Güter in zusammenhängender Lage oder solche Besitzungen zu erwerben, die an bestehende deutsche Gemeinden in der Vereinzelung angrenzen.
4. Nur solche Besitzungen anzukaufen, die durch ihre bessere Bodenbeschaffenheit einen erfolgreichen Betrieb der Landwirtschaft zuließen.

Diese Ziele liegen zum Teil auf wirtschaftlichem, zum Teil auf nationalpolitischem Gebiete, wie es die Aufgabe und der Zweck des Gesetzes heische[312].

Diese Gesichtspunkte finden sich auch in Hohenlohes Rede. „In wirtschaftlicher Beziehung hält die Regierung an dem Grundsatze fest, daß es für die Wohlfahrt der Provinzen Posen und Westpreußen förderlich ist, die Zahl der selbständigen Bauerngüter zu vermehren[313]." Der Zweck des Ansiedlungsgesetzes sei, der Ausbreitung der polnischen Nationalität auf Kosten der deutschen Bevölkerung entgegenzutreten.

Für die Polen ergreift von Jazdzewski das Wort und erklärt, das Gesetz bezwecke eine politische und bürgerliche Beschränkung der

---

[310] Ebenda.
[311] Grotefend-Cretschmar, 1898, S. 137.
[312] 20 Jahre deutsche Kulturarbeit, S. 3603.
[313] Sten. Ber. d. Abghs., 18. Leg., 5. Sess., 20. 1. 1898, Rede Hohenlohe.

Rechtsfähigkeit einer großen Zahl von Staatsbürgern und sei geeignet, eine zielbewußte Germanisierung und Protestantisierung der polnischen Bevölkerung herbeizuführen[314]. Seine Rede stellt in kluger Weise die Argumente der deutschen Gegner des Ansiedlungsgesetzes mit in ihre Betrachtung. Protestantisierung, das Schlagwort, unter dem das Zentrum die Ansiedlung bekämpft! So begründet auch der Abgeordnete Im Walle die Stellung seiner Fraktion. „Die Ausführung hat bestätigt, was Windthorst vorausgesagt hat, daß dasselbe nur beitragen solle zur Protestantisierung der polnischen Landesteile[315].“ Dagegen führt die Regierung an: „Die Haltung der katholischen Partei erschwert es, die Versorgung der deutschen Katholiken mit deutsch denkenden katholischen Geistlichen stattfinden zu lassen[316].“ Die freisinnige Vereinigung lehnt das Gesetz ab, weil es dem allgemeinen Zug vom Osten in den Westen doch nicht entgegenwirken könne[317]. Miquel betont noch einmal sein Programm, das eine Förderung des Ostens auf allen Gebieten anstrebt. „Wir werden auf allen Gebieten nicht bloß nach der materiellen, sondern auch nach der kulturellen Seite hin diese Provinzen zu heben versuchen[318].“

Als im Reichstag in der Folgezeit[319] die Beratung einer neuen Flottenvorlage stattfindet, lehnen die Polen sie ab, nicht, weil sie die großen nationalen Gesichtspunkte verkennen würden, sondern weil die Regierung einem Teil der Bevölkerung Preußens den Krieg erklärt hat. „Wir können es nicht als Zufall auffassen, daß in dem Augenblick, wo so große Anforderungen an die Bevölkerung gestellt werden, im Abgeordnetenhaus ein 100-Millionen-Fonds verlangt wird mit dem ausgesprochenen Zweck, die polnische Bevölkerung in eine wirtschaftlich schlechtere Lage zu bringen[320].“ Die Ablehnung der Flottenvorlage durch die Polen ist also ihre Antwort auf die Ansiedlungsnovelle, eine Stellungnahme, die rein demonstrativen Charakter hat. Gegen diese Haltung der polnischen Reichstagsfraktion erklärt sich Koszielski im Herrenhaus und nimmt seinerseit in längeren Ausführungen Stellung zur Polenfrage[321]. Die Ansiedlung lehnt er ab und warnt die Regierung, weiter die polnische Bevölkerung zu reizen, die doch „weiter nichts verlange, als sich ruhig im Anschluß an die Monarchie zu entwickeln[322]“. Es ist wohl anzunehmen, daß er daran selber nicht glaubt, sondern wieder nur „dem Gebot der Klugheit folgt[323]“. Auch hier faßt Miquel die Haltung der Regierung zusammen. „Wir wollen keinen Krieg gegen die Polen führen, wir wollen die Polen an allen Wohltaten der Zugehörigkeit mit Preußen

---

[314] Sten. Ber. d. Abghs., 18. Leg., 5. Sess., 20. 1. 1898, Rede von Jazdzewski.
[315] Ebenda, Rede Im Walle.
[316] Sten. Ber. d. Abghs., 18. Leg., 5. Sess., 20. 1. 1898, Rede von Hammerstein.
[317] Ebenda, Rede Munkel.
[318] Ebenda, Rede Miquel.
[319] Vergl. Sten. Ber. d. Reichstages, 9. Leg., 5. Sess., 23. 3. 1898 und 28. 3. 1898.
[320] Ebenda, Rede Fürst Radziwill.
[321] Sten. Ber. d. Hrrhs., 18. Leg., 5. Sess., 29. 3. 1898.
[322] Ebenda.
[323] Vergl. die Rede Koszielskis in Lemberg.

genau so teilnehmen lassen wie die Deutschen", aber, „wenn wir die Tatsache vor uns haben, daß nicht bloß auf dem Lande der Kleinbesitz, sondern auch in den Städten die Mehrheit, die die Polen nun einmal bilden, immer stärker überhand nimmt und daß das, was die großen preußischen Könige in dem Osten der Monarchie gegründet haben, in Gefahr kommt, allmählich immer weiter den Rückzug anzutreten, dann müssen die Polen so objektiv sein, dieses Bestreben des preußischen Staates als eine Staatsnotwendigkeit anzuerkennen[324]."

Es ist der Staatsgedanke, und zwar der preußische Staatsgedanke, der die Polenpolitik diktiert. Das ist die Richtschnur für alle Regierungsmaßnahmen in der Polenfrage. Man dachte staatlich, etatistisch, ohne aber eine eigentliche staatliche Machtpolitik noch treiben zu können.

Die Ansiedlung mußte als scheinbar einzig mögliches Mittel, dem Deutschtum wenigstens räumlich seine Ausdehnung zu lassen, erhalten bleiben, trotz ihrer geringen Erfolge. Sie war zu einer Prestigefrage der preußischen Staatsregierung geworden[325].

Daß sich die Ansiedlung zu einer fortschreitenden Protestantisierung der katholisch-polnischen Landesteile herausgebildet habe[326], dieser Vorwurf des Zentrums ist insofern berechtigt, als man in der Tat mehr protestantische als katholische Ansiedler ansetzte. Ende 1906 sind von allen Ansiedlerfamilien nur 4,12% katholisch. Die Gründe dafür liegen in den praktischen Erfahrungen, die man mit den katholischen Ansiedlern machte[327]. Gleich die erste katholische Ansiedlung Falkenau mußte wieder aufgegeben werden, weil für die Minderheit, die die deutschen Ansiedler dort in der Pfarrgemeinde bildeten, nicht einmal die Berücksichtigung hinsichtlich der Anwendung des Deutschen als Kultursprache zu erreichen war, die ihr nach der Seelenzahl zukam. Außerdem sind deutsch-katholische Minderheiten in polnischer Kirchengemeinschaft leicht der Polonisationsgefahr erlegen. „Da die Ansiedlungskommission nicht nur Deutsche ansiedeln soll, sondern auch die Pflicht hat, sie so anzusiedeln, daß sie sich ihre deutsche Nationalität bewahren können, so kann sie Katholiken nur da ansiedeln, wo die Gründung eigener Kirchspiele für die Ansiedler möglich ist[328]." So muß peinlichst darauf geachtet werden, daß genügend Anschluß an deutsche Glaubensgenossen vorhanden ist, weil die Gefahr der Assimilierung der deutschen katholischen Ansiedler durch das Band der gleichen Konfession, das sie mit den Polen bindet, besteht. Die wirklich bestehende Not der deutschen Katholiken in den Ostmarken schweigt die Zentrumspresse systematisch tot, denn die Universalität der christlichen Kirche ist ein allen Bekenntnisformen gemeinsamer Begriff, und die rein religiösen Interessen können nur gewahrt bleiben, wenn die Kirche den weltlichen Interessen gegenüber Neutralität wahrt und jede sittliche

[324] Sten. Ber. d. Hrrhs., 18. Leg., 5. Sess., 29. 3. 1898.
[325] Die Ansiedlungsnovelle wurde am 20. 5. 1898 Gesetz.
[326] Roeren, S. 53.
[327] Denkschrift der A. K. S. 3644.
[328] Denkschrift der Ansiedlungskommission, S. 3644.

Überzeugung, also auch die Liebe zur angeborenen Nationalität, achtet. So etwa begründet das Zentrum seine Einstellung zur Nationalitätenfrage im Osten. Das gemeinsame Bekenntnis ist wichtiger als die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nationalität. Es ist auch höher zu werten als die Erfordernisse der Staatsnotwendigkeit.

Die Ansiedlung wird schon deshalb abgelehnt, weil sie „gegen die Grundsätze von Recht und Gerechtigkeit verstößt[329]", daß man aber zum größten Teil Protestanten einsetzt, „um die Provinz bewußt zu protestantisieren[330]", ist um so mehr zu verwerfen, als zum Ansiedlungsfonds „die Katholiken gerade so gut beizusteuern haben wie die Protestanten[331]". Eine Beteiligung der Katholiken am Kampf im Osten zu verlangen, käme „Selbstmord[332]" gleich. Wohl sei es wahr, daß bei den Polen der nationale Gedanke allmählich in den Vordergrund träte, „aber man würde dem Volke Unrecht tun, ihm vorzuwerfen, die Religion sei eben nur Nebensache[333]". „Das Volk in seiner Allgemeinheit ist auf das Innigste wie mit seiner Nationalität, so mit seinem katholischen Glauben verwachsen[334]."

Der Altkatholizismus stellt sich aus seiner Feindschaft gegen das Zentrum naturgemäß auch gegen die Polenpolitik des „Ultramontanismus". Die Erklärungen Miquels anläßlich der Beratung des Ansiedlungsgesetzes werden in jeder Weise unterschrieben. „Zuerst muß jedem Deutschen die Entschiedenheit wohltun, mit welcher endlich vom preußischen Ministertisch aus der deutsch-nationale Standpunkt an die Spitze der Erwägungen gestellt worden ist[335]." Wohl sei der Katholizismus Universalreligion, aber „er schließt die Liebe zum Vaterlande nicht aus[336]". „Darum muß er auch den religiösen Bedürfnissen auf religiösem Gebiete Rechnung tragen, während die römische Kirche weder Vaterland noch Nation kennt[337]." Der Altkatholizismus erkennt das Recht jeder Nation an, er mischt sich nicht in die Händel der Welt[338]. Man soll den Slawen ihre Sprache lassen; wenn sie das Deutsche nicht lernen wollen, so ist es ihr eigener Schade. „Es handelt sich nicht nur darum, daß sie den klerikalen Umsturzplänen entsagen, die auf Zerstörung der deutschen Reiches und Vernichtung unseres Volkes gerichtet sind[339]." „Man muß im Osten zeigen, daß man katholisch und deutsch zugleich sein kann[340]."

In den nationalen deutschen Kreisen werden die schärfsten Anklagen gegen das Zentrum erhoben, „das immer mehr für Rom als

---

[329] Roeren, S. 62.
[330] Ebenda, S. 50.
[331] Ebenda, S. 53.
[332] Ebenda, S. 59.
[333] Roeren, S. 61.
[334] Ebenda.
[335] Deutscher Merkur, 1898, Nr. 12, S. 94.
[336] Deutscher Merkur, 1898, Nr. 22, S. 169.
[337] Deutscher Merkur, 1898, Nr. 23, S. 179.
[338] Deutscher Merkur, 1898, Nr. 23, S. 181.
[339] Deutscher Merkur, 1898, Nr. 10, S. 76.
[340] Deutscher Merkur, 1896, Nr. 10, S. 327.

für Deutschland sorgt[341]". Darum muß man sich bei der Ansiedlung auf die nichtkatholische Konfession stützen und rücksichtslos die Einwanderung nichtkatholischer Deutscher in die polnischen Gebiete fördern. „Posen muß protestantisch werden, um deutsch zu werden[342]", das ist die schärfste Ausprägung dieses Gedankens. Die ganzen Auseinandersetzungen tragen so sehr den Charakter von parteipolitisch notwendiger Stellungnahme, daß sie eben nicht Gültigkeit für sich alleine haben, sondern in den Zusammenhang der Gesamtauffassung einer politischen Richtung gehören, die aus ihrer Abwehrstellung einer anderen Partei gegenüber schon von vornherein festgelegt ist. — Wenn man den Vorschlag liest, den Osten durch einen neuen deutschen Orden zu germanisieren, einen Orden „mit möglichst wenig Uniform oder äußeren Abzeichen, aber mit deutscher Begeisterung und Treue und jesuitenähnlicher Zucht[343]", wie er in dieser Zeit in nationalen Kreisen auch gemacht wird, so muß man das schon als eine romantische Verirrung bezeichnen, für die gewiß ein Wilhelm II. Verständnis hatte, die aber mit irgendeinem Erfassen der wirklichen Gegebenheiten in der Politik nicht mehr das geringste zu tun hat.

Daß Hans Delbrück die Ansiedlung verwirft, wurde schon erwähnt. Er verlangt, daß der Staat streng die vollen Zinsen seiner Aufwendungen vom Ansiedler fordert und das Unternehmen als ein rein wirtschaftliches betrachtet, ohne nationale Vorzeichen. „Die ungeheuerliche Verschwendung entspringt daraus, daß die Ansiedler sich als Staatspensionäre ansehen und die unglaublichsten Ansprüche erheben[344]." Dieses Bedenken Delbrücks verdient Beachtung, denn es war ein Fehler der Ansiedlung, daß der soziale Wagemut nicht angeregt wurde, daß der Staat dem Einzelnen das Risiko abnahm. „Es war nicht nur die Begrenzung an materiellen Mitteln, die die Ansiedlungskommission über kleine Wirkungen nicht hinauskommen ließ, es war auch der aus kleinen Vorstellungen geborene Gedanke der Bodenreform selbst, der nicht ausreichte, um den schwierigen und vielseitigen Prozeß der Eindeutschung eines Landes zu vollenden[345]."

Das Ansiedlungsgesetz wurde 1904 unter Bülow weiter verschärft, in dem die Ansiedlungsgenehmigung dann versagt wurde, wenn die betreffende Siedlung in Widerspruch zu den Zielen von 1886 stände. Trotz des kaum angewandten Enteignungsgesetzes von 1908 aber blieben die in Preußen entscheidenden Mächte entschlossen, den Kampf auch weiter innerhalb der Grenzen von Recht und Ordnung zu führen. Die Ergebnisse der Ansiedlung standen in keinem Verhältnis zu den gemachten Aufwendungen, aber sie weiterzuführen, war ein Gebot der Staatsnotwendigkeit.

---

[341] Die Grenzboten, 1900, I. Viertelj. (Aufsatz E. v. d. Brüggen „Russen und Polen").
[342] Die Grenzboten 1900, I (Aufsatz E. v. d. Brüggen „Russen und Polen").
[343] Die Grenzboten 1896, Nr. 2.
[344] Preuß. Jahrbücher, 4, 1897, S. 575.
[345] Laeuen, S. 28.

Kapitel IX.

Zwei Vorstöße der Regierung in der Sprachenfrage.

Zu den spezifisch kulturellen Fragen gehören zwei Verstöße der Regierung, die das Sprachproblem zum Inhalt haben und darum bedeutsam sind, weil sie die breiten Massen der Bevölkerung angehen. Es ist die Sprachenfrage, die am tiefsten eingreift in das nationale Leben eines Volkes und gerade die unteren Schichten ihrer Einordnung in ein fremdes Staatsgefüge bewußt werden läßt.

In den Jahren 1894 bis 1900 ist es die Frage der Auflösung von Versammlungen, in denen die Redner sich der polnischen Sprache bedienen, und die Frage der Dolmetscher bei Gericht, zu denen die Regierung eine Neuorientierung fordert. Bei diesen Problemen können Böswilligkeit und Verstellung auf der einen, aber auch Mangel an gutem Willen auf der anderen Seite eine entscheidende Rolle spielen.

Am 22. Februar 1897 wird ein Erlaß des Ministers des Innern, Freiherrn von der Recke, vom 28. Oktober 1896 veröffentlicht, betreffend die Auflösung von polnischen Versammlungen[346]. In diesem Erlaß wird darauf hingewiesen, daß die Zahl der in polnischer Sprache zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten abgehaltenen Versammlungen erheblich zugenommen habe, und daß eine Überwachung durch deutsche Beamte nicht immer möglich sei, wegen deren Unkenntnis der polnischen Sprache. Schon 1876 habe die Staatsregierung deshalb gefordert, daß dann eine Auflösung der Versammlung gerechtfertigt sei, sich aber in Gegensatz zum Oberverwaltungsgericht gesetzt, das aus Anlaß eines Einzelfalles am 26. September 1876 die Auffassung vertreten hatte, daß die Auflösung von Versammlung nicht statthaft sei, wenn der überwachende Beamte der polnische Sprache nicht mächtig wäre. Den nunmehrigen Unzuträglichkeiten „würde im wesentlichen abgeholfen werden, wenn es gelänge, die früher von der Königlichen Staatsregierung vertretene Auffassung wieder zur Geltung zu bringen. Da dieser Auffassung gewichtige Gründe zur Seite stehen, so dürfte die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sein, daß das Oberverwaltungsgericht in dieser Frage, falls sie nochmals zu seiner Entscheidung gebracht wird, zu einer für die Zwecke der Verwaltung günstigeren Auffassung gelangt[347]." Der Erlaß empfiehlt dann, in besonderen Fällen einzuschreiten, und es auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes ankommen zu lassen.

Dieser Stellungnahme der Staatsregierung waren heftige Debatten im Abgeordnetenhause vorausgegangen, die sich mit der Auflösung mehrerer polnischer Versammlungen befaßten. Am 8. 1. 1897[348] wurde eine Interpellation des Abgeordneten Dr. Stephan[349] und Genossen eingebracht, betreffend die Auflösung politischer und anderer Versammlungen in Oberschlesien, weil die Redner sich nicht der deut-

---

[346] Wippermann, 1897, I, S. 349.
[347] Wippermann, 1897, I, S. 358.
[348] Sten. Ber. d. Abghs., 18. Leg., 4. Sess., 8. 1. 1897.
[349] Zentrum.

schen Sprache bedienten. Am 29. 1. 1897 stellte der Pole von Czarlinski den gleichen Antrag Versammlungen in Westpreußen betreffend[350]. Im Hinblick auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes vom September 1876 wäre das Einschreiten der Polizei ungerechtfertigt gewesen. Dagegen behauptet der Innenminister, daß es sich lediglich um das dem Staate zustehende Überwachungsrecht handele. In der Auseinandersetzung sehen die Konservativen prinzipiell die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts als gerechtfertigt an[351]. Wegen der Agitation, die die polnischen Vereine trieben, sei eine Überwachung geboten. Dabei handele es sich nicht um die katholische Religion und die polnische Frage, sondern um eine Polizeifrage. So argumentiert von der Recke am 30. 1. 1897. Das Zentrum stellt sich auf den Standpunkt, daß die Regierung polnisch sprechende Beamte anstellen müsse[352], ihr Vorgehen sei verfassungswidrig. Demgegenüber betonen die Nationalliberalen und Konservativen (die jetzt sogar verlangen, daß in Versammlungen nur deutsch gesprochen werden darf) die Gefährlichkeit der polnischen Bestrebungen. Auf das wirkliche Problem, nämlich die Frage, daß es für den Osten entscheidend ist, daß die Polizeibeamten die polnische Sprache beherrschen müssen, wird bei der Auseinandersetzung kaum eingegangen. Die ganze Frage wird eingeordnet in die allgemeine Haltung der Einzelparteien, auch in diesem Falle, in dem sich die Regierung ausgesprochen exponiert hatte.

Nach dem Erlaß Reckes wird die Angelegenheit im Reichstag zur Sprache gebracht[353]. Hier entgegnet Staatssekretär von Bötticher den Vorwürfen der Oppositionsparteien, die Regierung „handele ungerecht[354]", „unterdrücke die Oberschlesier[355]", „mißbrauche auch das Versammlungsrecht im Hannoverschen[356]", „und in Hinterpommern[357]" und rechtfertigt den Erlaß Reckes. Die ganze Angelegenheit wird also von der Opposition benutzt, um ihre Sonderwünsche anzubringen.

Doch die Regierung findet keine Unterstützung beim Oberverwaltungsgericht, das es am 5. Oktober 1897[358] grundsätzlich für Sache der Obrigkeit erklärt, sich Personen ihres Vertrauens zu verschaffen, die imstande seien, das polizeiliche Aufsichtsrecht des Staates auch über fremdsprachig verhandelnde politische Versammlungen auszuüben. Ein Recht zur Auflösung der Versammlungen bestehe nicht. Ebenso erklärt das Oberverwaltungsgericht auf einen zweiten Versuch der Regierung, polnische beratende Versammlungen zu hindern, durch Urteil vom 21. November 1899[359], es dürfe aus dem Gebrauch der

[350] Sten. Ber. d. Abghs., 18. Leg., 4. Sess., 29. 1. 1897.
[351] Rede Dr. von Heydebrand und der Lasa.
[352] Sten. Ber. d. Abghs., 18. Leg., 4. Sess., 9. 1. 1897, Rede Roeren.
[353] Sten. Ber. d. Reichstages, 9. Leg., 4. Sess., 29. 3. 1897.
[354] Sten. Ber. d. Reichstgs., 9. Leg., 4. Sess., 29. 3. 1897, Rede von Jazdzewski.
[355] Ebenda, Rede Strzoda.
[356] Ebenda, von Hodenberg.
[357] Ebenda, Pachnike.
[358] Wippermann, 1897, Teil II, S. 51, und Geffcken, S. 131.
[359] Vergl. Geffcken, S. 131.

Fremdsprache keineswegs auf eine bewußte Vereitelungsabsicht gegenüber dem Überwachungsrecht des Staates geschlossen werden. Vielmehr müsse das tatsächliche Vorliegen einer bösen Absicht für jedes einzelne Mal erweisbar sein, um die Auflösung zu rechtfertigen.

Damit scheitert die Absicht der Regierung, das Polnische als Versammlungssprache auszuschalten. Es soll hier nicht untersucht werden, ob die Absicht der Regierung vernünftig und klug war. Entscheidend ist nur, daß sich die Staatsleitung in ihren Maßnahmen in Abhängigkeit befindet von Faktoren, die außerhalb ihres Machtbereiches liegen, und die sich nicht scheuen, die Ohnmacht der Staatsregierung bloßzustellen und ihre andere Auffassung aus verfassungsrechtlichen Gründen zum Gradmesser zu machen.

In den Kampf um die Gestaltung des Bürgerlichen Gesetzbuches gehört § 179 des Gesetzes über Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Mai 1898[360], das darüber entscheidet, wann bei einer Gerichtsverhandlung mit fremdsprachigen Personen ein Dolmetscher zuzuziehen sei. „Erklärt ein Beteiligter, daß er der deutschen Sprache nicht mächtig ist, so *muß* bei der Beurkundung ein vereidigter Dolmetscher zugezogen werden. Der Zuziehung des Dolmetschers bedarf es nicht, wenn der Richter oder der Notar der Sprache, in der sich der Beteiligte erklärt, mächtig ist. Die Beteiligung des Dolmetschers ist nicht erforderlich, wenn der Beteiligte darauf verzichtet."

Gerade dieser Paragraph des Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit hat Anlaß zu den verschiedensten Erörterungen gegeben. Die Regierungsvorlage hatte vorgeschlagen, daß ein Dolmetscher zugezogen werden muß, wenn der Beteiligte *nach der Überzeugung des Gerichtes oder des Notars* der deutschen Sprache nicht mächtig ist. Bei der dritten Lesung des Entwurfes[361] wird der Antrag der Sozialdemokraten, daß ein Dolmetscher zugezogen werden muß, wenn der Beteiligte erklärt, nicht deutsch zu können, angenommen gegen die Stimmen der beiden konservativen Gruppen, der Nationalliberalen, der freisinnigen Vereinigung und der deutsch-sozialen Reformpartei. Die Stellung der Sozialdemokraten zur Polenfrage war nicht einheitlich. Bei einer Debatte über einen polnischen Antrag hatte Liebknecht 1884 im Reichstag erklärt: „Ich glaube auch heute, daß die Wiederherstellung Polens eine Forderung der Gerechtigkeit sowie der politischen Notwendigkeit ist. Auf der anderen Seite kann ich nicht verschweigen, daß die Abnahme der Sympathien für die polnische Sache doch in den Tatsachen ihre Begründung findet[362]." In den neunziger Jahren steht der polnische Sozialismus unter dem Einfluß der P. P. S. (polnisch-sozialistische Partei), die auch die polnische sozialdemokratische Partei, die 1893 in Preußen entstand, bestimmend beeinflußte. Die alte Forderung der Sozialdemokraten nach der Wiederherstellung Polens, wurde nach dem Entstehen einer starken revolutionären Bewegung in Rußland nicht mehr mit der gleichen

[360] Grotefend-Cretschmar, 1898, S. 183.
[361] Sten. Ber. d. Reichstages, 9. Leg., 5. Sess., 10. 5. 1898.
[362] Sten. Ber. d. Reichstages, 1884, S. 422.

Energie vertreten wie bisher. Der immer stärker betonte Nationalismus der polnischen Sozialisten, die zuerst in enger Bindung zur deutschen Sozialdemokratie standen, führte zu Auseinandersetzungen mit der deutschen Parteileitung, so daß im Sommer 1902 in Schlesien selbständige deutsche und polnische Reichstagskandidaten aufgestellt wurden[363], nachdem es 1901 auf dem Parteitage in Hannover zum offenen Bruch gekommen war. In der Parteileitung erklärte sich vor allem Rosa Luxemburg gegen den „Sozialpatriotismus" der Polen. Die polnische sozialistische Organisation verlor später ihre Anhänger an die nationalpolnische Bewegung. Das Nationalgefühl überwog das Gefühl der Zugehörigkeit zum internationalen Proletariat.

Der sozialdemokratische Antrag wird von den Polen unterstützt, weil es das Mindeste ist, was die Gerechtigkeit fordert, daß ein Dolmetscher zugezogen wird[364], während die Regierung sich auf den Standpunkt stellt, daß sehr häufig die Kenntnis der deutschen Sprache verleugnet wird. „Wenn Sie die polnischen Tagesblätter lesen, ... so werden Sie den Eindruck gewinnen, daß keine Gelegenheit versäumt wird, dahin zu wirken, jedem Polen es gewissermaßen zur nationalen Pflicht zu machen, den Behörden gegenüber, wo er es durchsetzen kann, sich nur der polnischen Sprache zu bedienen[365]."

Die Regierung wird überstimmt, eine Auffassung setzt sich durch, die schon ihren wärmsten Befürworter in Hans Delbrück gefunden hatte. „Ist es nicht das Höchste aller Gesetze, daß vor dem Richter alle Bürger gleich sind[366]", das hatte sie als wesentlichstes Moment ihrer Haltung ausgegeben.

In beiden Fälle also, in der Frage der Beaufsichtigungen und Versammlungen wie in der Frage der Dolmetscher bei Gericht, scheitert die Absicht der Staatsregierung; einmal an dem Widerstand des Oberverwaltungsgerichts, das sich in Widerspruch stellt zu ihrer Rechtsauffassung, das andere Mal an der Volksvertretung, wie sie der deutsche Reichstag darstellt. So zeigt sich, von wie vielen Gegebenheiten die Möglichkeit des Staates, repräsentiert durch seine Regierung, zu eindeutigem Handeln abhängt.

Schluß.

Die Auseinandersetzung um die polnische Frage zur Zeit Hohenlohes hat die innere Gespaltenheit und Zerrissenheit der an der Gestaltung der deutschen Dinge unmittelbar oder mittelbar beteiligten Kräfte gezeigt. In den Verhandlungen des Reichstages und des Preußischen Landtages spiegeln sich die Meinungen der politischen Parteien. Ihre Anhänger in der Nation tragen in Wort und Schrift diese Ansichten weiter. Und auch die Kräfte, die sich als parteipolitisch nicht gebunden ansehen, werden notwendig in eine ganz bestimmte Richtung gedrängt, die sie zum Gegner oder Freund der Polen, zum

[363] Vergl. Feldmann, S. 342.
[364] Sten. Ber. d. Reichstages, 9. Leg., 5. Sess., 10. 3. 1898, Rede Radziwill.
[365] Sten. Ber. d. Reichstages, 9. Leg., 5. Sess., 10. 3. 1898, Rede Schönstedt.
[366] Preuß. Jahrbücher, 1897, 4. T., S. 575.

Gegner oder Befürworter einer aktiven Polenpolitik und damit zum Wortführer einer bestimmten Interessengruppe werden läßt. Es ist kennzeichnend für diesen Zeitabschnitt, daß nicht die Regierung Träger einer scharfen Abwehrhaltung gegen polnische Kräfte ist, die das staatliche Gefüge Preußens zu zerstören drohen, sondern daß vielmehr eine (freie) Organisation es sich zum Ziel gesetzt hat, das Recht des Deutschen im Osten zu wahren.

Alle Vertreter einer Politik, die auf eine Einschränkung der polnischen Reorganisation hinarbeitet, mußten scheitern, weil ihnen eben die eigentlich wesentliche Erkenntnis zum Verständnis der politischen Gegebenheiten im Ostraum fehlte.

Man hatte nicht mehr eine ungeweckte Masse polnischer Bauern vor sich, die sich dem Joch der Fremdherrschaft beugten, während nur Adel und Geistlichkeit durch Aufstände ihre frühere Machtposition wieder herzustellen suchten. Diese bisherige Führungsschicht war abgelöst worden durch eine polnische Intelligenz, der es gelang, organisch das gesamte polnische Volkstum für den Nationalitätenkampf zu gewinnen. So wurde aus der Bewegung einzelner Schichten eine völkische Bewegung, die alle Kräfte der Nation gleichmäßig in sich aufnahm. Diesem neuen Polentum stand man in Deutschland hilflos gegenüber. Im Parteienstaat des zweiten Reiches dachte man höchstens staatlich, aber nicht völkisch. Das kennzeichnet die Haltung der Alldeutschen, des Ostmarkenvereins und der ihnen gesinnungsmäßig zugehörenden Kreise. Immer wieder betonen sie die Notwendigkeiten des Staates, die eben eine Zugehörigkeit der östlichen Provinzen zum Reich oder Preußen bedingen. Sie sehen in der Polengefahr nur eine Bedrohung des Staates, und zwar des monarchisch-protestantischen Preußens, durch eine revolutionäre Minderheit, die man mit den alterprobten staatlichen Mitteln bekämpfen muß. Das kennzeichnet auch die Einstellung der Regierung, deren Handlungsfreiheit zudem so eingeschränkt ist, daß eine wirkliche staatliche Machtpolitik, wie sie vielleicht ein Bismarck noch hatte treiben können, nicht mehr möglich war. Beispielhaft dafür sind die beiden vergeblichen Vorstöße der Regierung in der Sprachenfrage. Aber auch Bismarck hatte sich schon mit jenen politischen Kräften auseinandersetzen müssen, die auch dem staatlichen Willen der Regierung entgegenzuwirken suchten. Von den Liberalen, die „objektiv und gerecht" einen Ausgleich wollten, ging die Opposition über die konfessionell gefärbte Selbstgerechtigkeit des Zentrums bis zur internationalen Verbrüderungsidee der Sozialdemokraten. Sie alle verleugneten sowohl die Notwendigkeiten des Staates, wie ihnen die Möglichkeit fehlte, das Polentum in seinem völkisch bedingten Vordringen zu erfassen.

Aus der Situation des damaligen Staates ist das Scheitern einer erfolgreichen Polenpolitik und auch einer positiven Auseinandersetzung zu verstehen. Man verkannte die völkisch-rassische Frage, indem man sie als eine nur staatliche zu lösen suchte. Sie wurde überdies zum Objekt des politischen Meinungskampfes, zur parlamentarischen Diskussionsmöglichkeit und verlor damit ihre Eigengesetzlich-

keit innerhalb der Notwendigkeiten des deutschen Volkes. Diese Frage konnte nur gelöst werden durch eine Zusammenfassung aller völkischen Kräfte, die sich in breitester Front dem Polentum entgegenstellten. Wohl ist die Begründung des heutigen polnischen Staates nur möglich geworden durch eine so unglückliche Mächtekonstellation, wie sie der Weltkrieg brachte, aber vorbereitet war dieses Polen schon lange vorher. Die Erneuerung des polnischen Volksbewußtseins war nur möglich neben einem in staatlichen oder liberalen Ideen befangenen Denken, mit welchem das Deutschland der Vorkriegszeit dieser völkischen Frage gerecht zu werden suchte.

LITERATUR-VERZEICHNIS.

I. Amtliche Darstellungen.

Grotefend-Cretschmar: Preußisch-Deutsche Gesetzessammlungen (1806 bis 1905), Düsseldorf, 4. Aufl., 1906.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages (nebst Anlagen). 9. Legislaturperiode, 3. Session (1894/95), bis 10. Legislaturperiode, 2. Session (1900 bis 1903).

Stenographische Berichte des Preußischen Landtages (Abgeordnetenhaus und Herrenhaus) nebst Anlagen. 18. Legislaturperiode, 1. Session (1894) bis 19. Legislaturperiode, 2. Session (1900).

20 Jahre deutscher Kulturarbeit. Tätigkeit und Aufgaben neupreußischer Kolonisation in Westpreußen und Posen. (Sammlung der Drucksachen des Preußischen Hauses der Abgeordneten. Anlagen zu den stenographischen Berichten 20. Legislaturpediode, 3. Session, 1907, Seite 3575—3876).

II. Benutzte Zeitungen der Jahre 1894 bis 1900.

Berliner Börsen Courier, Berlin.
Dresdner Nachrichten, Dresden.
Frankfurter Zeitung, Frankfurt.
Hamburgischer Correspondent, Hamburg.
Hamburger Nachrichten, Hamburg.
Hannoverscher Curier, Hannover.
Kölnische Volkszeitung, Köln.
Kölnische Zeitung, Köln.
National-Liberale Korrespondenz, Berlin.
Nationalzeitung, Berlin.
Posener Zeitung, Posen.
Schlesische Volkszeitung, Breslau.
Vorwärts, Berlin.
Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Köln.

III. Benutzte Zeitschriften und Kalender der Jahre 1894 bis 1900.

Alldeutsche Blätter, herausgegeben vom Alldeutschen Verband, Berlin.

Allgemeine Konservative Monatsschrift für das christliche Deutschland, herausgegeben von Nathusius, Leipzig.

Akademische Blätter, Zeitschrift des Kyffhäuserverbandes Deutscher Studenten, Berlin.

Deutscher Merkur, Organ für katholische Reformbewegung, herausgegeben von A. Gatzenmeier, München.

Deutsches Wochenblatt, herausgegeben von O. Arendt, Berlin.

Grenzboten, Die, Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst.

Kynast, Der, Ostdeutsche Monatsschrift für Volkstum und Kunst. Herausgegeben von Ernst Wachler, Oppeln und Leipzig, 1. Jahrgang 1898.

Ostmark, Die, herausgegeben vom Deutschen Ostmarkenverein, Berlin 1896 bis 1900.

Preußische Jahrbücher, herausgegeben von Prof. Dr. Hans Delbrück, Berlin.

Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, herausgegeben von Gustav Roloff, München.

Wippermann: Deutscher Geschichtskalender. Herausgegeben von Dr. Karl Wippermann, Leipzig.

IV. Memoiren und Darstellungen.

Alldeutscher Verband (Hauptvorstand): Zwanzig Jahre alldeutsche Arbeit und Kämpfe, Leipzig 1910.
Altkemper, Dr. Johannes: Deutschtum und Polentum in politisch konfessioneller Bedeutung (Im Auftrag der Deutschen Vereinigung verfaßt), Leipzig 1910.
Bachem, Karl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Zentrumspartei, 5. Band, Köln 1929.
Belgard, Martin: Parzellierung und innere Kolonisation in den östlichen Provinzen Preußens 1875—1906, Leipzig 1907.
Bernhard, Ludwig: Die Polenfrage. Der Nationalitätenkampf der Polen in Preußen. München und Leipzig 1920.
Bismarck, Otto Fürst von: Gesammelte Werke, Band 1—15, Berlin 1923—1935.
— Bismarcks Reden, herausgegeben von Kalkschmidt, Berlin 1914.
— Gedanken und Erinnerungen, Stuttgart und Berlin 1921.
Bogulawski, A. von: 85 Jahre preußischer Regierungspolitik in Posen und Westpreußen von 1815 bis 1900, Berlin 1901.
Bonhard, Otto: Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Leipzig und Berlin 1920.
Bülow, Bernhard Fürst von: Denkwürdigkeiten, Berlin, Ullstein 1930.
Cleinow, Georg: Die Zukunft Polens, Leipzig 1908.
Delbrück, Hans: Bismarcks Erbe, Berlin und Wien 1915.
Deutsche Osten, Der: Seine Geschichte. Sein Wesen. Seine Aufgabe. Herausgegeben von K. A. Thalheim und A. Hillen-Ziegfeld. Im Propyläenverlag, Berlin 1936.
Feldmann, Wilhelm: Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen 1795 bis 1914. München und Berlin 1917.
Fink, Karl: Der Kampf um die Ostmark. Berlin 1898.
Geffcken, Heinrich: Preußen, Deutschland und die Polen. Berlin 1906.
Hanisch, Erdmann: Geschichte Polens. Bonn und Leipzig 1923.
Herre, Paul: Weltgeschichte der neuesten Zeit, 1890—1925, Berlin 1925/26.
Hartung, Fritz: Graf von Hutten-Czapski. Historische Zeitschrift Nr. 153, 1936, Seite 548 bis 559.
Hoetzsch, Otto: Osteuropa und Deutscher Osten. Königsberg und Berlin 1934.
Hohenlohe, Prinz Alexander von: Aus meinem Leben. Frankfurt a. M. 1925.
Chlodwig, Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst: Denkwürdigkeiten des Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Stuttgart und Leipzig 1907.
— Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit. Herausgegeben von Karl Alexander v. Müller, Stuttgart und Berlin 1931.
Hutten-Czapski, Bogdan Graf von: Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft, Berlin 1936.
Koch, Friedrich: Bismarck über die Polen. Ostmarkenvereinverlag, Berlin 1913.
Laeuen, Harald: Östliche Agrarpolitik und Bauernpolitik, Berlin 1929.
Laubert, Manfred: Eduard Flottwell. Berlin 1919.
— Die preußische Polenpolitik 1772 bis 1914. Berlin 1920.
— Der politische Charakter der Posener Landschaft. Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, 37. Band, 1925.
Lehmann, Max: Preußen und Polen. Rede, gehalten am 10. November 1894 in der öffentlichen Sitzung der königlichen Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen. In „Historische Aufsätze und Reden". Leipzig 1911.
Limburg-Stirum, Friedrich Wilhelm Graf von: Aus der konservativen Politik der Jahre 1890 bis 1905. Berlin 1921.
Marcks, Erich: Ostdeutschland in der deutschen Geschichte. Leipzig 1920.
Maschke, Erich: Das Erwachen des Nationalitätenbewußtseins im deutsch-slawischen Grenzraum. Leipzig 1933.
Massow, Wilhelm von: Die Polennot im deutschen Osten. 2. Auflage, Berlin 1907.
Müller, Karl Alexander von: Der dritte deutsche Reichskanzler. Bemerkungen zu den „Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit" des Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst. Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie. Phil.-Hist. Klasse 1931/32.
Müller, Leonhard: Nationalpolnische Presse, Katholizismus und katholischer Klerus. Breslauer Studien zur Historischen Theologie 1931.

Münstermann, Wilhelm: Die preußisch-deutsche Polenpolitik der Caprivizeit und die deutsche öffentliche Meinung. Dissertation. Münster 1936.
Noah: Die staatsrechtliche Stellung der Polen in Deutschland. Berlin 1864.
Oldenburg-Januschau, Elard von: Erinnerungen. Leipzig 1936.
Oncken, Hermann: Preußen und Polen im 19. Jahrhundert. Deutschland und Polen. Herausgegeben von Albert Brackmann, München und Berlin 1933.
Ostmarkenverein, Hauptvorstand: 25 Jahre ostmärkische Arbeit und Kämpfe. Zum 25jährigen Bestehen des Deutschen Ostmarkenvereins von Fritz Voßberg.
Petzet, Christian: Der Kampf um das Deutschtum in den preußischen Ostmarken. Herausgegeben vom Alldeutschen Verband. München 1898.
Puttkammer, Karl Baron von: Die Mißerfolge in der Polenpolitik. Berlin 1913.
Recke, Walter: Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik. Berlin 1927.
Reismann-Grone, Theodor: Die slawische Gefahr in der Ostmark. Berlin 1899.
Ritter, Gerhard: Die Preußischen Staatsmänner der Reformzeit Deutschland und Polen. Herausgegeben von Alb. Brackmann. München und Berlin 1933.
Roeren, Hermann: Zur Polenfrage, Frankfurter zeitgenössische Broschüren. Oktober 1902.
Rothfels, Hans: Das Problem des Nationalismus im Osten. Deutschland und Polen. Herausgegeben von Albert Brackmann. München und Berlin 1933.
— Ostraum, Preußentum und Reichsgedanke. Königsberger historische Forschungen, Band 7. Leipzig 1935.
— Bismarck und der Osten. Leipzig 1934.
Schinkel, Friedrich: Polen, Preußen und Deutschland. Breslau 1931.
Schwidetzky, Ilse: Die polnische Wahlbewegung in Oberschlesien. Dissertation. Breslau 1934.
Sohnrey, Heinrich: Eine Wanderfahrt durch die deutschen Ansiedelungsgebiete. Berlin 1897.
Wagner, Franz: Der Polenring. Berlin 1899.
Wagner, Georg: Der Polenkoller. Leipzig 1898.
Wahl, Adalbert: Deutsche Geschichte 1871—1914, Band 3. Stuttgart 1932.
Waldersee, Alfred Graf von: Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alfred Graf von Waldersee. Herausgegeben von H. O. Meisner, 2 Bände. Stuttgart und Berlin 1923.
Wegener, Leo: Der wirtschaftliche Kampf der Deutschen mit den Polen um Posen. Posen 1903.
Werner, Lothar: Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1918. Dissertation. Jena 1934.
Widdern, Cardinal von: Die Unterwerfung Oberschlesiens durch die Posener Polen. Berlin 1910.
Wilhelm II.: Reden in den Jahren 1888 bis 1895. Herausgegeben von Johannes Penzler. Leipzig 1897.
Zahn-Harnack, Agnes von: Adolf von Harnack. Berlin 1936.

LEBENSLAUF.

Am 23. Juli 1913 wurde ich, Lotte Kaminski, in Hamburg als Tochter des Kaufmanns Friedrich Ernst Kaminski und seiner Ehefrau Anna, geb. Schroeder, geboren. Von Ostern 1920 bis Ostern 1926 besuchte ich die Höhere Mädchenschule von E. de Fauquemont und A. Lühring in Hamburg. Von Ostern 1926 an besuchte ich die Helene-Lange-Oberrealschule (jetzt Hansa-Schule) in Hamburg, die ich Ostern 1933 mit dem Reifezeugnis verließ. Im SS. 33 und WS. 33/34 studierte ich an der Hamburgischen Universität Literaturwissenschaft, Geschichte und evangelische Religionslehre. Im April 1934 machte ich das kleine Latinum, und ging dann zum SS. 34 an die Universität Königsberg. Im August und September machte ich Landdienst des NS. Studentenbundes, dem ich seit Beginn meines Studiums angehörte, in Ostpreußen. Später war ich bis zum Examen Schulungsleiterin in der A. N. St. Ich studierte auch WS. 34/35 in Königsberg und ging dann im SS. 35 nach München. Von nun an war Kunstgeschichte mein Nebenfach; Religion gab ich auf. Zum WS. 35/36 kehrte ich wieder an die Hansische Universität zurück und studierte dann mit besonderer Genehmigung im SS. 36 an der Universität Wien. Von Wien aus machte ich Fahrten nach Ungarn, in die Tschechoslowakei und nach Polen und begann, mich intensiver mit Ostfragen zu beschäftigen. WS. 36/37 und SS. 37 studierte ich wieder in Hamburg und schloß nach dem 9. Semester mein Studium ab.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Prof. Dr. Zechlin, der mich bei der Herstellung meiner Arbeit wohlwollend unterstützte.